

d'Lëtzebuurger **Land**

ESQ

Aus dem Vollen schöpfen

Die Koalition investiert, um Strukturprobleme zu lösen, und legt Reserven für ihre Steuerreform an

Kläger aller Welt, vereinigt euch

Warum Ministerin Paulette Lenert die Unternehmerschaft mit ihrem Gesetz zu den Sammelklagen in Aufruhr bringt

Le dernier des paternalistes

L'emblématique banquier Carlo Thill livre son histoire et sa vision de l'économie locale

Photo: Sven Becker

Unabhängige Wochenzeitung für Politik,
Wirtschaft und Kultur

#42 66. Jahrgang 18. Oktobere 2019



5 453000 174663



1 9 0 4 2

4,00€

Die Koalition legt Reserven für ihre Steuerreform an

Aus dem Vollen schöpfen

Romain Hilgert

Um sich Respekt zu verschaffen, trägt der Bürgerkriegssoffizier Marquis Warren in Quentin Tarantinos Film *The Hateful Eight* stets einen gefälschten Brief von Präsident Abraham Lincoln bei sich. Um sich Respekt zu verschaffen, meinte Finanzminister Pierre Gramegna (DP) diese Woche vor dem Parlament: „Wie schon Abraham Lincoln sagte: ‚The best way to predict the future is to create it.‘ Genau das tun wir.“ Auch dieses Zitat ist apokryph; die üppige Lincoln-Forschung kennt keinen Beleg dafür.

Der Finanzminister rechtfertigte unter Berufung auf Abraham Lincoln aber, weshalb die Regierung trotz voller Staatskasse weitermacht wie bisher. Sie will sich taub stellen für Forderungen von Unternehmen und Gewerkschaften nach Teilhabe am Reichtum, zumindest zu Beginn der Legislaturperiode.

Der am Montag hinterlegte Haushaltsentwurf für nächstes Jahr ist der erste, der als mittelfristiges Haushaltsziel wieder einen Überschuss von mindestens 0,5 Prozent aufweisen muss. Die Koalition hatte im April 2016 ihr im Koalitionsabkommen abgemachtes Überschussziel von 0,5 Prozent zugunsten eines Fehlbetrags von 0,5 Prozent aufgegeben. Das war das Scheitern der mit Maastrichter Disziplinierungsregeln versuchten Austeritätspolitik und neoliberalen Reformversuche. Es war auch das Ende der „kopernikanischen Wen-

682 Millionen Euro abschließen, in Wirklichkeit dürften es wieder einige hundert Millionen weniger sein. Zudem sind die Ausgaben durch 200 Millionen Euro für das bereits in Raten abgezahlte Militärflugzeug A400M aufgebauscht, das nach 15 Jahren 2020 geliefert werden soll.

Die Buchhaltungsregeln der Europäischen Union verlangen sowieso, die Finanzen von Staat, Gemeinden und Sozialversicherung als Ganzes anzusehen, und da wird der Fehlbetrag des Staats unter dem Strich mehr als ausgeglichen durch eine Milliarde Überschuss der Sozialversicherung und eine dritte Milliarde Überschuss der Gemeinden. Deshalb weist der Gesamtstaat im Haushaltsentwurf einen Überschuss von 757 Millionen Euro oder 1,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts auf. Da Sozialversicherung und Gemeinden hohe Transfers aus der Staatskasse erhalten, wäre es arithmetisch, wenn auch nicht politisch, genauso gut möglich, den Überschuss in der Staatskasse und das Loch in der Sozialversicherung erscheinen zu lassen.

Die laufenden Einnahmen sollen wieder um anderthalb Milliarden Euro über den laufenden Ausgaben liegen. Dadurch können satte drei Viertel der Kapitalausgaben aus dem ordentlichen Haushalt bestritten werden. Nächstes Jahr will der Staat 2,8 Milliarden Euro investieren, wenn die Intendanz der Bauwirtschaft folgen kann.



Xavier Bettel und Corinne Cahen (DP)

Bis zum Ende der Legislaturperiode soll das mittelfristige Haushaltsziel spielend um das Doppelte bis Vierfache übertroffen werden

Haushaltsgesetzes soll nun in die Abgabenordnung geschrieben werden: „Les décisions anticipées émises avant le 1^{er} janvier 2015 sont caduques de plein droit à la fin de l'année d'imposition 2019.“ Pacta non servanda sunt.

Für nächstes Jahr erwartet der Staat 11,7 Prozent mehr Lohnsteuereinnahmen. Die Lohnsteuereinnahmen sollen mit 4,77 Milliarden Euro mehr als das Doppelte der Körperschaftsteuereinnahmen von 2,25 Milliarden Euro ausmachen.

Im Zeichen des Umweltschutzes sieht die Regierung sich genötigt, den Tanktourismus sachte einzudämmen. Das Haushaltsgesetz sieht neue Höchstsätze für Dieselakzisen vor, die von 100 Euro auf 130,4852 Euro pro Fuder steigen können. Die neuen gesetzlichen Höchstsätze erlauben schrittweise Erhöhungen durch größer-

zogliche Verordnungen, so dass die Regierung den richtigen Zeitpunkt wählen kann: Wenn die Akzisen bei fallenden Rohölpreisen erhöht werden, merkt es kaum jemand.

Die Frage stellt sich, wie die Regierung die Überschüsse verbuchen soll. Sie will sie nicht in den eigentlich dafür geschaffenen „intergenerationalen Staatsfonds“ stecken, weil sie dadurch die Verfügungsgewalt verlöre. Deshalb will sie den nach der Weltwirtschaftskrise durch Gesetz vom 27. Juli 1938 geschaffenen Krisenfonds in Haushaltsausgleichsfonds umbauen. Was nicht ohne Ironie ist, weil sie schon 2015 ihre wohlklingende *Contribution pour l'avenir des enfants* in Haushaltsausgleichssteuer umbauen musste.

Unter Berufung auf Abraham Lincoln will die Koalition Reserven aufbauen, um in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode ihre Steuerreform zu finanzieren, so dass sie bei den Wahlen 2023 noch in frischer Erinnerung sein kann. Um bei der angekündigten Abschaffung der Steuerklassen, also auch der gemeinsamen Veranlagung mit Ehegattensplitting, keinen Aufstand von Härtefällen und Hausfrauen zu verursachen, soll die Reform mit langen Übergangsbestimmungen wirksam werden. Doch auch dann muss der Staat wohl anfangs zulegen. Das Koalitionsabkommen sieht außerdem eine Senkung der Betriebsbesteuerung als Ausgleich für weitere Harmonisierungsbestrebungen von Europäischer Union und OECD vor.



Etienne Schneider, Lydia Mutsch und Claude Haagen (LSAP)

de“ mit einem bei McKinsey bestellten „Haushalt der neuen Generation“, der „eine Logik der Mittel durch eine Logik der Resultate“ ersetzen sollte. Die Wähler dankten es bei den Landeswahlen im Oktober vergangenen Jahres.

Bis zum Ende der Legislaturperiode soll das mittelfristige Haushaltsziel sowieso spielend um das Doppelte bis Vierfache übertroffen werden. Nächstes Jahr soll der Staatshaushalt dreimal schneller wachsen als das Bruttoinlandsprodukt. Bei 2,4 Prozent Wirtschaftswachstum sollen die Staatseinnahmen um 7,7 Prozent und die Ausgaben um 6,6 Prozent steigen. Das gab es auch schon in den Achtzigerjahren, aber damals machte die Inflation den Unterschied aus. Nächstes Jahr sollen die Preise bloß um 1,7 Prozent steigen. Nach einer zum Ende des laufenden Jahres erwarteten Index-tranche soll nächstes Jahr keine fällig werden.

Selbst den liberalen Finanzminister stört es nicht mehr, dass der Staat weiter mehr Geld ausgeben als einnehmen soll. Doch auch eine Rentenmauer oder eine erdrückende „versteckte Staatsschuld“ der Rentenrechte sieht er nicht mehr. Über all das dürfen sich die CSV und ihre Hilfsheriffs von der ADR ereifern und unbeliebt machen.

Auf dem Papier sollen die Staatskonten Ende nächsten Jahres mit einem Fehlbetrag von

Trotzdem will der Staat Anfang nächsten Jahres zwei Milliarden Euro leihen, unter anderem um bestehende, mit 3,37 Prozent verzinsten Anleihen zu inzwischen weit niedrigeren Zinsen umzuschulden. Von den weltweit zehn Staaten, deren Kreditwürdigkeit von den US-Ratingfirmen mit AAA bewertet wurde, habe Luxemburg den niedrigsten Schuldenstand, freute sich Pierre Gramegna. Nächstes Jahr soll die Staatsschuld auf 19,8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts sinken. Vor drei Jahren hatte der Conseil national des finances publiques vorausgesagt, dass die Staatsschuld die von den Maastrichter Kriterien erlaubten 60 Prozent übertreffen werde.

Dieses Jahr nahm der Staat über eine halbe Milliarde Euro an Körperschaftsteuer mehr ein als im Haushaltsgesetz vorgesehen. Der Finanzminister erklärte diese 27-prozentige Mehreinnahme mit der Verallgemeinerung der elektronischen Steuererklärungen, so dass die Betriebe ihre Steuern schneller zahlten. Allerdings mag es überraschen, dass das noch niemand vor sechs Monaten voraussah. Wegen der Landeswahlen war das Haushaltsgesetz für 2019 erst am 25. April verabschiedet worden.

Schweren Herzens hatte die Regierung 2014 die Praxis der Steuerrulings für multinationale Firmen einschränken müssen. Mit Artikel 5 des



Fernand Etgen (DP)

Le trafic, les chantiers et le logement : le budget d'État pour 2020 répond-ils aux problèmes quotidiens des citoyens ? Un aperçu des grandes dépenses

Update system now

josée hansen

Les utilisateurs de matériel informatique connaissent le dilemme devant lequel ils se trouvent à chaque fois qu'ils reçoivent une notification d'actualiser le système d'exploitation de leur ordinateur, tablette ou téléphone portable. Faut-il appuyer oui ou non ? Le nouveau système, mettent alors en garde les experts, risque de ne plus supporter les anciennes versions des logiciels installés sur la machine. Ce qui impliquerait qu'il faudrait aussi actualiser les logiciels, acheter des licences, des abonnements. Appuyer sur *non* fera que le vieux système d'exploitation ne supportera plus les *nouvelles* applications. D'une façon ou d'une autre, une avalanche d'ennuis s'annonce.

Cette modernisation imposée par les obsolescences programmées pourrait être une métaphore du Luxembourg actuel : le gouvernement a appuyé sur « update system now », parce que les infrastructures étaient vétustes et que les défis d'une croissance économique et démographique exponentielles imposaient une augmentation de la puissance de l'État. Depuis, les effets néfastes se font violemment ressentir dans la vie quotidienne des gens : poussés à s'exiler à la périphérie par la force centrifuge d'un marché immobilier en surchauffe, ils passent leur journée dans un trafic infernal, freiné par les nombreux chantiers (des routes, du rail, du tram, des réseaux souterrains, de la fibre optique, des gares, des ponts ou des nouveaux quartiers). Lundi à la Chambre des députés, le ministre des Finances Pierre Gramegna (DP) a promis que ce n'était qu'un mauvais moment à passer, que ce gouvernement de fonceurs avait les choses en main, qu'il fallait viser un horizon plus lointain, qui sera meilleur, notamment grâce à une politique d'investissements très courageuse. 2,8 milliards d'euros, soit quatorze pour cent des dépenses, vont dans les grands projets.

Or, ces investissements ne sont guère reluisants. Pas de nouveaux musées, pas de monuments, pas de bâtiments bling-bling à la gloire de la conjoncture florissante de ce tournant de décennie. L'argent va avant tout dans les réseaux – des routes en passant par le train jusqu'à l'introduction de la 5G – et dans la politique sociale, familiale ou d'aide au logement, dans l'enseignement et la défense. Tout cela dans une logique de « l'et-et-isme » très macronien. Les trois cœurs dans la poitrine du gouvènement libéral, socialiste et écolo sont servis à parts égales, pas besoin de faire des choix. La croissance des finances pu-

bliques est là pour soutenir toutes les ambitions (voir page 2).

Cette *ambiversion* (en psychologie : ni l'un ni l'autre, capacité d'adaptation) s'exprime dans les chiffres : 251 millions d'euros seront investis en 2020 dans les infrastructures ferroviaires via le Fonds du rail, le chantier du tram coûtera 54 millions d'euros et 981 millions vont dans l'exploitation des transports en commun (une augmentation de cent millions), que ce soit via routes ou

via rail. L'introduction, au 1^{er} mars, de la gratuité de ces transports pour les usagers coûtera trente millions supplémentaires à l'État en 2020, quarante millions annuels pour douze mois à partir de 2021 (autant que la dotation étatique pour la production audiovisuelle). Une mesure que Pierre Gramegna qualifie au moins autant de mesure sociale (selon le Statec, les ménages économiseront ainsi jusqu'à 390 euros par an) que de mesure pour le climat. Or, cette même étude du Statec publiée en août avait prouvé que seuls quarante pour cent des ménages ont recours aux transports en commun, les autres soixante pour cent se déplaçant en voiture individuelle. Pour eux, le gouvernement promeut l'électromobilité en promettant 800 bornes de charges publiques (financées par les consommateurs) ou la mise en œuvre d'une infrastructure de charge rapide ou ultra-rapide sur les aires de services. Le projet de budget s'enthousiasme, dans sa préambule, pour la transition écologique vers les énergies renouvelables (onze pour cent en 2020, jusqu'à un quart en 2030), pour l'éco-urbanisme, la construction durable et l'économie circulaire. Vingt pour cent de tous les investissements ou 502 millions d'euros sont affichés dans l'intérêt de la protection de l'environnement et du climat.

L'année dernière, 4 875 femmes et 4 721 hommes ont pris le congé parental, soit un équilibre entre les sexes obtenu grâce à la réforme du système sous la précédente législature, augmentant le dédommagement financier du parent qui reste à la maison. En 2020, cette importante réforme engendrera des frais de 243 millions d'euros. En comparaison,

Le budget d'État pour l'année 2020 et suivantes est une expression de l'ambiversion du gouvernement Bettel/Schneider/Bausch : il investit dans le train et dans la voiture, dans la défense et dans la culture

l'agence Spacresources.lu, qui vise à développer le *space mining* futuriste, recevra 200 millions d'euros de la part de l'État et la seule introduction du réseau 5G vaut huit millions d'euros. Afin de pouvoir accélérer les grands projets de construction étatiques, comme ceux de logements à Wiltz, à Dudelange ou à Olm (via le Fonds du logement et la SNHBM) et avoir plus de flexibilité dans l'augmentation de l'offre de logements ou les aides au logement, une vingtaine d'articles budgétaires concernant le domaine seront regroupés dans un

futur Fonds spécial de soutien au développement du logement, qui sera créé via une loi spéciale.

« Le Luxembourg est déjà aujourd'hui un État à 800 000 habitants en journée, expliqua le ministre des Finances lundi, mais la fonction publique ne correspond qu'à 600 000 habitants ». C'est pourquoi il promet la création de 1 830 postes dans l'administration publique, surtout des policiers, des surveillants pour l'administration pénitentiaire (e.a. la nouvelle prison d'Uerschterhaff à Sanem, voir page 6) et des enseignants. Mais ces promesses maximalistes sont récurrentes, alors que l'État connaît toujours autant de problèmes de recrutement.

Le Statec prévoit une croissance de la population de deux pour cent en moyenne jusqu'à atteindre 678 000 habitants en 2023. Il constate en même temps « la dégradation des perspectives internationales », met en garde qu'« il ne faut pas douter que l'économie luxembourgeoise ait dépassé le sommet du cycle » conjoncturel (p. 16*), et promet qu'à partir de 2020 « il y aura un retour de bâton » (p.17*). Face aux incertitudes de la situation géopolitique mondiale, le Luxembourg continue son « effort de défense » qui atteindra 0,6 pour cent du PIB en 2020 (notamment grâce à la prise en compte comptable des 200 millions investis dans l'avion militaire A400M ou l'acquisition d'hélicoptères H145M). Ce pourcentage augmentera jusqu'à 0,72 pour cent du PIB en 2023, par exemple via le lancement d'un satellite d'observation militaire en 2022. En comparaison : le budget réservé à la culture atteint cette année 0,73 pour cent du PIB.



« Continuer » est le mot d'ordre du ministre des Finances Pierre Gramegna (DP), ici lors de son discours lundi



Un socialiste (le rapporteur budgétaire Yves Cruchten, à gauche) aura à défendre un budget libéral



AREND & FISCHBACH
PROMOTION IMMOBILIERE

Nous achetons votre terrain!

Vous avez un terrain ou un bien immobilier à vendre?

Nous sommes régulièrement à la recherche de terrains bâtis ou non-bâtis dans le Grand-Duché de Luxembourg afin de rénover/développer de nouveaux projets.

Contactez-nous par tél. au 32 75 76 ou par e-mail à administration@na-cf.lu et découvrez nos références sur arend-fischbach.lu



MADE IN LUXEMBOURG

A.E. 001570230

Leitartikel

Ein blinder Fleck

Romain Hilgert

Vor bald zwanzig Jahren schuf die Regierung nach französischem Vorbild einen zwischen auch durch Gesetz geregelten Beratenden Menschenrechtsausschuss, der auf Anfrage der Regierung oder aus eigener Initiative Stellungnahmen zu nationalen Menschenrechtsfragen abgeben kann. Der Ausschuss hatte sich selbst befasst, um in seinem gerade veröffentlichten Gutachten unter dem Titel *Entreprises et droits de l'Homme* eine besonders heikle Frage zu erörtern. Dem Ausschuss ist sicher eine gewisse Portion Mut nicht abzusprechen, denn die Vertracktheit und Verwickeltheit des Verhältnisses zwischen Unternehmen und Menschenrechten ergibt sich aus gleich zwei Ursachen.

Eine Ursache ist die unsichere Definition von „Menschenrechten“. Sie variiert je nach Epoche und Interessenlage von einer atemberaubend neuen Idee der Französischen Revolution über eine feierliche Absichtserklärung der Vereinten Nationen nach dem deutschen Völkermord an den europäischen Juden bis zu einer ideologischen Keule gegen den *Ennemi* im Kalten Krieg. Wobei in der nicht nur hierzulande vorherrschenden Auslegung von Menschenrechten ökonomische Rechte in einer Marktwirtschaft als Kategorienfehler angesehen und weitgehend ausgeklammert werden.

Sie spielen aber gerade für die Beziehung von Unternehmen und Menschenrechten, jenseits von Arbeitsrecht und Sozialversicherung, eine zentrale Rolle.

Die andere Ursache für die Vertracktheit und Verwickeltheit der Frage ergibt sich daraus, dass Betriebe eine Art exterritoriale Gebiete in der parlamentarischen Demokratie und damit auch ein Ausnahmeregime in punkto Menschenrechten darstellen. Denn das Lohnarbeitsverhältnis, unter dem 94 Prozent aller Beschäftigten hierzulande ihr Brot verdienen, erzwingt ein Unterstellungsverhältnis. Mit seiner Arbeitskraft verkauft der Lohnabhängige auch sein Selbstbestimmungsrecht. Er kann nicht mehr entscheiden, wann er arbeitet, wo er arbeitet und was er arbeitet, sondern muss ausführen, was das Unternehmen oder der Vorgesetzte ihm befiehlt, ist in der Fabrik oder im Büro kein freier Staatsbürger und kein wahlberechtigter Souverän.

Der Vereinbarkeit des Unterstellungsverhältnisses der Lohnarbeit mit den Menschenrechten wurde deshalb zu allen Zeiten und mit ähnlichem Erfolg nachgegangen wie der Frage nach der Quadratur des Kreises. So wie ein Sklavenhalter *locat servum*, konnte sich das römische Recht die Lohnabhängigkeit eines freien Mannes

nur als Variante davon vorstellen: Der Lohnabhängige *locat se* wenig ehrenvoll als Sklave seiner selbst. Im 19. Jahrhundert tauchte in der entstehenden Arbeiterbewegung das böse Wort von der „Lohnsklaverei“ auf, und das Arbeitsrecht machte aus dem *locat servum* bis heute den *louage de service*. Die klassische und neuklassische Wirtschaftstheorie beschäftigte sich gar nicht erst mit dem, was sie für eine Selbstverständlichkeit hielt, und das Luxemburger Arbeitsgesetzbuch erwähnt auf 360 Seiten den „lien de subordination“ nur zweimal beiläufig, ohne ihn zu definieren, weil er naturgegeben scheint.

Auch die Commission consultative des Droits de l'Homme übersieht sicherheitshalber den *elephant in the room* und beschränkt ihre Untersuchung des Verhältnisses von Unternehmen und Menschenrechten weitgehend auf von den Vereinten Nationen und dem *Plan d'action national* der Regierung erwogene Menschenrechtsverletzungen beim Export von Waren und Dienstleistungen. Auch wenn sie findet, dass heimische Unternehmen nicht bloß auf freiwilliger Basis davon absehen sollen, dass ihre ausländischen Tochterfirmen und Geschäftspartner Beschäftigte überausbeuten, kleine Landbesitzer enteignen, die Umwelt vergiften oder an Kriegen verdienen.

Nun wissen auch der König und die Königin von Belgien, was es heißt, drei Stunden lang auf der Bummelbahnstrecke zwischen Luxemburg und Brüssel zu reisen. 180 Jahre nach der Abtrennung der armen Ostprovinz besuchten sie diese Woche den Vetter in Luxemburg, der auch dank belgischer Zahnärzte und zur Freude von Société générale und Bruxelles-Lambert inzwischen eines der Länder mit dem höchsten Prokopfeinkommen regiert. Weil es unmöglich scheint, die Bahnverbindung zu verbessern, beschlossen die beiden Staaten eine verstärkte Zusammenarbeit bei Weltraumflügen. rh.

Charles Caratini/Sip

blog

Personalie

Personalien

Politik

Politik

Soziales

Gesellschaft

Jean-Claude Juncker,
Präsident der Europäischen Kommission, muss in Verlängerung gehen. Das Europaparlament sagte am Mittwoch das für nächsten Mittwoch geplante Votum über die neue Kommission unter der ehemaligen deutschen Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen ab (Foto: EU-Kommission). Jean-Claude Juncker wollte pünktlich Ende dieses Monats sein Amt aufgeben und sich einer erneuten Operation unterziehen, wie er der *Lëtzebuurger Revue* (25.9.) anvertraut hatte. Doch weil das Europaparlament die Kandidaten aus Frankreich, Rumänien und Ungarn für die nächste Kommission abgelehnt hat, müssen nun Ersatzkandidaten gefunden, von den parlamentarischen Ausschüssen angehört und vom Parlament bestätigt werden. So dass die neue Kommission frühestens Anfang Dezember ihr Amt übernehmen kann. Bis dahin müssen Jean-Claude Juncker und seine Kollegen geschäftsführend weitermachen. Zudem sollte er zwischen dem 19. November und 6. Dezember als Zeuge im Geheimdienstprozess aussagen, der wegen seiner Unabkömmlichkeit schon einmal um zwei Jahre verschoben worden war. rh.

Martine Solovieff, Jean-Claude Wiwinius,
Generalstaatsanwältin beziehungsweise Vorsitzender des Obersten Gerichtshofs, protestierten in einem Schreiben an Kammerpräsident Fernand Etgen (DP) gegen die angebliche Verletzung der Gewaltentrennung durch „unannehmbare“ parlamentarische Anfragen zu formellen und informellen Vorstrafenregistern und damit zur internen Funktionsweise der Justiz. Dies berichteten der CSV-Abgeordnete Gilles Roth und das *Luxemburger Wort*. Die Parlamentarier sehen das Schreiben ihrerseits als eine Missachtung der Gewaltentrennung durch die Justiz. rh.

Esther Duflo,
Wirtschaftswissenschaftlerin am Massachusetts Institute of Technology, bekam am Montag zusammen mit Abhijit Banerjee und Michael Kremera, den Nobelpreis der Bank von Schweden für ihre klinischen Versuchsanordnungen zum Kampf gegen die Armut. Nachdem der bangladeschische Unternehmer Muhammad Yunus 2006 den Nobelpreis für seine Mikrokreditbank erhalten hatte, fand Esther Duflo in Marokko heraus, dass sich die Lage von Testpersonen, die Kleinstbeträge zu hohen Zinsen geliehen bekamen, keineswegs verbesserte gegenüber Vergleichsgruppen ohne Mikrokredite. Mit Unterstützung des Entwicklungshilfeministeriums und der Großherzogin sind über die Hälfte aller in Mikrofinanzen investierenden Fonds in Luxemburg angesiedelt. rh.

PAGerlaPAP
In einer Mitteilung an die Gemeinden bekräftigte Innenministerin Taina Bofferding (LSAP) am Montag ihre Ankündigung, dass nun ernst gemacht werden soll mit dem Gesetz von 2004 über die Reform der Allgemeinen Bebauungspläne. Zwei Drittel der Gemeinden seien inzwischen gesetzeskonform. Rund ein Dutzend Gemeinden erklärten dagegen sich auf Nachfrage nicht in der Lage, bis zum Stichtag vom 1. November einen wie im Gesetz vorgesehenen PAG einzureichen. Sie sollen nun die vorgesehenen Strafen erhalten und Teiländerungen an ihren alten Plänen sowie PAP für neue Viertel abgelehnt bekommen. Bereits eingereichte Anträge will das Innenministerium aber noch behandeln. rh.

Winterzeit
In der Nacht vom 26. zum 27. Oktober werden die Uhren eine Stunde zurück auf Winterzeit gestellt. Das ist wieder der Zeitpunkt, um parlamentarische Anfragen zur im März von der Europäischen Union beschlossenen Abschaffung der Zeitumstellung zu stellen. So bestätigt der grüne Mobilitäts- und Bautenminister François Bausch dem LSAP-Abgeordneten Mars Di Bartolomeo, dass die Abschaffung noch immer für 2021 vorgesehen sei. Man sei sich in der Europäischen Union noch nicht über eine notwendige einheitliche Zeitzone einig, aber Luxemburg und die anderen Benelux-Staaten diskutierten das Thema informell mit ihren Nachbarn. rh.

L'État entrepreneur

Après que le l'État ait aussi confié le développement de la friche industrielle de Schiffflange à Agora, société de viabilisation mixte avec Arcelor-Mittal, il a finalement opté pour un autre choix pour le développement de la Nordstad. En mai de cette année, le ministre de l'Aménagement du territoire Claude Turmes (Déi Gréng) et son confrère des Finances Pierre Gramegna (DP) ont fondé une sàrl, la Nordstad Entwicklungsgesellschaft, au capital de deux millions d'euros versés par l'État. Son objet est de « favoriser le développement de la Nordstad par la viabilisation, l'acquisition, la vente, la location ou tous autres moyens, de terrains situés sur le territoire des communes composant la Nordstad », à savoir Bettendorf, Colmar-Berg, Diekirch, Erpeldange-sur-Sûre, Ettelbruck et Schieren. Son comité de gérance, nommé pour six ans, est constitué de dix personnes, soit sept fonctionnaires représentant leurs ministères respectifs et trois maires ; il est présidé par Maria-José Verdeté Vidal, du ministère de l'Aménagement du territoire (photo prise lors de l'assemblée constituante le 10 juillet). Afin d'appliquer le concept novateur voulu, la société DO Recrutement vient de publier l'annonce de recrutement pour un directeur de la sàrl, qui devra avoir un master en économie, architecture ou urbanisme et dix ans d'expérience dans le domaine. jh

Neue EU-Behörde
Diese Woche nahm die Europäische Arbeitsbehörde mit einem Festakt und mit der ersten Sitzung ihres Verwaltungsrats die Arbeit auf. Die Schaffung der neuen EU-Behörde war 2017 von Jean-Claude Juncker angeregt worden, um die Arbeitskräftemobilität in der EU zu fördern, die Beschäftigten über ihre Rechte zu informieren und bei Meinungsverschiedenheiten zwischen Mitgliedstaaten zu vermitteln. Allerdings wurden ihr keine neuen Kompetenzen eingeräumt, die Zuständigkeit für das Arbeits- und Sozialversicherungsrecht bleibt national. Der Sitz der Behörde befindet sich in der slowakischen Hauptstadt Bratislava. Die European Labour Authority (Ela) wird von einem Verwaltungsrat geleitet, dem aus Luxemburg der Direktor der Gewerbeaufsicht, Marco Boly, und stellvertretend Claude Santini von der gleichen Behörde angehören. rh.



Ungleicher

Die Einkommensunterschiede haben in den vergangenen Jahren zugenommen. Das meldet das Stateg in der diese Woche veröffentlichten Ausgabe seines jährlichen *Rapport travail et cohésion sociale*. Der zwischen 0,0 und 1,0 variierende Gini-Koeffizient der Einkommensverteilung steigt seit 2016 deutlich an und erreichte vergangenes Jahr mit 0,33 einen historischen Höchststand, auch wenn er im internationalen Vergleich noch relativ niedrig ist (Grafik: Stateg). Allerdings berücksichtigt der Koeffizient nicht die für den Unterschied zwischen Reich und Arm ausschlaggebenden Vermögensverhältnisse. Während die Einkommen der reichsten Haushalte hauptsächlich aus Kapital und Arbeit stammten, meldet das Stateg, können die ärmsten Haushalte immer weniger von ihrem Arbeitseinkommen leben, der Anteil der Sozialtransfers an ihrem Haushaltseinkommen steige beständig. rh.

Kläger aller Welt, vereinigt euch

Warum das Gesetz der Sammelklagen die Unternehmerschaft in Aufruhr bringt

Pol Schock

Ein Gespenst geht um bei den Unternehmern. Das Gespenst der Sammelklage. Alle Patronatsverbände in Luxemburg haben sich seit Jahren verbündet, um gegen das Instrument der Sammelklage vorzugehen. Doch vergebens. Die Regierung hat die Idee des *Recours collectif* im Koalitionsabkommen festgehalten. In wenigen Wochen wird Verbraucherschutzministerin Paulette Lenert (LSAP) ihren Gesetzentwurf im Ministerrat sowie im Parlament vorstellen.

Klage-Industrie Wer an Sammelklagen denkt, wird sehr schnell in den Vereinigten Staaten landen. Nirgendwo sonst auf der Welt wird so häufig geklagt wie in den USA. Über 1,3 Millionen Rechtsanwälte gibt es derzeit im Land der Unbegrenzten Möglichkeiten. Sie erklagen durchschnittliche Entschädigungssummen von zwei Millionen Dollar. Kritiker sprechen deshalb von einer Klage-Industrie oder zumindest von einer Prozess-Ökonomie. Ein lukrativer Geschäftszweig, der zum Selbstzweck geworden ist.

Das Instrument der Sammelklage existiert dort bereits seit 1938 und gilt in seiner gegenwärtigen Form seit 1966. Es ermöglicht es Millionen mutmaßlicher Betroffener, ihre Klagen in einem repräsentativen Fall vor Gericht zusammenzutun. Befürworter sehen darin ein Mittel, um die Asymmetrie zwischen Verbrauchern und Großunternehmen aufzuheben. Die Rechte des Einzelnen werden gestärkt, indem sie im Kollektiv vorgehen können und sich Risiko, Kosten und Aufwand eines Prozesses teilen.

Kritiker hingegen führen mit Fingerzeig in Richtung Vereinigte Staaten das Missbrauchsrisiko dieses Instruments an. Inzwischen kann man in Amerika nämlich für fast alles Regress fordern: weil man sich an einem Hot Dog verschluckt hat, weil man raucht, trinkt oder zu lange vorm Rechner zockt; weil man zu dick ist – oder zu dünn. Spezialisierte Anwaltskanzleien ziehen durchs Land und werben aktiv, um Kläger zu finden. So wie die fiktive Figur Jimmy McGill, der als dubioser Anwalt in der preisgekrönten Serie *Better Call Saul* mittels Werbeanzeigen nach Kundschaft sucht. Alles, was es braucht, ist jemand, der sich geschädigt fühlt.

Zu einem wahren Massenphänomen hat sich vor Jahren etwa das Geschäft mit den Asbestklagen entwickelt. „Finden Sie heraus, ob auch Sie eine Millionen-Dollar-Lunge haben“, heißt es in Anzeigen, in denen die Asbestexperten ihre Kundschaft zum Röntgentest auffordern. Mehr als 200 Milliarden Dollar mussten Unternehmen an Betroffene bis jetzt zahlen. Doch Asbest als Übeltäter ist ebenso wie Tabak längst nicht mehr *en vogue*. Firmen, wie das Analyseunternehmen Praedict, suchen in wissenschaftlichen Studien bereits nach der nächsten krankmachenden *Cash-Cow*. Der neueste Trend: Zucker.

Inselstaat Luxemburg Es ist dieses Schreckensszenario aus Übersee, das Unternehmerverbände in Luxemburg seit Jahren anführen, um vor dem Instrument der Sammelklage zu warnen. Und das ist ihnen bis dato erfolgreich gelungen. Bereits



In Deutschland haben sich 470 000 Dieselbesitzer einer Musterklage gegen VW angeschlossen. In Luxemburg haben vier Menschen Klage eingereicht

Lenert hat die Sammelklagen zur Chefsache erklärt. Manche sagen, das Ministerium für Verbraucherschutz wurde nur für dieses Gesetz geschaffen

im Koalitionsabkommen von Gambia I aus dem Jahre 2013 war die Idee des *Recours collectif* als Maßnahme zur Stärkung der Verbraucherrechte vorgesehen. UEL und Co. konnten die Umsetzung jedoch abwenden. Dabei sind Sammelklagen oder *Class actions* kein genuin US-amerikanisches Phänomen. Im Gegenteil. Mittlerweile haben nahezu alle Staaten, die sich als Teil des Westens begreifen, das Instrument der Sammelklage in ihrem Recht verankert. So etwa Litauen und Bulgarien. Auch in den Nachbarstaaten Bel-

gien und Frankreich besteht seit 2014 die Möglichkeit, mittels Sammelklage vor Gericht zu ziehen. In Deutschland in abgeschwächter Form als Musterfeststellungsklage seit vergangem Jahr. Das neue Gesetz in Italien gilt als das modernste mit Modellcharakter. Und die Europäische Union ist gerade dabei, eine EU-Reglung auszuarbeiten, die allerdings ins Stocken geraten ist.

Von US-amerikanischen Verhältnissen zu reden und vor einer Klage-Industrie zu warnen, ist demnach Polemik. Das sagen sowohl Bob Schmitz vom Verbraucherschutzverband ULC als auch Ministerin Lenert. Die Politik-Quereinsteigerin Lenert war über 13 Jahre Richterin und hat die Umsetzung des Instruments der Sammelklage zur Chefsache erklärt. Manche sagen, das Ministerium für Verbraucherschutz wurde eigens geschaffen, nur um dieses Gesetz auszuarbeiten. Lenert ist bereits Politikerin genug, um zu wissen, dass politische Kämpfe auch semantisch ausgetragen werden. Sie weigert sich kategorisch von *Class actions* zu sprechen, wie Sammelklagen in den Vereinigten Staaten heißen, und bevorzugt lieber den nüchternen Begriff *Recours collectif*. Das klingt weniger bedrohlich für Unternehmen und entfernt ihren Gesetzesvorstoß vom Image einer Klage-Industrie.

Doch tatsächlich verhindert allein schon die Rechtstradition in Luxemburg, dass es zu einer Perversion des Systems der Sammelklagen kommen kann. Aggressives Marketing über Anzeigen

ist in Luxemburg für Anwälte verboten. Sie müssen Umwege finden und sich etwa an gesellschaftlichen Debatten beteiligen, um in der Öffentlichkeit indirekt für sich zu werben. Zudem gibt es Besonderheiten im angelsächsischen Recht, die Verfahren vor US-Gerichten so unberechenbar machen. Das Jury-System legt die Urteilsfindung in die Hände von Laienrichtern, die emotional leicht zu beeinflussen sind und anschließend ihre Entscheidungen kaum begründen müssen. Der größte Schrecken geht jedoch von den *Punitive damages* aus, ein Sanktionsinstrument, das zu den eigentlichen Entschädigungssummen hinzukommt. Die Strafzahlungen übersteigen oftmals um ein Vielfaches die tatsächlichen Entschädigungssummen, so dass jedes Bagatelverfahren zu einem Millionen-Dollar-Verfahren aufgeblasen werden kann.

Kleine Delikte Das geht in Luxemburg nicht. Der Text, den Lenert bald vorstellen wird, soll den Verbrauchern lediglich die Möglichkeit geben, im Kollektiv ihren realen Schaden einzuklagen zu können. Nicht mehr und nicht weniger. Eine Systemänderung ist es nicht. Es geht dabei auch, aber weniger um große Skandale wie die Diesellaffäre, in der Millionen europäische und tausende Luxemburger Kunden durch gezielte Manipulation des Volkswagen-Konzerns betrogen wurden. Denn im luxemburgischen Recht bleibt der Dieselskandal ein kompliziertes Unterfangen, bei dem Kunden nachweisen müssen, dass sie tatsächlich Geschädigte sind. Dass sie Opfer von

Betrug sind, reicht anders als in den Vereinigten Staaten noch nicht dazu aus.

Vielmehr geht es um weniger unspektakuläre Fälle. Etwa die Verrechnung von Mehrkosten oder die automatische Verlängerung eines Abonnements. Kleinere Delikte von Unternehmen, bei denen Kunden oft machtlos den Schaden über sich ergehen lassen müssen. „Wer klagt schon seine Rechte wegen fünf Euro ein?“, sagt Lenert. Mittels Sammelklagen können die Verbraucher sich jedoch zusammentun und im Kollektiv vor Gericht ziehen.

Nicolas Henckes, Direktor des Handelsverbands CLC und Exekutivmitglied der UEL, hält das Prinzip der Sammelklage deshalb für ein PR-Instrument der Politik. „Wem soll das nützen?“, so die rhetorische Frage. Es gäbe unlängst Möglichkeiten, kleinere Probleme zwischen Kunden und Unternehmen zu regeln jenseits von Gerichten. Henckes hält das geplante Gesetz für einen Fehler und spricht von rein symbolischer Politik. Er befürchtet, dass Unternehmen wegen Lappalien vor Gericht gezerzt werden, und dadurch einen großen Imageverlust erleiden. „Selbst, wenn die Gerichte ihnen Recht geben, liegt der Reputationsschaden nachher beim Unternehmen.“ Kurz: Das Sammelklagengesetz ist geschäftsschädigend.

Soziale Frage Eine Schlüsselfrage beim Gesetz wird dabei sein, ab wann die Klage öffentlich sein wird. Also wann die Öffentlichkeit von der Justiz über ein Verfahren informiert werden soll. Für die ULC soll es so schnell wie möglich sein. Im Idealfall soll die Öffentlichkeit informiert werden, sobald ein Richter die Klage für zulässig hält. „Dadurch nehmen weitere Betroffene vom Verfahren Kenntnis und können sich der Sammelklage anschließen“, so Schmitz von der ULC. Für die UEL soll es so spät wie möglich sein. Laut Henckes soll die Öffentlichkeit erst am Ende eines Verfahrens informiert werden, wenn die Gerichte ein Urteil gesprochen haben. Nur so verhindere man einen Imageschaden. Ministerin Lenert will sich dazu noch nicht öffentlich äußern, aber aus Regierungskreisen heißt es, dass sie sich wohl der Position der UCL anschließen wird. Es soll eben kein Alibi-Gesetz werden, sondern ein Instrument für mehr Gerechtigkeit.

Doch Lenert geht es nicht nur um Verbraucherschutz. Ihr schwebt vor, die kollektive Klage generell als Rechtsprinzip in Luxemburg zu verankern. Das heißt auch für Fragen im Arbeits-, Umwelt-, Steuerrecht oder auch im Strafrecht. Noch muss sie sich dazu mit Justizministerin Sam Tanson (Grüne) einigen, aber die Gespräche mit Félix Braz waren bereits weit vorangeschritten. Nach Lenerts Auffassung geht es dabei darum, den Zugang zur Justiz generell zu vereinfachen. „Ein Prozess darf kein Luxus sein“, sagte Alex Bodry in seiner letzten Pressekonferenz als LSAP-Fraktionsvorsitzender passend dazu. Die Sammelklage ist demnach auch ein soziales Instrument, um einkommensschwache Schichten den Zugang zur Justiz zu ermöglichen. Es ist eine Fortsetzung der sozialen Politik mit anderen Mitteln.



Nicht nur für die Sicherheit, sondern auch für die Resozialisierung

Der Wärter ist der Schlüssel

Ines Kurschat

„Ängstlich sollte man nicht sein“, sagt Bernard Lux. „Und eine gesunde Distanz halten können“. „Gute Menschenkenntnis“ und „Teamgeist“ fallen dem ehemaligen Leiter des Wachdiensts im Strafvollzugsanstalt Givenich außerdem ein, gefragt nach den Qualitäten, die einen guten Wärter ausmachen.

Der Staat sucht Personal für den Strafvollzug. Das, was Personalvermittler mit *soft skills* umschreiben, ist wichtiger denn je. Mit der für 2023 geplanten Eröffnung des Untersuchungsgefängnisses in Sassenheim, der damit verbundenen Reorganisation des Haftsystems und der Professionalisierung der Resozialisierungshilfen werden bis 2023 insgesamt 388 neue Stellen im Strafvollzug ausgeschrieben. „Wir sind im Hinblick auf berufliche Diversität eine der größten Verwaltungen“, freut sich Serge Legil, seit Ende 2018 Direktor der Gefängnisverwaltung. Insbesondere Wärter und Wärterinnen fehlen, aber auch Psychologinnen, Erzieher, IT-Techniker oder Köche.

Werbung für den Wachberuf

„Wir rekrutieren in Etappen, die ersten 16 zur Verstärkung in Schrässig und 20 für Sassenheim sind bereits eingestellt“, so Legil. Der ehemalige Experte des unabhängigen Kontrolldienstes der Gefängnisse in Luxemburg (CELPL) mag seinen neuen Job, auch wenn er um die Grenzen weiß: „Gefängnis und Resozialisierung sind nicht ohne Widerspruch: Die Haft kostet viel Geld und richtet bei den Insassen sozialen und emotionalen Schaden an. Wir haben als Staat aber zugleich die Pflicht, die Gesellschaft vor gefährlichen Wiederholungstätern zu schützen. Und bisher haben wir nichts besseres.“

Um junge Leute für den Beruf in einer Welt zu gewinnen, die in der Öffentlichkeit als gefährlich, undurchsichtig und brutal gilt, hat die Gefängnisverwaltung ein Video drehen lassen, in dem Wärterinnen und Wärter den Haftalltag aus ihrer Sicht beschreiben: mit einem Riesen-Schlüsselset für die Sicherheit und den reibungslosen Ablauf in der Anstalt zu sorgen, gehört zu den Aufgaben eines Strafvollzugsbeamten, aber auch Gefangene zum Sport, zum Ärztin oder zum Anwalt zu begleiten, Essen austragen, Berichte schreiben. Dafür müssen Anwärterinnen sattelfest in Strafvollzugsrecht und Menschenrechte sein. Auch die Bereitschaft im Schichtdienst zu arbeiten, wird vorausgesetzt. Nicht Draufgänger oder Abenteuer werden gesucht, sondern Menschen, die mit beiden Füßen auf dem Boden stehen. „Der Job im Gefängnis ist hart, aber nicht so, wie es im Film meistens dargestellt wird“, betont Legil.

Rambo, nein Danke!

Neben einer guten Kondition und einer gefestigten Persönlichkeit sind menschliche Qualitäten gefragt: „Im Haftalltag kennt der Wärter den Gefangenen oft am besten. Er sieht ihn ja 24 Stunden am Tag“, erklärt der Verwaltungschef. Ein professioneller Kontakt – nicht zu nah und nicht von oben herab – sei wichtig, wenn die Haftzeit gelingen soll. „Oft ist der Wärter der erste, der mitbekommt, wenn es einem Gefangenen nicht gut geht oder sonst etwas nicht stimmt“. Mal sind es indirekte Zeichen: Der Häftling taucht nicht wie sonst zur morgendlichen Begrüßung auf, verschmäht den Kaffee oder den geliebten Sport. Mal ist es offensichtlich: Bei der obligatorischen Kontrolle der Gefangenenpost stellt sich heraus, dass ein naher Verwandter gestorben ist oder sich der/die Lebenspartnerin getrennt hat. „So etwas bekommen wir meistens mit. Manchmal aber auch nicht“, bestätigt Bernard Lux.

Zu seinen schlimmsten Erfahrungen im Gefängnis gehörte, dass er einmal während der morgendlichen Runde einen Gefangenen vorfand, der sich erhängt hatte. „Wir hatten ihn rund um die Uhr bewacht, aber wir haben seinen Suizid trotzdem nicht verhindern können“, bedauert er. Burnout und ein hoher Absentismus sind die Folgen der teils erheblichen Belastung, der Vollzugsbeamte ausgesetzt sind. Stressbewältigung und Deeskalationsstrategien sind nicht von ungefähr Weiterbildungen, die immer wieder neu angeboten werden und gut besucht sind. Wer sie wünscht oder braucht, kann auch um psychologische Unterstützung fragen.



Beim Strafvollzugsbeamten laufen viele persönliche Informationen über einen Gefangenen zusammen

Wer aber den Beruf wählt, weil er sich wichtig machen will, oder um Waffen zu tragen, ist falsch gewickelt: „Einen starken Max braucht niemand, die gibt es da drinnen zuhauf“, sagt Lux mit Nachdruck. Verwaltungschef Serge Legil stellt klar: „Waffen sind ein Sicherheitsrisiko und dürfen nur im äußersten Notfall eingesetzt werden. Ein Gefangener könnte sie einem Wärter entreißen und gegen ihn einsetzen.“ Nachdem sich ein Wächter vor einiger Zeit mit einer Dienstwaffe in den eigenen Fuß geschossen hatte, waren Zugang und Nutzungsbestimmungen verschärft worden.

Nur die Nachtschicht, die das verschachtelte unübersichtliche Gelände der Haftanstalt Schrässig kontrolliert, ob alles in Ordnung ist und nichts verdächtig, ist bewaffnet. Insgesamt sind dies 75 Männer und Frauen, plus eine Reserve von 25, die dafür regelmäßiges Schießtraining erhält. In der Grundausbildung ist kein Training an der Waffe enthalten. Das ist keine Luxemburger Sonzherheit: Waffenlos sind auch die Kollegen der Gefängnisse jenseits der Grenze, in Belgien, Deutschland und Frankreich – zu ihrem eigenen Schutz.

Von Waffen hält Bernard Lux nicht viel und wie ein Draufgänger sieht er auch nicht aus. „Ich bin nicht besonders groß und nicht besonders kräftig“, beschreibt er sich selbst. Trotzdem habe er „außer einmal“ nie wirklich Angst gehabt. Der pensionierte Wärter hat 40 Jahre lang im Strafvollzug gearbeitet – und alles gesehen. Damals kam er von der Armee zum Gefängnis in den Grund. Eine Ausbildung, die ihn darauf vorbereitet hätte, was ihn erwartet, gab es Ende der 1970-er nicht. „Wir wurden ins kalte Wasser geschmissen. Zu-

nächst bist Du ohne Schlüssel mit den Kollegen mitgelaufen. Nach zwei, drei Wochen hast Du selbst Zellen auf- und zugesperrt“, erinnert er sich. Heutzutage kommen Bewerber immer seltener vom Härebierg, sondern von der Schule oder als Quereinsteigerin aus anderen Berufen. Die Abkehr von der militärischen Vergangenheit zeigt sich auch bei den Dienstgraden: Statt sich an der Karriere der Armee zu orientieren, gelten künftig zivile Bezeichnungen. Das heißt, auch die Abzeichen auf der bisher in Schwarz gehaltenen, in Zukunft blauen Dienstuniform werden sich ändern. Um den zweijährigen *Stage* zu absolvieren, braucht es eine abgeschlossene 3^e des Technique oder Général, neben der Beamtenausbildung stehen 96 Ausbildungsstunden zum Strafvollzugsbeamten auf dem Programm. Die Kurse halten erfahrene Wärter, Staatsanwältinnen, Richter. Für die Weiterbildung, bei Themen wie Radikalisierung, wo es in Luxemburg an Erfahrung fehlt, kommen teils Sachverständige aus dem Ausland.

Gewalt ist ein Problem

Für ihn sei seine Karriere „optimal“ verlaufen, erzählt Lux. Nach Stationen im hauptstädtischen Grund, wo sich bis 1985 das Männergefängnis befand, war er nach Schrässig gewechselt und hatte dort mit Kollegen die Untersuchungshäftlinge bewacht. „Dort war es rauer und übersichtlicher.“ Männer unterschiedlicher Nationalität lebten auf engstem Raum. Dann wurden wegen der Platznot in Schrässig Einzelzellen zu Doppelzellen umgewandelt. Zeitweilig waren mehr als 700 Gefangene in der Justizvollzugsanstalt eingesperrt, die ursprünglich für 350 Gefangene gebaut worden war.

„Da warst Du verloren, das hat die Stimmung weiter belastet.“

Aggressivität ist ein Riesenproblem in Schrässig. Das liegt auch am Platzmangel, aber nicht nur: Unterschiedliche Nationalitäten, Kulturen und Religionen, zu lebenslanger Haft verurteilte Mörder neben Sexualstraftätern oder Mitglieder rivalisierender Drogenbanden bilden einen explosiven Mix. Wiederholt wurden Wärter von Häftlingen gewaltsam angegriffen. Drogen, die im Gefängnis kursieren, verschärfen das Problem. Um besonders renitenten Störenfriedern Paroli zu bieten, gibt es die Spezialeinheit Grip (Groupe d'intervention pénitentiaire). Das Rollkommando weiß, wie sie gewalttätige Insassen schnell und wirksam aus dem Weg räumt, wenn beispielsweise Zellenräume kontrolliert werden. „Wir hoffen, wenn Sassenheim aufgeht, problematische Gruppen besser voneinander trennen zu können“, sagt Legil. Neue Schutzkleidung, Pfefferspray und Kampfsporttechniken sollen Männern und Frauen des Grip auf Einsätzen mehr Sicherheit bieten.

Während die Forderung der Association des agents pénitentiaires (AAP) nach einer Gefahrenzulage inzwischen erfüllt wurde, wurden die ebenfalls verlangten Elektroschockpistolen (so genannte Taser) nicht bewilligt. In ihrer Antwort auf eine diesbezügliche parlamentarische Anfrage der CSV hatten der damalige Justizminister Félix Braz und Polizeiminister François Bausch (beide Déi Gréng) ihre Ablehnung mit schlechten Erfahrungen im Ausland begründet. In den USA und in Deutschland waren polizeiliche Taser-Einsätze wiederholt tödlich verlaufen.

Nicht Waffenwahn und Mackergehabe, sondern Menschlichkeit und Menschenkenntnis sind im Gefängnis gefragt. Nicht jede/r eignet sich für den harten Beruf

Ansonsten gilt als oberste Regel im Strafvollzug: „Niemand dem Gefangenen den Rücken zudrehen.“ Die brenzligste Situation, an die sich Bernard Lux erinnern kann, geschah, als niemand damit rechnete: Im offenen Vollzug in Givenich lockten ihn Gefangene in einen Hinterhalt, um ihn zusammenzuschlagen. Er hatte Glück im Unglück: Kollegen hatten die Übergriff gesehen und gingen dazwischen.

Schrassiger Wärter haben noch einen unsichtbaren Helfer: Die schwarzen Funkgeräte am Gürtel, die jeder Wärter bei Arbeitsantritt erhält, sind mit einem GPS-System ausgestattet. So kann die Zentrale jederzeit erkennen, wo sich eine Wärterin aufhält. Die neusten Modelle erkennen sogar, wenn jemand angegriffen wird oder am Boden liegt und rufen selbst Hilfe herbei. Dann wird automatisch ein Alarm ausgelöst und es piepst. Doch solche Extremsituationen sind, entgegen aller Schlagzeilen, vergleichsweise selten.

Um im Notfall rasch Hilfe rufen zu können, gehen Streifen grundsätzlich nie allein, sondern immer zu zweit los. Wird eine so genannte Haftraumkontrolle durchgeführt, also eine Zelle nach Drogen, Waffen und anderen verbotenen Gegenständen durchsucht, sind sie mitunter sogar zu dritt. Oft werden sie an den unmöglichsten Stellen fündig: in Löchern in der Matratze oder in Mauerritzen, hinter der Heizung, im Abfluss, im Deostift. „Die haben den ganzen Tag Zeit, ein gutes Versteck zu finden“, weiß Lux. Solche Aufbewahrungsorte sind oft nur mit Hilfe von an Stangen befestigten Spezialspiegeln zu detektieren.

Gesunde Distanz

Als sich die Möglichkeit bot, wechselte Lux 1989 nach Givenich, wo er erst Schichtleiter, dann Chef des gesamten Wachpersonals wurde. Der halboffene Vollzug war damals seiner Zeit voraus: Hier war das Wachpersonal nie nur Schließer/in, weil Gefangene ohnehin nur nachts eingesperrt werden und sich sonst frei bewegen können. Sondern vor allem auch Sozialarbeiter und Ansprechperson. In der neu strukturierten Resozialisierung soll die Rolle des Wachpersonals als Schlüsselfigur in der Hilfskette innerhalb der Anstalt aufgewertet und vor allem die Zusammenarbeit und der Austausch mit anderen Diensten, wie der Bewährungshilfe oder dem Sozialdienst verbessert werden. Alles können die Wärter aber nicht übernehmen: „Ich hatte einen, da war zu sehen, wie es ihm immer schlechter ging.“ Als Lux den psychologischen Dienst zu Hilfe rufen wollte, weigerte der sich, den Häftling aufzusuchen, weil er fürchtete, angegriffen zu werden.

An einem potenziell gefährlichen Ort wie dem Gefängnis sind Teamgeist und Einsatzbereitschaft zuweilen lebenswichtig. „Man muss sich auf den Kollegen oder die Kollegin hundertprozentig verlassen können“, sagt Bernard Lux. Das klappt in der Regel, aber auch unter dem Wachpersonal gibt es schwarze Schafe. Über Rassismus, Sexismus oder andere Diskriminierungen wird zwar kaum offen geredet, aber sie kommen vor. „Das Gefängnis ist nicht anders als die Welt draußen“, sagt Lux. „Respekt ist wichtig. Und nie etwas versprechen, was man nicht halten kann.“ Respektlosigkeiten und Eskalationen gehen mitunter auch vom Wachpersonal aus. „Gefangene haben einen feinen Gerechtigkeitssinn. Wer nicht aufpasst, kann seinen Ruf verlieren. Und das ist, je nachdem, wie schwer die Jungs sind, nicht gut. Das hält keiner lange durch“, rät Lux allen, die sich überlegen, den Beruf zu ergreifen.

Türkischer Einmarsch in Syrien

Schluss mit dem Dörnröschenschlaf

Cem Sey, Berlin

Die Welt bebt. Der Einmarsch der Türkei in Nord-syrien, um die Selbstverwaltung der kurdischen, arabischen und anderen Minderheiten dort zu zerstören, ist aus der Perspektive des Völkerrechts vergleichbar mit dem Einmarsch Saddam Hus-seins in Kuwait. Nur diesmal ist der Bösewicht nicht irgendein Dritte-Welt-Diktator, sondern der Staatschef eines Nato-Staates.

Die Russen reagieren dementsprechend. Sie ver-suchen, den türkischen Einmarsch mit den ihnen zur Verfügung stehenden militärischen und dip-lomatischen Mitteln zu stoppen und rückgängig zu machen. Damit wollen sie sicherlich auch die Nato schwächen. Aber sie reagieren mit Taten – nur das zählt.

Die USA reagiert auch. Zwar liefert das undurch-sichtige Verhalten des US-Präsidenten Donald Trump vor dem Angriff der türkischen Armee ge-nügend Material für psychiatrische Forschungen, aber auf Druck seiner Partei reagiert nun auch er. Washington hat Sanktionen gegen drei türkische Minister und zwei Ministerien in Ankara be-kanntgegeben und unterstrichen, diese seien nur ein Warnschuss. An einem zweiten Sanktionsge-setz, das Staatschef Recep Tayyip Erdogan und seine Entourage treffen soll, wird gefeilt.

Da fragt man sich: Was macht eigentlich die EU? Die Frage ist berechtigt, denn die Europäische Union ist mit ihren Interessen, ihrer geografi-schen Nähe und den laufenden Beitrittsverhand-lungen mit Ankara von diesem Krieg direkt be-troffen. Erdogan droht damit, übrigens nicht zum ersten Mal, die Grenze seines Landes zu öffnen und alle syrischen Flüchtlinge nach Europa zu schicken. Die steigende Zahl der Flüchtlinge im Ägäis-Raum deutet darauf hin, dass er es ernst meint. Anstatt sich gegen diese Drohung eine Strategie zu überlegen, bangt die EU bemerkens-werterweise um genau den „Flüchtlingsdeal“, der sie erst recht zur Geisel Erdogans gemacht hat.



US-Soldaten sollen vom Irak aus gegen den IS kämpfen. Behauptet US-Präsident Donald Trump

Um sich gegen Kritik an ihrer Zahnlosigkeit zu verteidigen, weisen europäische Politiker gern auf komplizierte Vereinbarungen. Zum Beispiel dar-auf, wie sie die Waffenlieferungen an ihren tür-kischen Partner regulieren wollen. Da geht es um „De-minimis-Regel“ und „Komponenten eines Landes in Rüstungsvorhaben“, also um Dinge, die die Europäer EU-müde machen. Eine klare Ansa-ge, ob sie der Türkei weiterhin Waffen verkaufen werden oder nicht, fehlt.

Genauso wenig Klarheit herrscht in der EU da-rüber, ob sie neben militärischen, auch an wirt-schaftliche und politische Sanktionen denken soll. Das Land, das seit 2008 immer autoritärer regiert wurde und dessen Regime spätestens seit dem Putschversuch 2016 faschistische Züge angenom-men hat, bekommt jedes Jahr Milliarden Euro von der EU. Zum Teil sind es Gelder, die im Rahmen

des „Flüchtlingsdeals“ ausgezahlt werden. Zum Teil Beitritts-hilfen. Wenn nun aber Wirtschafts-sanktionen verhängt werden sollten, muss es um zwei Dinge gehen, die auch in Europa einigen weh-tun. Zum Einen müssten die Gespräche über eine Neuordnung der Zollunion mit der Türkei sofort beendet werden. Das würde die Hoffnung Anka-ras im Keim ersticken, den EU-Handel in Zukunft zu seinen Gunsten manipulieren zu können. Das bedeutet jedoch auch, dass europäische Konzerne auf profitable Geschäfte verzichten müssten.

Viel wichtiger wäre aber überhaupt die Rolle eu-ropäischer Konzerne in der Türkei unter die Lupe zu nehmen. Denn sie sind es, die das Regime in Ankara maßgeblich stabilisieren helfen. Dabei geht es um viel Geld. Die Türkei ist ein Billiglohn-land, in dem jeglicher Arbeitskampf auf der Ste-le und notfalls mit Gewalt unterbunden wird. Es

Um sich gegen Kritik an ihrer Zahnlosigkeit zu verteidigen, weisen EU-Politiker gern auf komplizierte Vereinbarungen hin

ist ein Unternehmerparadies. Nicht ohne Grund nennt das Präsidialamt der Türkei, also Erdogan, auf seiner Webseite Standortvorteile und lobt da-bei den Mindestlohn von 483,62 US-Dollar.

Zuletzt wollte der deutsche Autokonzern Volks-wagen ein neues Werk in der Türkei öffnen und dafür weitere Milliarden Euro in dem Land inves-tieren. Mit dem Einmarsch türkischer Truppen in Syrien wurde das Projekt auf „Pause“ gestellt. „Mit Sorge“ beobachte man die Entwicklungen, so ein Konzernsprecher. Doch endgültig gestoppt ist das Vorhaben nicht, obwohl es mit Bulgarien und Rumänien Alternativen in der EU gibt.

Es sind aber nicht nur die Deutschen, die in der Türkei investieren und Milliarden verdienen. Der Anteil der EU-Unternehmen an den Direktinves-titionen in der Türkei beträgt mehr als 50 Prozent.

Weil europäische Konzerne Lust auf noch mehr Profit haben, wird die Unzufriedenheit der EU-Bürgerinnen und -Bürger ignoriert. Die verstehen die Türkei-Politik der EU, die Appeasement-Poli-tik nicht mehr. Das ist auf lange Sicht gefährlich.

Denn der Völkerrechtsbruch wird in der Türkei mit extrem nationalistischen und revanchisti-schen Tönen begleitet. Die ehemalige türkisch-stämmige sozialdemokratische Abgeordnete des deutschen Bundestags, Lale Akgün, beschreibt das, was Europa in Zukunft erwartet, sehr rea-listisch und plastisch. „Was mich besonders erschreckt, sind die Reminiszenzen an das Osmä-nische Reich“, schreibt sie, „die Sprache ist die des Osmanischen Reiches, an der syrischen Grenze spielt eine Janitscharen-Musikkapelle, es wird vom Dschihad gesprochen, in den Moscheen wird für die Soldaten gebetet. Und für den Sieg!“

Tatsächlich sprechen die gleichgeschalteten Me-dien im Land am Bosphorus von der Eroberung ei-nes Gebiets, das in der konservativen türkischen Seele ohnehin schon immer zur Türkei gehörte. Junge Türken träumen von Siegen wie im Jahr 1453, als die Türken Konstantinopel eroberten, oder von weiteren Eroberungszügen in aller Welt.

Die Koalition der Islamisten und Faschisten in der Türkei hat Blut geleckt. Wenn die Welt, auch und vor allem die EU, diesen Angriffskrieg nicht gleich stoppt, wenn sie diese türkische Aggression mit einem faulen Kompromiss durchgehen lässt, werden sie sich bestätigt sehen. Die nächsten Ziele sind in türkischen Medien schon längst im Gespräch: Zypern, Westthrazien, also Teile Grie-chenlands, und Armenien.

Spätestens mit dem Einmarsch in Syrien ist das Problem des „türkischen Faschismus“zu einem internationalen Problem geworden. Die Europä-er und die Europäische Union sollten endlich aus ihrem Dornröschenschlaf erwachen.

Élections législatives

La Roumanie vire à droite

Mirel Bran, Bucarest

Avec son nouveau gouvernement libéral, la Rou-manie compte redorer son image ternie par les attaques des sociaux-démocrates contre la justice et l'État de droit. Mardi 15 octobre, le président Klaus Iohannis a nommé un nouveau Premier ministre, Orban, chef de file du principal parti d'opposition, le Parti national libéral (PNL). « Nous allons renforcer le parcours européen de la Roumanie, a-t-il déclaré après sa nomination. Nous allons faire respecter l'État de droit et assu-rer l'indépendance de la justice. » Ludovic Orban a dix jours pour se présenter avec ses ministres devant le parlement où il a peu d'alliés. S'il n'est pas désigné, le président Iohannis proposera un autre Premier ministre et si cette deuxième pro-

position est refusée par les députés il pourra en-tamer des élections anticipées.

Quant aux sociaux-démocrates qui ont gouverné la Roumanie depuis 2016, ils sont perplexes. Le 10 octobre, à la tribune du parlement, la Première ministre sociale-démocrate Viorica Dancila n'en revenait pas et son visage trahissait un mélange d'incompréhension, de colère et d'impuissance. Elle a vu son gouvernement balayé par une mo-tion de défiance votée par l'opposition libérale et par ses alliés. Une majorité de 238 élus sur un total de 465 se sont prononcés pour le départ de cette sociale-démocrate qu'ils ont traitée de « corrom-pue » et d'« incompétente ». Viorica Dancila avait

Le président Iohannis, qui brigue un deuxième mandat, a toutes les chances de l'emporter

mené une offensive contre la justice et l'État de droit pour sauver la face de Liviu Dragnea, pré-sident du Parti social-démocrate (PSD). Mais elle

a échoué, ce dernier ayant été condamné en mars dernier à trois ans et demi de prison ferme pour abus de pouvoir.

La chute du gouvernement social-démocrate marque la fin d'un cycle au long duquel la classe politique a tenté d'imposer sa volonté au système judiciaire en limitant le pouvoir des magistrats. Une tentative qui a échoué et dont l'opposition s'est servie pour attaquer la majorité parlementaire de gauche. « Sous le règne de Viorica Dancila les ins-titutions juridiques de l'État ont été affaiblies et les voleurs font la loi, a déclaré depuis la tribune du parlement la députée libérale Raluca Turcan. Vio-rica Dancila a menti, désinformé et utilisé l'argent public pour ses intérêts personnels et politiques. »

Le PSD était déjà affaibli depuis que son allié cen-triste – l'Alliance des libéraux et des démocrates (Alde) – avait quitté le gouvernement le 26 août. Les sociaux-démocrates ont également été lâchés par le parti de la minorité hongroise (UDMR). « Le gouvernement Dancila est tombé suite à une motion de censure, et il restera dans l'histoire de la Roumanie au top des gouvernements incompé-tents, a déclaré Dan Barna, le chef de l'Union Sau-ver la Roumanie (USR), un groupe d'opposition qui représente la jeunesse. Nous devons mainte-nant nous projeter dans l'avenir, et la seule solu-tion, ce sont les élections anticipées. Le peuple a toujours raison. »

La chute du gouvernement risque d'avoir un effet catastrophique sur les sociaux-démocrates, qui devront affronter une élection présidentielle le 10 novembre. Leur candidate, Viorica Dancila, n'en-visage pas de céder, et après la chute de son gou-vernement, elle risque de mener son parti dans le mur. « Je reste à la tête du PSD et je n'ai rien à

me reprocher, a-t-elle affirmé suite à la motion de censure. Je vais me présenter à l'élection présiden-tielle et je serai au deuxième tour. » Reste à savoir si son parti la croira sur parole.

Face à Viorica Dancila, le président Iohannis, qui brigue un deuxième mandat, a toutes les chances de l'emporter. Mais la bataille n'est pas gagnée d'avance. La chute du gouvernement social-dé-mocrate renforce deux jeunes partis pro-européens qui pourraient changer la donne : l'Union sauver la Roumanie (USR), dirigée par Dan Barna, et Plus, formation créée par Dacian Ciolos, ancien commissaire européen à l'Agriculture et président du groupe Renew Europe au parlement européen. « Le PSD nous a donné des gouvernements chaotiques, incompétents et irresponsables, a déclaré Dacian Ciolos. Nous avons besoin d'une nouvelle majorité au parlement et seul le vote des Rou-mains peut nous la donner. »

L'alternance politique à Bucarest était également attendue à Bruxelles, où Rovana Plumb, la pre-mière candidate roumaine au poste de commis-saire européen, suspectée de conflit d'intérêt, a été refusée le 26 septembre par les eurodéputés. Avant la chute de son gouvernement, Viorica Dancila a proposé un autre candidat à Bruxelles, à savoir Dan Nica, eurodéputé du PSD accusé de corruption dans plusieurs dossiers du Parquet na-tional anticorruption. Un choix critiqué par l'op-position, qui accuse Viorica Dancila de vouloir exporter la corruption à Bruxelles. « Je vais inter-venir au niveau européen pour que soit refusé un commissaire européen proposé par un gouverne-ment démis », a déclaré le président Iohannis, qui promet de proposer un autre candidat à Bruxelles. Son ambition : refaire la crédibilité de la Rouma-nie au sein de la famille européenne.

Plus de profondeur

Découvrez le Lëtzebuurger Land en vous abonnant gratuitement durant un mois.

land@land.lu
www.land.lu
téléphone 485757-1

.....

10,4

ticker

.....

La petite annonce en attendant la grande



La société d’audit et de conseil EY Luxembourg a dévoilé lundi des résultats financiers positifs marqués par une progression du chiffre d’affaires de 8,3 pour cent pour atteindre 236 millions d’euros (de juillet 2018 à fin juin 2019). Sans surprise, face à la presse au cinquième et dernier étage du siège érigé sur le boulevard Kennedy (Kirchberg), les quatre associés ont partagé leur satisfaction, notamment d’afficher des « taux de croissance de pays en développement » (photo : pso). Le résultat des activités prestées par EY a progressé de 54 pour cent en cinq ans et même d’un tiers sur les trois derniers exercices. « Quelque chose dont on est très contents », a avoué Alain Kinsch qui vient de signer là son dixième rapport annuel à la tête de la firme. « Depuis 2010, nous sommes sur un *trend* moyen de huit pour cent. Cela reflète la bonne santé du Luxembourg, mais aussi celle d’EY », a fait valoir le doyen des *managing partners* des Big Four en expérience.

À 48 ans, Alain Kinsch a déjà vu quelques-uns de ses congénères quitter leurs fonctions : Didier Mouget chez PWC, Yves Francis chez Deloitte, Karin Riehl puis Georges Bock chez KPMG. Et alors que le communiqué de presse livré par le département communication relève « un cycle de croissance ininterrompu et robuste depuis plus de dix ans » (tiens, tiens...), Alain Kinsch parle devant les journalistes d’une énigmatique « fin de cycle ». EY, qui n’est encore que le *small one* des Big Four au Grand-Duché en personnel (1 300 personnes contre 1 680 chez KPMG, 2 200 chez Deloitte et 2 870 chez PWC), travaille sur une stratégie pour rattraper ses pairs. « Objectif 2020-2026 » sera présenté entre la fin de l’année et le début de la suivante. L’on saura alors si celui qui a planché sur le

programme de la coalition pour la place financière repartira pour un tour ou voguera vers de nouveaux horizons. Contacté ce mercredi à ce sujet, l’intéressé trouve la question « légitime », mais n’y répond pas. Pourquoi donc si cela n’a pas d’intérêt pour les affaires ?

Alain Kinsch, chantre du pragmatisme, a fait étalage lundi de sa rationalité en dévoilant les objectifs de la firme en matière d’égalité des genres. « Faire carrière dans un Big Four, qu’est-ce que ça veut dire ? Devenir associé », a-t-il lancé avant de montrer le « très mauvais exemple », la table derrière laquelle sont assis quatre *partners* masculins. EY Luxembourg ne compte que quatorze pour cent de femmes dans ses associé(e)s et ambitionne de doubler la proportion au cours des six prochaines années. « Cela ne veut pas dire que nous sommes en faveur de quotas », a tout de suite désamorcé Alain Kinsch, « mais ce sont des objectifs chiffrés » établis pour être atteints. Pourquoi ? « Pour des raisons *business*, quand vous avez un groupe diversifié, vous prenez de meilleures décisions. » Puis, de plus en plus de clients sont des femmes et quand EY Luxembourg se présente avec que des hommes, « ce n’est pas bon ». Voilà qui a le mérite de la sincérité.

Le monde des Big Four ne fait pas de cadeau, pas même parmi les salariés de celui qui a pour slogan « Building a better working world ». EY révèle que son recrutement record de 320 personnes cette année tient partiellement (c’est-à-dire en plus du *turnover* naturel) au Brexit et à l’exode de « talents » (terme prescrit pour désigner un employé dans le « people business ») qu’il a généré. En effet la soixantaine de sociétés financières annoncées en provenance de Londres ont pioché dans les Big Four pour remplir leurs bureaux. pso

Eigenlob

Die Pressekonferenz am Montag, die den Auftakt zur dritten Auflage der Woche zur Internet-Sicherheit bildete, war Werbung in eigener Sache. Unter der pompösen Überschrift „Kartografie des Ökosystems nationale Cyber-Sicherheit“ hatte die Agentur Luxinnovation verschiedene Daten zur Branche

auf einem Schaubild zusammengetragen: 304 Privatunternehmen sind hierzulande mittlerweile im Bereich *cybersecurity* unterwegs, darunter 68 Start-ups. Banken und Versicherungen ebenso wie Anwaltskanzleien wurden großzügig mitgerechnet. Unternehmen, die Internet-Sicherheit zu ihrem Kerngeschäft zählen, machten davon nur rund ein Viertel aus. Insgesamt beschäftigt die Branche rund 1 000 Mitarbeiter. „*Cybersecurity* ist ein Standortfaktor“, so Wirtschaftsminister Etienne Schneider (LSAP; in der Mitte des Fotos, ik), der unterstrich, der Staat sei mit der Gründung von Internet-Sicherheitsdiensten wie *cases.lu* und *circl.lu* so etwas wie „ein Pionier“ auf dem Gebiet gewesen. Das Internet-Portal *cases.lu* hilft Privatpersonen, Firmen und Verwaltungen, ihre Informationssicherheit zu verbessern, das Computer Incident Response Center Luxembourg (Circl) dagegen hat sich auf den Schutz von Netzwerken und die Warnung vor Cyber-Attacken spezialisiert. So wichtig das bei der Umsetzung der Pläne zur flächendeckenden Digitalisierung ist: Die Affäre um schlecht geschützte und teils illegale Datenbanken bei Polizei und Justiz, aber auch in anderen staatlichen Verwaltungen, zeigt indes, dass der Staat selbst noch viel in dem Bereich dazuzulernen hat. Vom 15. bis 25. Oktober finden rund 40 Veranstaltungen von 50 Organisationen zum Thema Internet-Sicherheit statt (*cybersecurityweek.lu*). ik



Les artisans s’opposent à la loi antiblanchiment

Dans un avis enregistré par la Chambre des députés ce mardi, la Chambre des métiers s’oppose au zèle du législateur luxembourgeois dans la transcription de la cinquième directive européenne visant à lutter contre le blanchiment de capitaux et le financement du terrorisme. Si les signataires du texte, Tom Oberweis (président de l’instance consultative) et Tom Wirion (son

directeur général) souscrivent au « souci du gouvernement de se doter d’un carcan législatif exemplaire » en la matière, ils rappellent que les entreprises artisanales et commerciales individuelles ainsi que les PME « sont soumises aux mêmes obligations » que les banques « sans pour autant disposer des ressources correspondantes ». Or, le texte déposé par le ministère des Finances prévoit que l’embauche des collaborateurs soit assortie d’une procédure pour s’assurer des « critères d’honorabilité, de compétence et d’expérience applicables ». « Cette nouvelle donne restreindrait le marché de l’emploi et constituerait une charge administrative supplémentaire inédite pour les chefs d’entreprises », notent les deux Tom, qui s’opposent formellement à l’alinéa introduisant cette responsabilité. Ils critiquent aussi vertement la possibilité offerte par le texte aux autorités de contrôle de prononcer une amende de 250 à 250 000 euros à l’encontre du dirigeant responsable du licenciement d’un éventuel lanceur d’alertes. « Cette disposition n’étant nullement prévue par la directive, la Chambre des métiers s’oppose à son introduction », écrivent les représentants de l’organisation représentative de l’artisanat « premier employeur du pays » (94 000 personnes). pso

Good news vs bad news, ain’t no fake news

Dans sa réponse à la question posée par Sven Clement (Piraten), le ministre des Communications et des Médias, Xavier Bettel (DP), oppose d’heureux développements à d’autres plus tristes liés à la restructuration du groupe RTL annoncée fin août et dont les termes exacts sont discutés ces jours-ci entre les délégations syndicales et la direction de la société, mais qui impliquerait le licenciement d’une cinquantaine de personnes et la relocalisation en Allemagne d’une trentaine de postes. Dans le courrier officiel publié mardi, le ministre de tutelle explique que la principale préoccupation demeure le développement au Grand-Duché du groupe média propriété de Bertelsmann. Il pourrait se matérialiser par la relocalisation à Luxembourg du siège de la *joint venture* spécialisée dans la relation client (c’est-à-dire la prospection téléphonique et en ligne) créée cette année avec le groupe Saham,

Prozent des Luxemburger Stromverbrauchs wurden im vergangenen Jahr aus erneuerbaren Quellen gedeckt, wie die Regulierungsbehörde ILR in ihrem Jahresbericht 2018 über den Energiesektor schreibt. Damit wurde zum ersten Mal die Zehn-Prozent-Marke überschritten. Dieses Jahr könnte der Anteil noch deutlich höher ausfallen, schätzt das ILR: 2018 lag der Produktionsausstoß an Strom der heimischen Wind-, Solar- und Biomasseanlagen 14 Prozent über dem des Vorjahres, obwohl die ans Netz angeschlossene Leistung dieser Anlagen mit insgesamt 315 Megawatt so gut wie unverändert geblieben war. Dagegen rechnet das ILR dieses Jahr mit der Fertigstellung mehrerer neuer Anlagenprojekte, so dass die Anschlussleistung zunehmen wird und die Ausbeute entsprechend mitwachsen könnte. Bis zum Jahr 2033 könnte der Strombedarf des Landes um 70 Prozent zunehmen, erwähnt das ILR Schätzungen von Netzbetreiber Creos. Ursachen seien das zu erwartende Bevölkerungswachstum, der Ausbau der Elektromobilität, der Übergang auf Elektroheizungen in Wohnhäusern sowie „der Bau neuer Datenzentren“. Deshalb strebe Creos, dessen Stromnetz im Grunde eine Fortsetzung des deutschen ist, einen Ausbau der Kapazitäten vom Nachbarland her an. pf

Majorel (et qui revendique déjà sur son site internet un chiffre d’affaires annuel de 1,2 milliard d’euros). Le nombre d’emplois créés localement serait en cours de définition selon le cabinet du ministre, qui poursuit avec le projet d’une nouvelle centrale d’achats des droits télévisés de RTL Group au Luxembourg. « Et besteet och d’Intention fir Aktivitäten am Beräich vun de Paiementer an am Marketing zu Lëtzebuerg weider ze entwéckelen », fait encore savoir l’Hôtel Saint-Maximin, décidément riche en bonnes nouvelles en cette semaine de manifestations à RTL-City (photo : DR). Le solde net des départs et des arrivées reste à clarifier. pso



Croissance anémique

En pleine Fiac parisienne (qui dure encore jusqu’à ce dimanche, 20 octobre), Deloitte publie la sixième édition de son *Art & finance report* (disponible sur *deloitte.com*), qui, certes, se réjouit que, en 2018, « le patrimoine des particuliers ultra-fortunés associé à l’art et aux objets de collections » représentait 1 742 milliards de dollars dans le monde et que ce chiffre devrait continuer à augmenter. Mais sa croissance serait « anémique », parce que les ultra-riches et les professionnels du secteur commencent à se méfier du manque total de régulation du marché. L’absence de traçabilité de l’origine des œuvres, le blanchiment ou de délit d’initié (voir l’affaire Bouvier/Ryboloviev) sont autant de risques qui inquiètent les investisseurs. En amont de la foire luxembourgeoise Art Week (du 8 au 10 novembre), Alex Reding organise cette année une série de conférences-débat sur les collections privées et d’entreprises, qui auront lieu les 21, 22 et 23 octobre de 17 à 20 heures au Cercle-Cité. Animées par Roman Kräussl, l’expert du marché de l’art international qui travaille comme chercheur à l’Université du Luxem-

bourg, Adriano Picinati di Torcello, le directeur du secteur Art & finance de chez Deloitte et David Arendt, premier directeur du Freeport et désormais consultant indépendant, discuteront des motivations et des bénéfices d’un investissement en art. Parmi les participants aux débats, il y aura notamment Suzanne Cotter, la directrice du Mudam, Delphine Munro, responsable des acquisitions à la BEI ou Carolin Scharpff-Striebig, membre des comités d’acquisition de la Tate Modern et du MAM Paris (l’entrée à la série de conférences *Management of private and corporate art collections* est ouverte à tous et gratuite). jh

Le dernier des paternalistes

Interview : Pierre Sorlut

Carlo Thill a lâché l'an dernier la barre de la plus grande banque du Luxembourg, BGL. Remplacé par un Français, Geoffroy Bazin, il continue de siéger à son conseil d'administration aux côtés d'anciens grands pontes de l'actionnaire principal BNP Paribas. Carlo Thill traîne aujourd'hui sa légendaire moustache et son faux flegme dans les milieux entrepreneuriaux, notamment à la House of Startups et à la Lhoft, où on le voit parfois débarquer avec sa Harley. Arrivé en 1978 chez BGL comme stagiaire, au sortir d'études en économie à l'Université de Nancy, le banquier a gravi, plan de carrière en main, tous les échelons de l'institution pour finalement la guider pendant treize années aux portes de son centenaire. À sa direction il a vécu le dernier changement d'actionnariat en date, mais surtout la fin d'une ère bancaire. Carlo Thill représente un pan de l'histoire de la place financière. Son évocation suscite quelques réticences, notamment lorsque l'on aborde le recours aux structures offshore pour cacher les avoirs des clients en marge de la disparition du secret bancaire, des regrets, justement dans la résistance des banquiers au Zeitgeist, mais aussi une certaine fierté d'avoir mené le navire à bon port. Si la banque a perdu quelques éléments en route, elle n'a pas coulé avec son actionnaire Fortis en 2008 et a ensuite rapporté de confortables dividendes à ses propriétaires, BNP Paribas et l'État (lequel a tout de même déboursé 2,5 milliards d'euros pour la maintenir à flots). Pour préserver ces intérêts économiques, sociaux et politiques (lesquels sont intimement liés), on a du mal à tourner la page. À l'image de Carlo Thill, un peu. Nous le rencontrons ce lundi au café Interview, un lieu rétro fréquenté par les jeunes et les nostalgiques, au centre d'une capitale en pleine rénovation.

d'Land : *Monsieur Thill, à 66 ans, vous rempilez pour trois années à la présidence de l'assureur Cardiff Lux Vie. Vous siégez aux conseils d'administration de la House of Start-up, de l'incubateur fintech, la Lhoft dont vous êtes le vice-président, et de BGL BNP Paribas. Qu'est ce qui vous fait encore courir ?*

Carlo Thill : Pas les mandats en tout cas. Comme je suis membre du conseil de la banque et qu'elle est systémique, je suis limité (en vertu des règles européennes en la matière, ndlr). Ce qui m'arrange en fait. Revenir dans une situation où j'aurais une vie comme j'ai eu avant, pris tout le temps, non merci. Il y a autre chose dans la vie que le travail. Mais même si vous n'êtes plus dans la gestion journalière, il faut rester ouvert. Je plains les gens qui ne s'intéressent pas aux nouvelles technologies. À un moment ils seront perdus. Personnellement, j'ai tous les gadgets possibles. Mon épouse dit que je suis un geek.

Vous êtes et avez été lobbyiste, souhaitez vous passer à la politique ?

Les banquiers sont beaucoup plus attaqués et décriés qu'avant, mais il y a plus ingrat comme profession, c'est politicien.

Au cours de vos quatre décennies comme banquier chez BGL, quel changement relèveriez vous en premier lieu ?

On me dit que la digitalisation est une révolution. Oui je veux bien. Mais elle est différente de ce qu'on a vécu dans les années 1970. Là c'était la révolution en interne. Quand j'ai commencé, les opérateurs triaient les tickets de caisse : rouge c'était le débit, vert, le crédit. Puis lorsque les PC sont arrivés avec les imprimantes, les tickets sont passés au blanc. C'est un petit changement mais quand vous êtes habitués à mettre les tickets verts dans une caisse et les rouges dans une autre, qu'il n'y a plus de couleur, alors... il faut lire. En 1978, nous étions 70 universitaires sur 1 000 employés. Maintenant, nous n'embauchons quasiment plus qu'à ces niveaux.

Le technologique n'est pas anecdotique ?

L'informatique a fortement changé l'organisation. Le pouvoir est passé du back office au guichet, où les collaborateurs pouvaient tout faire eux même. Dans les années 1980, les employés ont pris le pouvoir avec l'automatisation. Maintenant, le banquier court derrière le client. C'est lui qui décide. Il veut un projet end-to-end, tout faire avec sa tablette où qu'il soit. La banque s'adapte, travaille sur les procédures de contrôle, par exemple en ajoutant de l'intelligence artificielle afin de détecter les anomalies.

Et quels changements dans l'environnement bancaire ont marqué le plus votre carrière ?

Quand Fortis a racheté BGL en 2000. Avant, même si la Générale de banque était toujours actionnaire de l'établissement, BGL jouissait d'une très grande indépendance.

Et la fin du secret bancaire, n'est pas selon vous un élément des plus importants ?

C'était quelque chose qui s'annonçait depuis le sommet de Feira (Portugal) en 2000. Peut-être que les banquiers de cette époque voulaient absolument préserver le secret bancaire. Avec du recul, on peut dire que c'était une erreur.

Pourquoi était-ce une erreur ?

Les attaques sur le Luxembourg sont venues après la crise lorsque les États, voisins surtout, ont eu des problèmes de budget. Ce serait mieux passé si on avait commencé notre nettoyage avant 2008.

Cela a fait une mauvaise publicité, mais qu'est-ce que ça a concrètement coûté aux banques au final ?

Difficile à dire. Aujourd'hui les avoirs sous gestion en banque privée, BGL et les autres banques actives en wealth management, continuent à croître légèrement. Mais le modèle a changé. Avant vous aviez le dentiste belge et des marges beaucoup plus élevées.

Le prix du silence...

Entre autres oui, mais aussi parce que les montants étaient moins importants. Si les avoirs sous gestion moyens sont moins importants alors vous avez des marges plus élevées. Les marges se sont réduites de moitié au moins. Vous gagniez 1,2 ou 1,3 pour cent avant. Vous êtes à cinq ou six points de base aujourd'hui. Maintenant je crois qu'on peut dire qu'une banque privée avec moins de neuf milliards d'euros sous gestion n'est pas rentable. Avant vous étiez rentable avec trois milliards ou trois et demi.

Avez-vous attesté de l'arrivée d'une vague de clients fortunés, en provenance de France notamment pour BGL ?

Oui. Ce phénomène a également joué pour que les avoirs sous gestion restent stables ou augmentent légèrement. Mais il faut dire que des clients étrangers qui deviennent résidents, c'est très lourd comme gestion, du moins au début. Ce n'est pas parce qu'on devient résident que les fonds ne sont plus contrôlés. Le groupe BNP Paribas est très soucieux du risque, surtout en matière de réputation, on ne peut pas se permettre d'avoir des articles dans les journaux où on nous dit mêlés à tel ou tel client qui a des problèmes d'origine des fonds ou de blanchiment d'argent.

C'est pourtant arrivé, par exemple avec les fonds de Vladimiro Montesinos placés dans les coffres de BGL (ancien homme fort de l'autoritaire régime péruvien de Fujimori, condamné à quatre ans de prison le 4 octobre pour corruption et atteinte aux droits de l'Homme)...

Oui, mais ça c'est vieux... puis vous citez ce nom, mais vous n'en citez pas beaucoup d'autres.

Est-il délicat pour un groupe bancaire français de conduire une activité au Luxembourg, notamment après la crise et au Luxembourg bashing qui a suivi ?

BNP Paribas opérait déjà à Luxembourg avant le rachat de BGL. Le groupe ne pouvait pas se permettre de ne pas avoir une banque non conforme aux règles internationales. L'État luxembourgeois (entré au capital en 2009 avec BNP, ndlr) non plus d'ailleurs. Je pense que nous avons été parmi les premiers, voire les premiers, à nous montrer intransigeants vis-à-vis de nos clients non résidents. Ce qui n'était pas évident. On parle de clients de vingt ou trente ans. Une relation de confiance s'était installée avec nos collaborateurs.

Malgré toutes les crises, vous êtes resté là, treize ans (de 2005 à 2018), inamovible, à la tête de la plus grande banque luxembourgeoise, une exception dans un tel secteur.

J'ai quand même soumis ma démission en 2008 pendant la crise. Mais elle n'a pas été acceptée. Je m'étais dit que les actionnaires voudraient peut-être renouveler la direction pour remettre la banque sur les rails ou la changer fondamentalement. J'ai dit que je ne voulais pas être un obstacle. À ces positions, on n'est peut être pas coupable, mais on est responsable. Le gouvernement, les syndicats et les collaborateurs, et ça m'a fait très plaisir, m'ont néan-

moins demandé de rester. Il y a eu une forte période de flottement. En septembre, il y a eu un deal entre les États du Benelux et Fortis pour entrer dans le capital afin de sauver le groupe. Dans la semaine suivante, l'État néerlandais est sorti. Les États ne devaient pas rester éternellement actionnaires. Un accord a vite été conclu avec BNP Paribas pour qu'elle reprenne une partie du capital. L'idée des États était de rentrer dans les banques locales et pas au niveau du groupe. Il était impossible de vendre à l'électorat un investissement dans une holding de banque quelque part ailleurs. L'entrée dans le capital de BNP Paribas s'est faite en mai 2009, après le feu vert des tribunaux. Là on a dirigé la banque à deux, Éric Martin et moi-même.

La deuxième tête matérialisait le lien avec Paris...

Oui, c'est une raison. Pour le groupe, mettre quelqu'un de Paris c'était s'assurer que la banque entre dans le giron de BNP Paribas, avec ses procédures, les règles de gestion des risques, et cetera.

Vous-même êtes resté. Pourquoi ?

Pour apaiser les esprits. Maintenir la continuité.

Rassurer le gouvernement aussi ?

Je pense qu'effectivement l'État a joué son rôle. Sachant qu'Éric Martin était également country manager de BNP Paribas Luxembourg, donc assumait la responsabilité des autres entités (environ 1 500 personnes, ndlr) telles que le leasing Arval, les fonds d'investissements avec BPSS, l'assurance Cardiff ... La banque (environ 2 400 employés) n'est qu'une partie des activités de BNP Paribas au Grand-Duché. On aurait pu craindre que ça ne marche pas, mais on a formé un bon tandem. Il n'y a eu aucune animosité entre nous deux. Il est rentré à Paris pour prendre la responsabilité de la conformité du groupe. J'ai pris la celle de toutes les activités ici.

Depuis votre départ en juin 2018, un Français seul, Geoffroy Bazin, a repris les rênes. Le signe que Paris reprend la main ?

Le groupe avait sélectionné plusieurs candidats, dont un Luxembourgeois. C'est un choix des actionnaires. Geoffroy Bazin avait plusieurs avantages. Il connaissait le Luxembourg, car il avait été en charge de l'activité fonds d'investissement puis il est devenu responsable de la Suisse. Il avait déjà l'expérience d'un portefeuille d'activités plus large.

« Les banquiers voulaient absolument préserver le secret bancaire. Avec le recul, on peut dire que c'était une erreur » Carlo Thill

Est-ce le signe que BNP se positionne pour reprendre les parts de la banque détenue par l'État (34 pour cent du capital) ?

Je ne pense pas que l'on puisse l'interpréter de cette façon. Et je ne peux pas me prononcer à la place de l'État. En tout cas, actuellement, tout va bien ainsi. Même si le FMI ou l'OCDE regardent ça (la participation publique dans des établissements bancaires privés, ndlr) avec beaucoup d'interrogations.

Si l'État sortait du capital, surgirait le risque que BNP fasse ce qu'elle veut ?

Il est vrai que compte tenu de la digitalisation (euphémisme pour automatisation, ndlr), du maintien dans un environnement de taux d'intérêts négatifs ou très bas, vous avez peu de perspectives d'augmenter très fortement vos revenus. Les banques doivent réduire leur personnel. Mais BNP a pris l'engagement de signer un pacte social avec les représentants du personnel concernant les pays domestiques : Belgique, France, Italie, Luxembourg. Il n'y aura pas de plan social.

Comment l'assurer ?

Dans ces pays, une grande partie de l'activité s'articule autour des agences, avec les particuliers. Vous réduisez la masse salariale avec un turnover naturel ou des plans de pré-retraite, sans licenciement. Parce que si je regarde BGL, elle a fortement réduit le nombre de collaborateurs depuis la fusion (environ 400 personnes, soit 8 pour cent des effectifs, ndlr).

Vous donnez l'air d'un patron paternaliste. Comment articulez vous conception sociale et vision d'affaires ?

Mes opinions ne sont pas toujours identiques à celles des entrepreneurs (comprendre de l'UEL, ndlr). J'ai une opposition plus nuancée par exemple vis-à-vis de l'indexation. Pour moi elle devrait être plafonnée. L'indexation bénéficie aux couches sociales qui ont moins d'argent et leur offre un certain filet. Je parle de quelqu'un qui travaille comme le monsieur là sur l'échafaudage (il désigne le chantier Hamilius, ndlr), dans un pays où le coût de la vie est élevé, sans l'indexation ce serait encore plus dur. Mais comme entreprise en période de crise l'indexation, c'est difficile à payer. Là il faudrait pouvoir faire une parenthèse.

Et que pensez vous des mesures sociales récemment prises par le gouvernement ?

Le congé parental apporte quelque chose. De plus en plus d'hommes prennent des congés parentaux. C'est le signe qu'il y a une demande. Mais tout ça a des coûts. Et deux jours de congé supplémentaires, le fallait-il ? Ces mesures ont été trop radicales et trop rapides. Il fallait avoir une discussion plus globale sur le temps de travail et sur la digitalisation. Ici on donne et après on a une discussion. Mais on ne pourra plus donner ce qu'on a déjà donné. Ça rend les négociations très très difficiles.

Une baisse de l'imposition des sociétés dans le cadre de la réforme fiscale constituerait une contrepartie à vos yeux ?

C'est attendu oui. Il ne faut certainement pas venir au niveau irlandais. Il faudrait avoir un taux all-in, facilement communicable à l'étranger, surtout à un moment où les arrangements fiscaux ne sont presque plus possibles, sans devoir faire des artifices pour arriver... (il s'interrompt, ndlr) prendre l'Angleterre pour exemple (17 pour cent visés en avril 2020). On ne serait pas attaquant. On aurait les mêmes taux qu'un des grands.



« OK pour l'interview, mais dans quel lieu ? », Carlo Thill ne fait pas tout de suite le rapprochement avec le café où nous le retrouvons lundi

L'emblématique banquier Carlo Thill livre son histoire et sa vision de l'économie locale

Was keiner hören

Pia Oppel

Das Mediengesetz vom 27. Juli 1991 gilt als Meilenstein der Luxemburger Medienpolitik. Nach jahrelangem Ringen wurde das seit 1930 durch sukzessive Konzessionsverträge verbriefte *RTL*-Monopol im audiovisuellen Sektor offiziell beendet. Neue Rundfunkfrequenzen wurden für andere private Anbieter frei gegeben. Und eine öffentliche Einrichtung sollte die Gestaltung eines „soziokulturellen“ Programms übernehmen.

Was dieses neue öffentlich-rechtliche Radioprogramm leisten und wie es funktionieren soll, ließ der Gesetzgeber offen. Entschieden wurde nur, dass es auf Werbung verzichten muss – also staatlich finanziert wird. Und dass es den sozialen und kulturellen Vereinigungen einen, wie es im Gesetz heißt, „breiten Zugang zur Antenne“ bieten soll.

Gesetz der Ungewissheit

Der „soziokulturelle Sender“ stehe „noch etwas schemenhaft da“, meinte der ADR-Abgeordnete Robert Mehlen in der Plenardebatte der Abgeordnetenkammer zum Mediengesetz am 10. Juli 1991 – eine Aussage, die ähnlich in fast allen Wortmeldungen auftauchte.

Gegner des Projekts (darunter die DP, die ADR und Teile der CSV¹⁾ konnten hoffen, dass das öffentlich-rechtliche Experiment scheitern würde. Dazu passt, dass die Sozialisten noch bei der Abstimmung Zweifel hegten, dass die vom Gesetz her kaum abgesicherte Rundfunkanstalt je existieren würde. Der LSAP-Abgeordnete Jean Asselborn zeigte sich in der Plenardebatte zwar „zufrieden, dass wir die Idee von Robert Krieps für ein nicht-kommerzielles öffentlich-rechtliches Radio durchsetzen konnten“. Beruhigt sei man in aber erst, wenn das Projekt wirklich umgesetzt würde, so Asselborn: „Wir teilen nicht den zynischen Pessimismus einiger Leute, die meinen, dass es immer ‚lettre morte‘ bleiben wird.“

Medienpolitik im CLT-Staat (1)

Das der Schaffung eines öffentlich-rechtlichen Senders vorangegangene politische Tauziehen um die Liberalisierung der Radiofrequenzen war wesentlich von der dominanten Rolle des *RTL*-Mutterhauses Compagnie Luxembourgeoise de Télédiffusion (CLT) geprägt. Luxemburg spielte dank des CLT-Standorts europaweit eine wichtige Rolle im audiovisuellen Mediensektor, hatte aber selbst wegen des *RTL*-Monopols (und abgesehen von zahlreichen Piratensendern) eine außergewöhnlich arme audiovisuelle Medienlandschaft und als einziges Mitglied der Europäischen Gemeinschaft keinen öffentlich-rechtlichen Radiosender.

Das „nationale Interesse“ sei „noch immer deckungsgleich mit den Interessen des Konzessionärs, der bisher für dieses Land eine gute Arbeit geleistet hat“. Diese vom DP-Abgeordneten Henri Grethen 1991 im Parlament postulierte Interessenkonvergenz hat unter anderem die technischen Rahmenbedingungen der audiovisuellen Medienpolitik definiert.

Die neu zu vergebenden Radiofrequenzen hatte Luxemburg sich 1984 in Genf bei Verhandlungen im Rahmen der Internationalen Fernmeldeunion gesichert. Die CLT wirkte daran maßgeblich mit, wie der hohe Beamte im Staatsministerium Paul Zimmer wenige Jahre später in einem Bericht schilderte: „Ziel der Luxemburger Delegation sei es gewesen, die Qualität und Reichweite der CLT-Radiofrequenzen zu verbessern.“

Dabei ging es der CLT primär um ins Ausland gerichtete Angebote. Im Inland wollte das Medienhaus möglichst wenig Konkurrenz zulassen. Entsprechend handelte Luxemburg sich viele kaum brauchbare Lokalfrequenzen, einige Regionalfrequenzen und wenige nationale Radiofrequenzen aus. Darunter die nationale Frequenz 100,7 Megahertz, die *RTL* neben 92,5 Megahertz nutzen



In der Redaktion von *Radio 100,7* im Juni 2000

wollte, um die Reichweite seines Luxemburger Radioprogramms zu verbessern. „Cette contrainte (...) a été délibérément créée“, so Zimmer. (1993 wechselte Zimmer zum Saint-Paul-Verlag, der gerade *Radio DNR* gegründet hatte. Von 1995 bis 2003 war er Generaldirektor des Medienhauses.)

Ein Radio für die geschriebene Presse

CSV und LSAP hatten sich im Hinblick auf die Liberalisierung der Radiolandschaft ursprünglich nicht auf die Schaffung eines öffentlich-rechtlichen Senders geeinigt. Bei der Vergabe neuer lokaler Frequenzen sollten laut Koalitionsabkommen von 1984 die Zeitungsverleger prioritär behandelt werden.²

Verhandelt wurde schließlich über ein Modell, in dem den Zeitungsverlegern Fenster im luxemburgischen *RTL*-Programm bereitgestellt werden sollten. Ausgestrahlt werden sollten die Fensterprogramme über 92,5 Megahertz und die neue nationale Frequenz 100,7 Megahertz. Allerdings wurden den Zeitungsverlegern lediglich zuhörerarme Zeitfenster im Nachmittagsprogramm angeboten, und die CLT wollte ihnen einen Teil der Werbeeinnahmen abknöpfen. Die Verhandlungen zwischen Staatsministerium, CLT und den sieben interessierten Presseorganen scheiterten im Oktober 1986.

Öffentlich-rechtliche Kompromisslösung

LSAP-Kulturminister Robert Krieps brachte damals die Idee eines öffentlich-rechtlichen Radioprogramms ins Gespräch. Trotz Widerständen in der CSV gelang es der LSAP, ihrem Koalitionspartner ein gemeinsames Bekenntnis zu dieser Idee abzurufen.

Im Rahmen einer parlamentarischen Orientierungsdebatte zur Medienpolitik am 9. Juni 1988 forderten die Mehrheitsparteien die Regierung auf, „à accroître l'offre des programmes disponibles et les possibilités d'expression des associations socio-culturelles, en utilisant la fréquence 100,7 pour une radio à couverture nationale à gérer par un établissement public“.

Das Kulturministerium gab daraufhin die Ausarbeitung eines Weißbuchs in Auftrag, „sur l'opportunité et les moyens de créer une radio nationale publique, à vocation culturelle“. Das 1989 von dem Radiomacher und grünen Politiker Robert Garcia zusammengestellte Kompendium skizzierte mögliche Konzepte für ein „soziokulturelles Radio“, darunter: pluralistische Information, Bürgerpartizipation, Kultur, Bildung, „Verfeinerung der Musikkultur“, „Verbesserung des interkulturellen Klimas“ und „Diffusion der Ideen und Aktionen der soziokulturellen Vereinigungen“.

In dem Weißbuch kamen auch interessierte Akteure aus Medien, Kultur und Politik zu Wort: Mehrere Autoren warnten, ein Radio, das ein bisschen von allem mache, werde am Ende niemanden ansprechen. Und dass öffentlich-rechtliche Qualitäts- und Professionalitätsansprüche etwas kosten würden.

Trotz dieser konzeptuellen Vorarbeit gelang es bis zur Abstimmung über das Mediengesetz 1991 nicht, die widersprüchlichen und vagen Erwartungen an den neuen Sender in ein kohärentes Konzept einfließen zu lassen. Robert Krieps, der 1990 verstarb, hatte sich nie richtig festgelegt, welche Art öffentlich-rechtlichen Senders er sich vorstelle: „Elle sera à la fois *France Musique*, *France Culture* et *Radio bleue*, mais aussi Schulfunk und porte-parole des groupements au service des intérêts légitimes des citoyens.“⁴

Während der Plenardebatte 1991 lagen die Vorstellungen der Parteien immer noch meilenweit auseinander: Sollten der Konsumentenschutz, die Gewerkschaften und der Mouvement écologique Sendungen in Eigenregie moderieren dürfen? Oder sollten professionelle Journalisten die Inhalte produzieren? Sollte *Radio 100,7* ein elitäres Nischenprogramm werden, ein Sprachrohr für Minderheiten, oder ein vollwertiges Angebot nach dem Vorbild altherwürdiger Rundfunkanstalten im europäischen Ausland?

Medienpolitik im CLT-Staat (2)

Die CLT hat die Debatte über die Liberalisierung der Radiofrequenzen nicht nur technisch, son-

dern auch politisch dominiert. Ausdruck davon ist, dass die Begriffe „CLT“ und „RTL“ in der Plenardebatte über das Mediengesetz häufiger vorkamen (insgesamt 530 Mal) als der für die Substanz des Gesetzes zentrale Begriff „Radio“ (519 Mal).

Der damalige Präsident und Generaldirektor der CLT (und frühere DP-Staatsminister) Gaston Thorn hatte sich wiederholt gegen die Schaffung eines öffentlich-rechtlichen Radios ausgesprochen. Noch drei Wochen vor der Abstimmung im Parlament, forderte Thorn beispielsweise in einem Interview bei *RTL Télé*, die Frequenz 100,7 Megahertz nicht an den „Soziokulturellen“ zu vergeben. Im Parlament fiel die Rolle der *RTL*-Interessenvertretung unter anderem dem DP-Abgeordneten Josy Simon zu, der gleichzeitig Präsident der *RTL*-Personaldelegation war. Auch der Staatsrat verteidigte in seinen sehr politischen Gutachten deutlich die Interessen der CLT.

Weil *RTL* den Mehrheitsparteien wochenlang nicht ermöglicht habe, ihre Position zum Mediengesetz zu erläutern, verspüre er „eng gewäss Gène“, meinte CSV-Berichterstatler Michel Wolter nur einmal in einem anderen Zusammenhang vor. Bezeichnenderweise hat das „Établissement public“, das mit der Produktion eines soziokulturellen Programms beauftragt wurde, im Gesetz gar keinen Namen. Den Titel „Établissement de radio-diffusion socioculturelle“ bekam das Radio 1992 per großherzoglicher Verordnung.

Das öffentlich-rechtliche Angebot sei nur als Ergänzung zu *RTL* gedacht, betonte CSV-Staatsminister Jacques Santer. CSV, LSAP und Grüne konnten sich vorstellen, dass das soziokulturelle Programm im Rahmen einer Zusammenarbeit mit *RTL* entstehen würde. Entsprechende Verhandlungen sollte das Staatsministerium nach Verabschiedung des Mediengesetzes mit der CLT

In der Plenardebatte wurde betont, dass durch das neue Mediengesetz für *RTL* keine zu große Konkurrenz geschaffen würde. Ohnehin sei es den CLT-Aktionären ziemlich egal, wie sich der luxemburgische Markt entwickle, solange der Staat zur Finanzierung des luxemburgischen *RTL*-Programms beitrage

führen. Da das Gesetz keinen konkreten Auftrag für das soziokulturelle Programm festschrieb, blieb offen, worüber genau mit *RTL* verhandelt werden sollte. Zudem sah das Gesetz vor, dass eine Frequenz „ganz oder zum Teil“ für das „soziokulturelle Programm“ reserviert würde. *RTL* konnte somit auf einen eigenen Sendeanteil auf 100,7 Megahertz hoffen – doch dazu später mehr.

Was heißt „Service public“?

„Radio service public“ war eigenen Aussagen nach die von Robert Krieps bevorzugte Bezeichnung für den geplanten öffentlich-rechtlichen Radiosender. Dies sei „ein klar umgrenzter Begriff im öffentlichen Recht und erlaubt damit eine klare, sichere, rechtliche Grundlage. Zweitens liegt die Betonung auf ‚service‘ oder Dienstleistung im öffentlichen Interesse. Diese Aufgabe kann ein kommerzieller Sender niemals erfüllen, da er von den Reklamen und den anvisierten Zielgruppen abhängig ist.“⁵

Diesen Vorstellungen wurde im Mediengesetz nicht Rechnung getragen. Tatsächlich kam der Begriff „Service public“ im ursprünglichen Gesetzestext nur einmal in einem anderen Zusammenhang vor. Bezeichnenderweise hat das „Établissement public“, das mit der Produktion eines soziokulturellen Programms beauftragt wurde, im Gesetz gar keinen Namen. Den Titel „Établissement de radio-diffusion socioculturelle“ bekam das Radio 1992 per großherzoglicher Verordnung.

Daran änderten auch die Zweifel des CSV-Abgeordneten und Präsidenten der parlamentarischen Medienkommission François Colling nichts, der 1991 meinte, der damals geläufige Titel „soziokultureller Sender“ sei „keine glücklichen Terme“. Robert Garcia hatte schon im Weißbuch 1988 darauf hingewiesen, dass der Begriff „soziokulturell“ in der internationalen Fachliteratur zum Radiowesen nicht existiere.

Die Wortschöpfung spiegelt ein Unbehagen wider, das Kind beim Namen zu nennen. Somit ging man einem direkten Vergleich mit öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten im Ausland aus dem Weg. Viele Abgeordnete brachten während der Plenardebatte die Idee des „Service public“

Das Mediengesetz von 1991 ebnete *Radio 100,7* den Weg. Dessen Entstehungsgeschichte gibt Aufschluss darüber, weshalb ihm bis heute eine klare Mission und Garantien für seine Unabhängigkeit fehlen

sollte

mit Pluralismus, Neutralität und Qualität in Verbindung. Dem Verzicht auf eine angemessene Terminologie im Gesetz wurde jedoch keine vertiefte Diskussion gewidmet.

Die Unterscheidung zwischen privaten und öffentlich-rechtlichen Medien ist im Luxemburger Kontext ohnehin schwierig: Immerhin sind auch *RTL*-Radio und *RTL*-Fernsehen zum Teil an einen öffentlichen Sendeauftrag gebunden. Und solange das Gesetz nicht definiert, was mit einem öffentlich-rechtlichen Auftrag genau gemeint ist, bleibt auch offen, an welchen Kriterien die betroffenen Medien sich messen lassen müssen.

Regierungsradio

Das Modell zur Leitung des „Établissement de radiodiffusion socioculturelle“ wurde 1992 mit einer großherzoglichen Verordnung definiert und sieht vor, dass alle neun Verwaltungsratsmitglieder von der Regierung ernannt werden. Damit wurden die frommen Wünsche mehrerer Abgeordneter enttäuscht. In der Plenardebatte 1991 hatten insbesondere Grüne und Sozialisten gefordert, dass der neue öffentlich-rechtliche Sender möglichst unabhängig und staatsfern sein müsse. Jacques Santer folgte auch den Vorschlägen des Kulturministeriums aus dem Weißbuch von 1989 nicht. Darin war eine stärkere Trennwand zwischen Exekutive und Radio angedacht.

Auch zum Finanzierungsmodell lässt sich im Weißbuch eine Überlegung finden, die später nicht mehr aufgegriffen wurde. Dass eine Finanzierung über Rundfunkgebühren, die mehr Staatsferne garantiert, nicht ernsthaft ins Auge gefasst werden würde, sah der Journalist Romain Hilgert bereits 1989 kommen: Der Ansatz hätte „die politischen Initiatoren des Projekts [gezwungen], die Bevölkerung mit Begeisterung für ein Unternehmen zu gewinnen, hinter dem sie selbst nur halbherzig stehen“.

Mega-halbhertzig: die Fensterlösung

Die Schaffung eines öffentlich-rechtlichen Radios hatte nach Verabschiedung des Mediengesetzes keine Priorität. Andere Vorhaben schritten wesentlich schneller voran: Im Herbst 1991 ersetzte das von der Regierung geforderte tägliche *RTL*-Fernsehprogramm das wöchentliche „Hei elei“. 1992 wurde die Liberalisierung der Radiolandschaft Realität: *DNR*, *Radio Latina*, *Eldorado* und *Radio Ara* starteten mit ihren Programmen.

Erst am 19. September 1993 ging *Radio 100,7* auf Sendung. Während der besten Sendezeiten, also morgens und mittags, gehörte die Frequenz jedoch *RTL*. Das soziokulturelle Programm durfte lediglich zwischen 14.30 Uhr und Mitternacht gesendet

werden, und zwar aus den Kirchberger *RTL*-Studios, mit kostenpflichtiger technischer Assistenz und unter Programmauflagen von *RTL*: Der in einem Kooperationsabkommen beschlossene Nichtangriffspakt sollte *RTL* vor Konkurrenz im Nachrichtenbereich schützen. Als „Komplementarität“ wurde diese Einschränkung des öffentlich-rechtlichen Auftrags etwas euphemistisch bezeichnet.

Die Koexistenz öffentlich-rechtlicher und privater Sender gewährleistet Medienpluralismus jedoch erst dann, wenn beide Angebote echte Alternativen sind: Wenn sie also möglichst komplett, aber eben anders informieren. Im Oktober 1991 hieß es dazu in *d'Lëtzebuurger Land*: „Santer hat deutlich gemacht, dass *RTL* ein Nachrichtenmonopol behalten soll: allenfalls könne auf der Frequenz *100,7* eine Art Veranstaltungskalender im kulturellen Bereich ausgestrahlt werden. Dahinter lässt sich eine Konzeption vom soziokulturellen Sender ausmachen, der in die Rolle eines billigen Anhängsels von *RTL* 92,5 gedrängt würde. Da steht Santer jetzt eine Auseinandersetzung mit dem Koalitionspartner bevor – LSAP-Präsident Ben Fayot hat bereits nachdrücklich Nachrichtensendungen auf der Frequenz 100,7 gefordert.“⁶

Mit der 1993 beschlossenen „Fensterlösung“ war klar, dass die CSV (und *RTL*) sich hier durchgesetzt hatten.

Anspruch und Realität

1993 verfügte der soziokulturelle Sender über elf feste Mitarbeiter und ein Budget von 40 Millionen Franken. Dass man damit weder *France Culture* noch *France Bleu* nachahmen konnte, war dem Staatsministerium durchaus bewusst. Im Zimmer-Bericht von 1988 wurde am Beispiel der Kostenstruktur deutscher Landesrundfunkanstalten veranschaulicht, dass gerade die mit dem öffentlich-rechtlichen Qualitätsanspruch verbundenen Programminhalte – also aufwändig recherchierte und produzierte Sendungen über Politik, Kultur oder Musik – pro Minute drei Mal mehr als leichte Unterhaltungssendungen kosteten. Ums Zehnfache teurer würden eigene kreative Produktionen, zum Beispiel Hörspiele.

Sogar Lokalradios mit weniger aufwändigen Programmangeboten hätten ihren Preis, so Zimmer in seinem Bericht: Das *Stadtradio Freiburg*, das nur wenige Stunden am Tag sendete, kostete in den 1980er Jahren umgerechnet 115 Millionen Franken jährlich, also das Dreifache des Startbudgets von *Radio 100,7*.

Zweckoptimistische Zwischenbilanz

„Les débuts difficiles de la radio socioculturelle sont bien connus“, heißt es in einem Bericht, den

das Staatsministerium im April 1996 vorlegte.⁷ Trotz finanzieller Schwierigkeiten und häufigen Wechsels an seiner Spitze gebe es Fortschritte. Zum Beispiel sei der Sender ein „privilegierter Partner“ für „kulturelle und soziale Aktivitäten“.

Das Korsett, in dem der soziokulturelle Sender steckte, wurde zur selbsterfüllenden Prophezeiung: Mit etwa 30 000 regelmäßigen und 3 000 täglichen ZuhörerInnen erzielte das Halbtagsprogramm weniger als ein Prozent Reichweite. Im Staatsministerium suchte man nach positiven Interpretationsmöglichkeiten: „Que faut-il en penser? Pour une radio nationale on peut considérer ce taux comme dérisoire. Pour une offre culturelle, il s'agit d'un rayonnement appréciable.“

Zitiert wurde auch aus einer qualitativen Umfrage der Ilres, der zufolge die ZuhörerInnen die Qualität des Programms bemängelten. Auch das wurde relativiert: „Il est vrai que l'on ne peut comparer la radio socioculturelle à des radios de service public étrangères, ayant dix fois plus d'expérience et de moyens.“

Die niedrigen Zuhörerzahlen boten der DP eine Steilvorlage, um die Schließung von *Radio 100,7* zu fordern: „Le public luxembourgeois ne semble guère ressentir de besoin pour une telle offre radiophonique spécifique“, hieß es in der Begründung eines im Oktober 1996 von der DP-Abgeordneten Anne Brasseur eingebrachten Gesetzesvorschlags. Die anderen Parteien fanden damals, es sei noch zu früh, um über den (Miss-)Erfolg des „Soziokulturellen“ zu urteilen. Die DP gab ihr Bestreben daraufhin auf, obwohl sie 1999 selbst wieder in die Regierung kam.

Vorsichtige Emanzipation

Es grenzt an ein Wunder, dass der Sender trotz der widrigen Startbedingungen und den damit verbundenen personellen Turbulenzen überhaupt überlebte. Tatsächlich erfuhr das Radio unter der Leitung seines langjährigen Direktors Fernand Weides (1994 bis 2013) eine schrittweise Stabilisierung. Sie spiegelte sich in mehreren Umzügen wider: 1996 vom Kirchberg in die Route de Longwy (1997 erfolgte mit etwas Verspätung die Umstellung auf ein Ganztagsprogramm), 2003 in die Avenue Monterey (parallel dazu stellte das Radio auf eine digitale Tonverarbeitung um) und 2013 in die Avenue John F. Kennedy (mit Platz für professionelle Studios und mehr Personal).

Mittlerweile hat *Radio 100,7* mehr als 50 MitarbeiterInnen und ein Jahresbudget von rund 6,5 Millionen Euro. Sein Programm erhebt den Anspruch, gemäß dem Vorbild öffentlich-rechtlicher Radios im Ausland eine vollwertige Grundversorgung in den Bereichen Information, Kultur, Musik, Bildung und Unterhaltung auf unabhängige und professionelle Weise zu garantieren.



Die Moderatorin Cléo Thoma im Studio, Dezember 1999

Das blau-rot-grüne Regierungsprogramm sieht eine Debatte über die „Rolle und Missionen“ und den gesetzlichen Rahmen von *Radio 100,7* vor. Die zentrale Frage ist, ob die Politik nun ein deutlicheres Bekenntnis zum „Service public“ wagt

Der Zuhöreranteil schwankt zwischen vier und fünf Prozent – ähnlich wie *France Bleu Lorraine*, etwa das Doppelte von *France Culture*, aber weniger als die Hälfte von *France Inter*. Soll *Radio 100,7* mehr ZuhörerInnen ansprechen, müssten Qualität und Kohärenz des Programms angepasst werden – und das Angebot mehrsprachig werden, hatten die Experten der Europäischen Rundfunkunion (EBU) im April 2018 in einer externen Evaluation festgestellt.⁸

Tatsächlich stellt sich die Frage, ob man in einem multikulturellen und mehrsprachigen Land überhaupt von „Service public“ sprechen kann, wenn das nicht-kommerziell ausgerichtete audiovisuelle Angebot sich auf einen Radiosender in Luxemburger Sprache beschränkt. (Medienpolitische Erwägungen über die Schaffung eines öffentlich-rechtlichen Fernsehens will Staats- und Medienminister Xavier Bettel (DP) von den Entwicklungen bei *RTL* abhängig machen.⁹)

Klare(re) Verhältnisse

Das blau-rot-grüne Regierungsprogramm sieht eine Debatte über die „Rolle und Missionen“ und den gesetzlichen Rahmen von *Radio 100,7* vor. Die zentrale Frage ist, ob die Politik nun ein deutlicheres Bekenntnis zum „Service public“ wagt.

Zwei Argumente könnten dabei in die Waagschale fallen. Die 1991 versprochene Liberalisierung ist durch eine erneute Konzentration im audiovisuellen Sektor nur bedingt Realität geworden. Der Luxemburger Mediensektor ist einer europäischen Studie zufolge einem sehr hohen Risiko der Medienkonzentration ausgesetzt. Seit es *Radio DNR* nicht mehr gibt und *RTL* eine Beteiligung am französischsprachigen *L'Essentiel Radio* übernommen hat, ist die Dominanz von *RTL* wieder deutlich gewachsen.¹⁰ Dem öffentlich-rechtlichen Angebot kommt also eine zentrale Rolle als Monopolbrecher zu.

Seinem Ideal nach leistet ein Medium, das durch eine solidarische Finanzierung dem Allgemeininteresse dienen soll, einen Beitrag zur pluralistischen Meinungsbildung in einer Demokratie. Dass es dafür im Zeitalter von *Facebook* und *Fake News* eine Nachfrage gibt, hat im März 2018 beispielsweise das Bekenntnis der SchweizerInnen – und besonders der jungen WählerInnen – zu den Gebühren für ihren audiovisuellen „Service public“ gezeigt.

Glaubwürdige Unabhängigkeit

Mit einem Verwaltungsrat, der allein von der Regierung bestimmt wird, ist *Radio 100,7* ausschließlich der Exekutive Rechenschaft pflichtig. Dem Gedanken des Allgemeininteresses würde eine Rechenschaftspflicht gegenüber der Öffentlichkeit sicherlich besser entsprechen.

Wollte man internationalen Standards entsprechen, müssten zudem Staatsferne, Programmautonomie und redaktionelle Freiheit in einem Gesetz verankert sein und sich im Verwaltungsmodell widerspiegeln. Die Experten der EBU haben in ihrer Evaluation gewarnt: „The current system of governance underlies a risk of politicization, which could be a threat to ERSLS¹¹ independence.“¹²

Auf ihre direkte Einflussmöglichkeit sollte die Politik also verzichten – ihrer eigenen Glaubwürdigkeit und der des öffentlich-rechtlichen Radios zuliebe.

Pia Opiel ist stellvertretende Chefredakteurin von *Radio 100,7*. Die hier geäußerten Meinungen sind persönlicher Natur.

¹ Das CSV-Nationalkomitee sprach sich im Februar 1988 gegen einen öffentlich-rechtlichen Sender aus.

² Paul Zimmer, *Vers la libération des ondes. L'inventaire du problème*. Luxembourg, Februar/März 1988

³ Romain Kohn, „Medienpolitik in Luxemburg“, *Mediacom – Cahiers des médias et de la communication au Luxembourg*. 1. Quartal 1988, S.40ff

⁴ Antwort von Robert Krieps am 15. Dezember 1987 auf eine Frage der DP-Abgeordneten Colette Flesch

⁵ Nicht-datiertes Interview in der *Revue*, abgedruckt im Weißbuch, S. 8

⁶ Jean-Paul Hoffmann, „Alarm“, *d'Lëtzebuurger Land*, 4.10.1991

⁷ Ministère d'État, *Bilan provisoire de la libération des ondes*. April 1996

⁸ EBU: *Peer-to-peer review on PSM values – radio 100,7*. April 2018

⁹ Parlamentsmitteilung nach einer Sitzung der Medienkommission vom 19. September 2019: „Les réflexions autour d'une chaîne de télévision publique devraient commencer à partir de 2021, a estimé le Ministre des Médias. Selon lui, il serait prématuré de mener des discussions avant l'entrée en vigueur le 1^{er} janvier 2021 de la convention récente, conclue entre CLT-UFA et l'État luxembourgeois.“

¹⁰ *Media Pluralism Monitor 2017, Country Report Luxembourg*

¹¹ ERSLS steht für Établissement de Radiodiffusion Socioculturelle Luxembourg.

¹² Siehe auch: Jean-Claude Franck, Pia Opiel, „Eng Geför fir d'Onofhängegkeet“, *100,7-Medienchronik* vom 2. Oktober 2018



September 2003: Der damalige *100,7*-Direktor Fernand Weides (links) mit Programmchef Claude Mangen

Zu Gast

L'Amazonie brûle – le désespoir est un luxe

Charles Margue

La rentrée parlementaire est l'occasion de porter un regard rapide sur l'année écoulée, la première de mon mandat de député.

Jeté à l'eau sans tarder, il faut vite apprendre à nager dans ce métier ; c'est un mandat qui vous tient en permanence, que ce soit le travail parlementaire (commissions, plénière, réunions internes) ou les multiples sollicitations lors des entretrevues, des conférences, des colloques, des contacts presse et des rencontres avec nos concitoyens. Je m'en doutais, c'est mon quotidien stimulant et enrichissant.

Le facteur humain est pour moi capital ; j'en ai fait la belle expérience depuis la campagne électorale pour les législatives d'octobre 2018 ; belle équipe de candidats, de députés et ministres ensuite.

J'ai rencontré de nouveaux collègues dans le groupe Déi Gréng qui sont devenus entretemps des amis et je suis convaincu qu'il en sera de même avec nos deux nouvelles collègues Chantal Gary et Semiray Ahmedova. L'esprit d'équipe et de solidarité est quelque part une évidence nécessaire pour mener le combat politique, que nous menons avec passion et convictions. La crise à rebondissements que Déi Gréng a affrontée depuis le mois d'août n'a pu être bravée que grâce à cette solidarité ; l'équipe sort renforcée de l'épreuve et je ressens de la fierté d'en faire partie.

Le voyage d'étude en avril de dix en jours en Israël-Palestine avec le CPJPO, en compagnie de quinze personnes du Luxembourg, a été néanmoins l'expérience humaine la plus dure et riche que j'ai vécue cette année. La tragédie humaine rencontrée dans les camps de réfugiés, les territoires occupés, les murs (de plus en plus nombreux et longs) séparant des communautés ayant connu des temps de coexistence pacifique a été très éprouvante. Néanmoins, ces hommes et ces femmes rencontrés nous ont dit et répété que le désespoir est un luxe ; et si nous sommes rentrés abattus, dégoutés pour certains, je me sens obligé plus que jamais de continuer l'action politique ; le peuple palestinien en effet nous montre ce qu'est la résilience, résilience qui lui permet de vivre.

Lors de la discussion animée du projet de loi sur la protection de la jeunesse, un des projets importants entamés par Félix Braz, le facteur humain a aussi été central ; les échanges avec Renate Winter, juge internationale spécialiste du droit juvénile ainsi qu'avec tous les responsables du secteur au Luxembourg ont permis d'approfondir la protection des êtres les plus vulnérables dans notre société, les enfants. Les arbitrages à réaliser, qu'on pourrait considérer comme « technique », sont des arbitrages au sujet de la place, de la valeur des jeunes dans notre société et des moyens que nous sommes disposés à mettre en œuvre pour pallier aux manquements de certains.

Il s'agit maintenant de prendre à bras le corps les défis qui nous attendent pour 2019/20, à savoir, entre autres, le Plan National Climat et la réforme fiscale. Ce sont des chantiers politiques transversaux qui touchent tous les ministères, la coalition est en train de se donner les outils de concertation avec comme coordonnateurs d'un côté le ministère de l'Environnement et de l'autre celui des Finances. En référence aux propos du Pape François lors de l'ouverture du Synode sur l'Amazonie, j'espère que ces travaux seront marqués par la « prudence audacieuse » pour tenir nos engagements de l'Accord de Paris (COP21) et bâtir la Maison Commune.

Je terminerai avec la phrase d'une intervenante militante de Haïfa d'une ONG de juifs et de palestiniens arabes au colloque du 5 octobre à Neimënster sur l'avenir d'Israël-Palestine : *as long there is struggle, as long there is hope.*

Gedicht fir eng Staatsvisitt

E grénge Rack, e wéie Knéi
Eng Kinnigin, eng Popp aus Stréi
Pompös de ganzen Apparat
Vill Reen, e Kinnék an der Stad

E Bucki Blummen, Kannerfreed
En alen Auto, dee net geet
Plätschnaass d'Zaldoten, awer stramm
Perfekt wéi ëmmer, d'blo Madamm

Touristen, Vollek wat do steet
An de Grand-Duc, deen eppes seet
Begeeschtert Rentner, glécklech Ditten
Vive d'Nopeschland a vive seng Fritten!

Kuerz iwwert d'Corniche, wat e Bild
Eng Gruppefoto mam Mathilde
Am Mëttelpunkt den Acte unique
D'Kanounefudder an de Fric

Jacques Drescher

Die kleine Zeitzeugin

Held_innen und Maskottchen

Michèle Thoma

Rojava-Heldinnen blicken kämpferisch von poppi-gen Postern. Alle Daumen gehen hoch, Likes, Tränen, trauernde Herzen, auf FB sind die Freund_innen außer sich. Der böse, böse, böse Wolf Erdogan! Trump, der Fiesling, Schmähhlicher Verräter. *Trump go home!* Was, er geht wirklich?!

So ziemlich die ganze Welt bekundet ihr Entsetzen, Politexpert_innen warnen vor Chaos im Nahen Osten, nicht sehr originell. Die EU murmelt was Besorgtes, wir können es uns denken und es uns schenken.

In den großen Städten der EU gibt es Kurd_innendemos, die immer die lebendigsten und temperamentvollsten sind. Sogar mit echten alten Männern, richtigen Arbeitern, wie man sie auf Linken-Demos sonst nie sieht. Frauen mit viel Haar, Fahnen mit Sonnen und Sternen. Das Öcalan-Porträt, das wie alle Ikonen nie altert, wird wie eine Monstranz getragen.

Terörüst! Der Himmel ist aus Rauch und aus Blut, im türkischen Fernseher rollen mal wieder die Panzer, aus denen mal wieder die Jungs winken, einer wird schon am ersten Tag in einer Kiste zurück geliefert. Hey, Europäische Union! Erdogan droht, die Käfigtür zu öffnen, im deutschen Fernsehen fallen die Talk Shows aus. Dem Luxemburger Außenminister wird außerirdisch zumute.

Irdisch läuft ein Film ab, der uns unendlich bekannt vorkommt, der kein Ende zu haben scheint. Die Filmsequenzen, die wir in unregelmäßigen Folgen sehen. Wann die nächste Folge gesendet wird, die der vorigen sehr ähnelt, wissen wir nicht genau, aber wir können ihr sowieso nicht folgen. Die Kulisse ist zwar immer die gleiche, unwirtliche Örtlichkeit im Wüstensand mit verhuschten Gestalten. Wechselnde Nebendarsteller aus wechselnden Gruppierungen, die nur Kurdistanolog_innen nicht verwechseln. Die Hauptdarsteller, die ihr Haupt hinhalten und sich stellen, sind aber die gleichen. Toughe Mannsbilder, die Sandkorn um Sandkorn verteidigen, unterwegs ins Gelobte Land. Eine Fata Morgana?

Chroniques de l'urgence

Quand le FMI évoque le risque d'extinction

Jean Lasar

Le Fonds monétaire international est plus connu pour les plans d'austérité dont il assortit l'octroi de ses prêts que pour des cris de Cassandra sur la crise climatique. Pourtant, cette forteresse de l'ordre économique mondial a ouvertement évoqué, dans un document de travail publié en septembre, le risque d'extinction de l'humanité.

Sie haben eine Utopie, die keine mehr ist. Rojava. Selbst konservative Journalist_innen geraten ins Träumen

Die jungen Frauen in Kampfmonturen, die so gern gepostet werden. Weil sie so toll sind, so toll mutig. So schön wild. So schön diszipliniert. So schön schön. Ich kann sie nicht liken, soll ich auch noch Frauen liken, die draufgehen im Krieg? Ich kann die Männer, die draufgehen, auch nicht liken. Ich bin für Feigheit vor dem Tod. Aber dann gäbe es ja nie ein Kurdistan.

Und wir lieben diese Held_innen ja so. Obschon die meisten von uns eine Heldenallergie haben, zumindest bilden wir uns das ein. Aber die machen ja was Sinnvolles. Sie sterben nicht für einen Blödsinn, sondern für uns. Nicht mal mehr in Hollywood macht das einer, der Letzte, der das tat, war Jesus, angeblich. Wir lieben sie, weil sie Loser sind, edle Loser. Gute Dumme, nein. Weil sie dauernd verraten werden, so wie wir, weil sie Vertrauen haben, weil sie einen Traum haben, aber nicht einen à la IS, mit Köpfen und Gottesfürchterlichkeit. Einen Menschentraum.

Utopie nennt man das. Sie haben eine Utopie, die gar keine mehr ist, manche haben sie gar gesehen und erzählen davon. Rojava. Kobane. Mit Marxismus und Feminismus und Selbstverwaltung. Selbst konservative Journalist_innen geraten ins Träumen. Auch wenn sich die Zuhörer:in das dann doch nicht so richtig vorstellen kann, vielleicht ist ihre Traumkapazität schon lädiert.

Es könnte so schön sein. Und dann geht Trump *home*, und die Türken kommen.

Und dann ist der Retter ein ganz Böser. Halt, diese Version ist auch schon wieder revidiert, der ganz Böse wurde heruntergestuft zum Bösen *light*, also einem durchaus Brauchbaren. Dennoch setzt die übliche Konfusion ein, dürfen unsere guten Kurd_innen, unsere idealen Menschen, das denn?

Die Konfusion, die es schon gab, als Trump ihnen sozusagen zu Hilfe eilte. Mit den Amerikanern, pfui, darf das, darf Kurd_in das? Rojava-Romantik, Poster-Held_innen wie anno Che, und dann Trump? Statt edel zu sterben auf dem Feld der Ehre? Und schon verschwanden sie vom Schaufenster.

Am dritten Tag nach dem Beginn der türkischen Invasion sind die Kurd_innen nicht mehr in den Headlines. Auf FB übernehmen die Katzen und das Herbstlaub wieder, außerdem hat dauernd jemand Geburtstag. Am vierten Tag tauchen die Kurd_innen in den Nachrichtensendungen gar nicht mehr auf.



Kämpferinnen der YPG-Miliz

Le FMI a contribué de manière non négligeable à empêcher toute action climatique sérieuse au nom de la doxa libérale, en façonnant sans égards les politiques menées par ses créanciers. Qu'il se prépare à reconnaître l'échec de sa propre politique en y accolant ce constat désespérant sur les perspectives de l'humanité ne consolera ni ne rassurera aucune des victimes de ces politiques.

La direction de l'institution a entamé son aggrornamento, mais il reste timide. Son directeur par intérim, David Lipton, a évoqué devant l'Assemblée générale de l'Onu, le 26 septembre, le « risque existentiel » posé par le changement climatique. Si, au moment de commenter sa nomination, sa nouvelle directrice générale, Kristalina Georgieva, a mentionné la menace, elle s'est contentée de l'insérer comme un problème de plus, sur le mode « liste de courses », dans un discours parfaitement technocratique. L'orthodoxie à la vie dure.

Le FMI précise qu'il s'agit d'une « revue de la littérature ». N'empêche, l'irruption d'un tel langage au sein de cette institution est parlante

Krogstrup et Oman reconnaissent qu'une « série d'échecs des marchés et de la gouvernance empêchent la transition d'avoir lieu par le biais des marchés », citant notamment les comportements de franc-tireur, le court-termisme et une « information imparfaite » sur les marchés de capitaux. En même temps, ils constatent qu'il y a « un accord de plus en plus fort entre économistes et scientifiques sur le fait que les risques extrêmes sont matériels et que le risque de désastre catastrophique et irréversible est croissant, comportant des coûts potentiellement infinis si le changement climatique n'est pas atténué, y compris, en risque ultime, l'extinction humaine ».



Undurchsichtige Parteienfinanzierung in und aus der Schweiz

Folge dem Geld



Am Sonntag wird in der Schweiz gewählt. Die rechtsnationale SVP verweigert auch nur eine unverbindliche Aussage zu ihrem Wahlkampfbudget

Charles Wey

Im Herbst 2018 wurde in Deutschland publik, dass die AFD mutmaßlich Spendengelder aus der Schweiz erhalten hatte. Wie ein Recherche-Kollektiv der Fernsehsender NDR und WDR, der *Süddeutschen Zeitung* sowie des Schweizer Tamedia-Verlags aufdeckte, erhielt der Kreisverband von Alice Weidel, der heutigen Ko-Vorsitzenden der AFD-Bundestagsfraktion, für den Wahlkampf zur Bundestagswahl 2017 Spenden von einem Schweizer Unternehmen. Der Betrag soll sich in mehreren Tranchen auf insgesamt 130 000 Euro belaufen haben. Jörg Meuthen, AFD-Parteivorsitzender, sowie Guido Reil, seit diesem Jahr EU-Abgeordneter der AFD, sollen ebenfalls finanzielle Unterstützung aus der Schweiz erhalten haben. Die Werbeagentur Goal, die der rechtsnationalistischen Schweizer Volkspartei SVP nahesteht, hat Meuthen mit 89 800 Euro und Reil mit 44 500 Euro unterstützt.

Dabei dürfen Parteien in Deutschland keine größeren finanziellen Zuwendungen von Nicht-EU-Bürgern annehmen. Im April 2019 verhängte die Bundesverwaltung in der Affäre um Meuthen und Reil gegen die AFD wegen illegaler Parteispenden eine Strafzahlung in Höhe von 402 900 Euro. In der Spendenaffäre um Alice Weidel ermittelt die Staatsanwaltschaft Konstanz. Sie hat ein Rechtshilfeersuchen an die Staatsanwaltschaft Zürich gestellt, da die Gelder über die Zürcher Pharmafirma PWS geflossen sein sollen.

Valentin Landmann, der Anwalt von zwei in den Fall verwickelten Personen – deren Identität nicht abschließend geklärt ist –, ficht das Rechtshilfeersuchen mit der Begründung an, es handle sich bei den Spenden nicht um ein in beiden Ländern strafrechtlich relevantes Delikt. „Denn die Schweiz kennt keine Offenlegungspflicht für die Parteienfinanzen“, erklärt Landmann, der bei den am 20. Oktober anstehenden eidgenössischen Gesamterneuerungswahlen als Nationalratskandidat für die SVP kandidiert. Die Affäre wirft somit auch ein Schlaglicht auf das politische System der Schweiz.

Laut Martin Hilti von Transparency International Schweiz ist die Eidgenossenschaft „bei der Parteienfinanzierung mittlerweile in ganz Europa das einzige Land ohne nationale Regulierung“. Zudem gibt es – zumindest im Prinzip – keine staatliche Unterstützung für die Parteien. Tatsächlich erhalten diese durchaus Zuschüsse aus der Staatskasse, etwa über Fraktionsbeiträge. Nichtsdestotrotz ist unbestritten, dass alle Parteien in erster Linie von den finanziellen Zuwendungen ihrer Mitglieder oder externen Spendern abhängig sind. Und diesbezüglich steht es den einzelnen Parteien frei, ihre

In der Schweiz könnte die Offenlegungspflicht für die Parteienfinanzierung eingeführt werden. Vor allem wirtschaftsnahe Parteien bekämpfen diese Initiative

Finanzierungsquellen offenzulegen. Dafür wurde die Schweiz schon mehrfach von internationalen Gremien, wie der Staatengruppe gegen Korruption Greco des Europarats oder NGOs wie Transparency International, gerügt.

Die SVP und die liberale FDP legen weder ihre Wahlkampfbudgets noch ihre Spendengelder offen – dabei investieren die beiden Parteien am meisten in ihre Kampagnen. Von den großen Parteien machen lediglich die sozialdemokratische SP und die Grünen die Herkunft ihrer Finanzen sowie ihre Ausgaben für Wahlkampagnen vollständig transparent. Während die Grünen für die diesjährige Wahlkampagne einen Betrag von 1,9 Millionen Franken und die Sozialdemokraten 6,4 Millionen budgetieren, spricht die FDP von 7,5 Millionen.

Bei letzterem Betrag handelt es sich aber nicht um eine faktische, transparente Offenlegung der Finanzen, denn es fehlen die Budgets von fünf kantonalen Sektionen. Im föderalen Schweizer System verfügen die Kantonalparteien über eine große Autonomie. Zudem können die einzelnen Kandidaten eigenständig finanzielle Mittel für ihren individuellen Wahlkampf erschließen. So wird dem Lobbyismus Tür und Tor geöffnet.

Die SVP wiederum verweigert auch nur eine unverbindliche Aussage zu ihrem Budget. Der Politikwissenschaftler Michael Hermann hat allerdings in einer Studie aufgezeigt, dass die Partei in der vorletzten Legislaturperiode etwa 21 Millionen Franken in Werbemaßnahmen investiert hat.

Zusammen mit zivilgesellschaftlichen Akteuren wie Transparency International haben Vertreter der SP und der Grünen eine Initiative eingereicht, bei deren Annahme alle Parteien zur Offenlegung von Spenden ab einer Summe von 10 000 Schweizer Franken Pflicht verspflichtet

würden. Zudem würden auch Zuwendungen von 100 000 Franken, die Personen oder Komitees an Kampagnen spenden, der Offenlegungspflicht unterworfen. Die Initiative hat gute Chancen, in einer Volksabstimmung angenommen zu werden. Sogar im Kanton Schwyz, der SVP-Hochburg schlechthin, wurde eine ähnliche Vorlage überraschend angenommen. Als Reaktion auf dieses Ergebnis hat der Bundesrat bereits eine in abgeschwächter Form an die Initiative angelehnte Vorlage zur Besprechung ins Parlament geschickt, wo sie insbesondere von SVP und FDP bekämpft wird. Ideologisch sehen beide Parteien sich als Verfechter einer liberalen Wirtschaft und eines schlanken Staates, der den Anspruch seiner Bürger auf ihre Privatsphäre in finanziellen Angelegenheiten wahre.

Somit stehen FDP und SVP der Wirtschaft und ihren Interessenverbänden nahe und vertreten im Parlament deren Anliegen. Während diese Nähe zur Wirtschaft bei der FDP eine lange Tradition hat, ist sie bei der SVP jüngerer Natur und geht auf die 1980er Jahre zurück, als die Partei sich neu strukturierte. Seitdem hat unter Führung des Partei-Patriarchen und Multimillionärs Christoph Blocher eine neue Elite die Geschicke der Partei übernommen. Aktuell ist mit Thomas Aeschi, Unternehmensberater bei der Strategieberatungsfirma Strategy&, ein Vertreter der Finanzindustrie Fraktionspräsident. Parteipräsident Albert Rösti sitzt dem Interessenverband der Ölindustrie, Swissoil, vor.

Die Vereinnahmung durch wirtschaftliche Eliten ist eng mit den Erfolgen verbunden, die die SVP seit den 1990er Jahren verbuchen konnte. Sie beruhen nicht zuletzt auf den aufwändigen und kostspieligen Wahl- und Abstimmungskampagnen, die von vermögenden Parteigrößen und ihrer einflussreichen Klientel finanziert wurden. Das widerspricht zwar dem Image der Partei „des kleinen Mannes“, das die SVP pflegt. Doch über ihre Stammthemen Einwanderung, Sicherheit und EU ist es der ihr gelungen, eine stabile Basis aufzubauen, die sich mit der Partei identifiziert.

Und so ist nicht damit zu rechnen, dass ihre Stammwählerschaft sich von der Partei abwendet, wenn die Parteienfinanzierung offengelegt wird. Auch der AFD hat die oben erwähnte Affäre bei den Europawahlen im Mai sowie den Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen Anfang September nicht im Geringsten geschadet. Aber eine transparente Parteienfinanzierung wäre ein wichtiger Schritt, um das politische System der Schweiz zu reformieren und das ideologische Konstrukt der rechten Parteien herauszufordern.

Chronique Internet

Libra sur la défensive

Jean Lasar

Le projet de cryptomonnaie patronné par Facebook traverse une mauvaise passe. Sept partenaires de premier ordre, dont Paypal, Visa et Mastercard, ont quitté le navire, effrayés par les avis négatifs de législateurs américains et du ministère des Finances. Les banques centrales ont montré les crocs, suggérant que Libra pourrait avoir du mal à être agréé.

Point d'orgue de cette série noire : on a appris que Calibra, la filiale *fintech* de Facebook chargée de mettre en œuvre Libra, fait l'objet d'une plainte introduite par une autre jeune pousse du secteur, Current, qui l'accuse d'avoir plagié son logo (étonnamment similaires, les deux symboles proviennent de la même agence...). Lors d'une réunion de son Conseil d'administration ce lundi à Genève, le noyau dur de Libra Association a tenté de se remettre en ordre de bataille, annonçant l'arrivée de nouveaux partenaires et un effort de définition de sa gouvernance. Ce qui en est sorti n'a pas vraiment permis d'y voir plus clair.

Le groupe s'est doté d'une gouvernance basique provisoire et a nommé cinq membres de son Conseil d'administration, dont David Marcus, un des inspirateurs du projet, et Katie Haun, de la firme de *venture capitalists* Andreessen Horowitz. L'on ignore pour l'instant si les partenaires qui restent à bord ont déjà versé leur part, dix millions de dollars chacun, à l'écot. 1 500 organisations ont exprimé leur souhait de rejoindre le projet, dont 180 répondent aux critères de base adoptée par l'association, a précisé celle-ci. L'objectif affiché est d'en rassembler cent d'ici le lancement de Libra.

Marc Zuckerberg a clairement sous-estimé la suspicion, voire la franche opposition, que pouvait susciter un tel projet

Les règles cruciales de gouvernance ne seront élaborées que par la suite, sans que l'on connaisse une date d'adoption. Pour un projet d'une telle ambition, tout cela évoque davantage les bricoleurs du dimanche que le sérieux, la dignité et la circonspection que l'on est en droit d'attendre de personnes aspirant à un rôle de gouverneur de banque centrale. Mark Zuckerberg, le CEO de Facebook, répondra le 23 octobre aux questions des membres de la Commission des services financiers de la Chambre des représentants : ce ne sera sans doute pas pour lui une partie de plaisir.

Nul doute que Facebook a abordé ce projet avec la même désinvolture que lorsque le réseau social faisait ses premiers pas et bénéficiait de la bienveillance accordée à une *startup* proposant des services sympas et gratuits. Lancer une monnaie susceptible d'être adoptée rapidement par ses 2,4 milliards d'utilisateurs est une toute autre histoire, et Zuckerberg a clairement sous-estimé la suspicion, voire la franche opposition, que pouvait susciter un tel projet, notamment de la part de ceux chargés de veiller au bon fonctionnement des circuits monétaires. Peut-on attendre sérieusement d'un groupe faisant montre d'un tel amateurisme qu'il soit à la hauteur sur des questions comme les risques de blanchiment ou d'évasion fiscale ? Et peut-on laisser une entreprise ayant fait preuve d'une négligence criminelle à l'égard des données personnelles de ses utilisateurs s'emparer de données additionnelles sur leurs paiements ?

Cela dit, l'attitude des banques centrales à l'égard des cryptomonnaies a elle aussi été empreinte d'un grand amateurisme. Lorsque le *bitcoin* a fait irruption sur leur radar, la plupart ont réagi avec agacement, comme face à une mouche importune que l'on veut écraser au plus vite. Ayant constaté l'inanité de cette attitude, elles ont ensuite tenté de comprendre de quoi il retourne et envisagé d'investir elles-mêmes ce nouvel espace ouvert par la technologie. Mais elles l'ont fait mollement et trop lentement, sans prendre toute la mesure ni du potentiel ni des risques qu'il comporte.

Pour se retrouver à présent prises au dépourvu par le projet mené à la hussarde par Facebook, découvrant, épouvantées, qu'un projet de cette taille risque aussi de saper l'efficacité de leurs politiques monétaires. Cette réaction tardive, couplée à la coupable passivité des autorités face à l'in vraisemblable concentration des réseaux sociaux et messageries qu'a pu mener Facebook en gobant Instagram et WhatsApp, crée aujourd'hui une situation pratiquement inextricable – à moins d'un sursaut, tant à Washington qu'à Bruxelles, pour remettre l'hydre dans le bocal.



Marc Zuckerberg, CEO de Facebook, en 2018



Ce n'est pas un hasard que cette photo, prise lors du montage du grand projet d'expositions *Dominique Lang et son époque* à Dudelange rappelle l'ambiance qu'on connaît du Musée d'Orsay à Paris : le peintre luxembourgeois a vécu à l'époque couverte par les collections parisiennes, du tournant du siècle à la Première Guerre mondiale. Dudelange a voulu rendre hommage à l'enfant du pays à l'occasion du centenaire de son décès et y a mis les moyens. Et ce non seulement en proposant plusieurs expositions parallèles (aux deux centres d'art, dans deux églises et au Centre de documentation pour les migrations humaines), couvrant différents aspects de son œuvre. Mais aussi en cherchant à réunir un maximum d'œuvres, des collections publiques, de la Cour grand-ducale et via un appel public aux prêteurs privés. À découvrir à partir de ce samedi, 19 octobre (vernissage à 11h30 à Nei Liicht) et via un catalogue fourni. jh



Sven Becker

tablo

Musiques



Mit dem Bus nach Brüssel

Während die Luxemburger Literaturszene in dieser Woche in Frankfurt weilt, reist ein Teil der Musikszene kommende Woche mit dem Bus nach Brüssel. *Luxembourg sounds like...* heißt das Konzept, das ähnlich wie *Reading Luxembourg* Kultur exportieren will. Als Acts treten Maz, Napoleon Gold (mit neuem Album) und die sowieso tourenden Say Yes Dog im *Ancienne Belgique* auf. Und während auch Brüssel nicht auf Luxemburg gewartet hat (siehe Beitrag zur Frankfurter Buchmesse), so hat die Vergangenheit gezeigt, dass das Konzept durchaus Früchte trägt. Durch ein ähnliches Konzert in Hamburg konnte die Band *Seed To Tree* mehrere weitere Auftritte bei deutschen Festivals an Land ziehen. ps



Bitchfight

Als großer *Fight* mit harten Bandagen wird das Aufeinandertreffen von Klein vs Martiny angepriesen. Doch auch wenn es beim *Rock de Ring* heute Abend im Trifolion Echternach sportlich zur Sache gehen wird, ist es wohl eher ein Miteinander als Gegeneinander. Jerome Klein und seine begnadeten Mitmusiker werden sich die Bühne mit der Benoit Martiny Band teilen. Zudem stehen beim Minifestival im Echternacher Trifolion noch die Indie-Pop-Band *Seed To Tree* sowie die Rockband *Circus of Doom* auf der Bühne. (Karten: 12 Euro. Beginn: 19.30 Uhr. [trifolion.lu](#)) ps

Luxemburgensia



Mit dem Bus nach Frankfurt

Kulturevents gelten in Kulturkreisen als verpönt: zu oberflächlich, zu frivol, zu belanglos. Die unliebsamen Events sind anstrengend und kräftezehrend, auch die Kunst des *Smalltalks* will gelernt sein. Dennoch kommen Künstler nicht daran vorbei. Denn wer abwesend ist, gerät in Vergessenheit. Willst Du gelten mach Dich selten, ist nur ein Spruch, der sich als Bonmot für eine Konversation eignet, jedoch nicht als Karriere-tipp für Künstler. Deshalb war die Literaturszene im vergangenen Jahr erleichtert, als das Kulturministerium wieder Geld zur Verfügung stellte, für einen luxemburgischen Stand auf der Frankfurter Buchmesse. Nun darf man sich nicht vorstellen, die Luxemburgensia treffe auf einen großen Publikumsandrang. Frankfurt hat nicht auf *Reading Luxembourg* gewartet. In der Regel sind es die selben fünfzehn Protagonisten der Szene, die sich sonst bei einer Lesung in Luxemburg zuhören, die nun gemeinsam mit dem Bus nach Frankfurt reisen, um sich dort nacheinander vorzulesen. Aber die Frankfurter Buchmesse war noch nie eine Verbrauchermesse. Das mag aufgrund der hohen Besucherzahlen widersprüchlich klingen, aber es geht beim Branchentreff vielmehr darum, Netzwerke und Kontakte zu knüpfen. Und vielleicht erinnert sich nach der Messe kein Deutscher Verleger an das schöne Luxemburger *Nation Branding*. Aber vielleicht hat einer der fünfzehn Autoren, Verleger oder Händler einen deutschen Verleger kennengelernt, um in Zukunft zusammenzuarbeiten. Dann hätte sich das verpönte Event und der ganze *Smalltalk* doch gelohnt. ps

Arts plastiques



Vaginadialog

Deborah de Robertis (Foto: IPW) ist wieder im Land. Die italienisch-luxemburgische Künstlerin, die es mit ihrer *Genital-Performance-Art* schafft, regelmäßig eine beachtliche Aufmerksamkeit in den internationalen Medien zu erhalten, unterhält sich am Mittwoch, den 23. Oktober, in der Abtei Neumünster mit Historikerin und Philosophin Geneviève Fraise sowie Neimënster-Direktorin Ainhoa Achutegui über ihr künstlerisches Schaffen. Ihr letztes großes Engagement in Luxemburg endete 2015 noch im Fiasko: ihre geplanten Ausstellung im Casino wurde abgesagt, nachdem sie laut Angaben des Museums das Budget zu sehr strapaziert hatte. De Robertis sah das anders, sprach von Zensur und davon, Klage einzureichen. Am Mittwoch wird die Künstlerin, die sich selbst als „Sextremistin“ bezeichnet, nun darüber reden, was ihr Antrieb ist, was sie anprangern und erreichen will. Und möglicherweise wird sie auch eine Antwort darauf geben, ob es eine Künstlerin De Robertis jenseits entblößter Genitalien gibt. ps



Recrutement



Gérer l'écrin et les orfèvres



Lorsque Monique Kieffer (à droite sur la photo de Sven Becker prise lors de l'inauguration de la BNL, le 30 septembre) prendra sa retraite, le 2 juillet 2020 à 68 ans, elle pourra le faire avec le satisfecit d'avoir accompli la tâche herculéenne de faire construire ce nouveau bâtiment au Kirchberg, si contesté politiquement, et d'avoir fait entrer la Bibliothèque nationale à l'ère numérique. Sa retraite avait été plusieurs fois repoussée pour qu'elle puisse terminer l'entreprise. Deux semaines après l'inauguration, voici l'annonce de recrutement pour son ou sa successeur/e (voir page 16), qui entrera en fonction le 3 juillet 2020. Le candidat idéal aura un master et « plusieurs années d'expérience en matière de gestion d'un organisme culturel » et maîtrisera les technologies numériques. En amont du recrutement, l'Albad, l'association des bibliothécaires, avait écrit à la ministre de la Culture Sam Tanson (Déi Gréng), demandant qu'une formation spécialisée en bibliothéconomie soit nécessaire. Monique Kieffer est historienne et avait rejoint la direction de la BNL en 2001. En presque deux décennies, elle avait aussi réussi à pacifier les équipes – une centaine de personnes –, qui s'inquiétaient désormais d'un parachutage politique. En 2020, la BNL disposera d'un budget de plus de seize millions d'euros. jh

Politique



L'arbrisseau qui ne cache pas la forêt

« Une société sans culture est comme un arbre sans feuilles », rêvassa le ministre des Finances Pierre Gramegna (DP) lors de la présentation du budget de l'État pour 2020 (voir pages 2-3). Et de s'enthousiasmer que le budget alloué à la culture augmente de quatre pour cent par rapport à l'année 2019 : 151 millions d'euros en 2020 contre 145 cette année (somme à laquelle il faudrait en fait ajouter les 41 millions d'euros réservés au Film Fund, une augmentation de quatre millions par rapport à 2019, mais il dépend du ministère d'État). L'argent va surtout (à plus de quarante pour cent) dans les instituts culturels de l'État, dont certaines dotations augmentent de manière conséquente. Notamment celle de la Bibliothèque nationale, nouvellement installée au Kirchberg, qui reçoit 1,2 million d'euros de plus que cette année (à 16,464 millions). La progression des autres instituts culturels est plus linéaire. Parmi les établissements publics et asbls conventionnées, la Philharmonie, déjà l'institution la mieux lotie budgétairement, voit son enveloppe augmenter de 805 000 euros et le Mudam passe à 8,4 millions (plus 344 000 euros). Jo Kox étant en même temps premier conseiller de gouvernement au ministère et président du Focuna, l'État participera (via un versement au Focuna) à hauteur de deux fois 250 000 euros (en 2020 et 2021) au volet culturel à l'exposition mondiale de Dubaï. Le budget attribué à la mise en œuvre du *Plan de développement culturel* (Kep) est divisé par deux par rapport à 2019, à 155 000 euros. L'autre moitié ira à la préfiguration du futur *Arts council*, organe de promotion des arts appelé de tous les vœux lors des *Assises culturelles*. Pour officialiser cet organe, il faudra une loi. La « Gnal » (Galerie nationale d'art luxembourgeois), projet fétiche de Xavier Bettel (DP) à la culture a complètement disparue de la planification. Le budget pluriannuel renseigne seulement en une ligne du « réaménagement » de l'ancien site de la BNL rue Notre-Dame, et énumère le projet de rénovation de la Villa Louvigny, le dada de la ministre écolo Sam Tanson (jusqu'à cinq millions d'euros budgétisés d'ici 2023), de l'aménagement des Rotondes (la Rotonde 2 reste à faire), de l'extension du Centre national de littérature ainsi que de l'extension du foyer et de l'accueil de la Philharmonie (pas de projet pour les Archives nationales à Belval non-plus). Tout cet engouement toutefois n'arrive pas à cacher le fait que la proportion du budget alloué à la Culture au budget global régresse de manière flagrante : il n'atteint plus que 0,73 pour cent du PIB, moins qu'à l'ère d'austérité de Maggy Nagel (DP, 0,82 pour cent en 2015) et surtout très loin du un pour cent toujours érigé en idéal.

Surtout, malgré toute la bonne volonté affichée, après les pierres, ces budgets vont toujours essentiellement dans les superstructures et dans l'administration ; les bourses directes aux artistes et au créateurs se chiffrent à quelques centaines de milliers d'euros. Alors, bien que la ministre de la Culture se soit réjouie dès lundi sur Twitter que, avec ce projet de budget, le taux de TVA super-réduit de trois pour cent est (enfin) introduit pour les services des écrivains, compositeurs et artistes-interprètes (une revendication de longue date des intermittents du spectacle), on garde comme un arrière-goût amer côté budget culturel. Les dotations par ministère sont toujours aussi une preuve du pouvoir d'un ministre au sein du gouvernement. L'homme fort du moment semble être Dan Kersch (LSAP), dont le ministère du Sport surtout progresse de manière « exceptionnelle » (Gramegna) à 27 millions d'euros, soit une progression de quinze pour cent. Où il est question de loisirs, de *nation branding* et d'intégration – comme pour la culture. jh

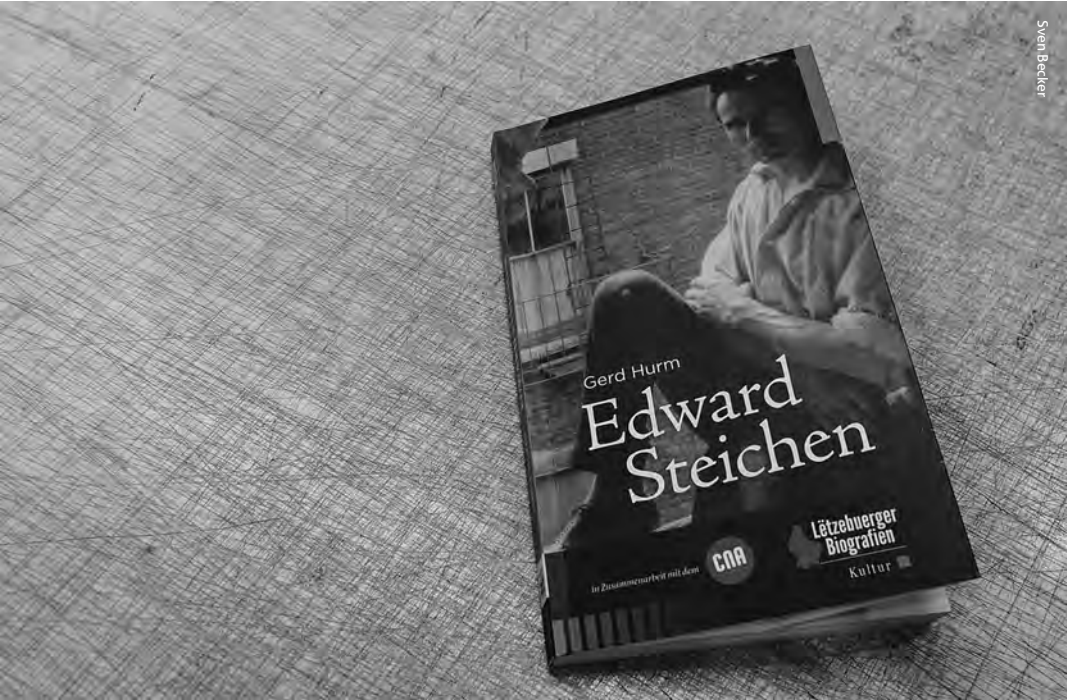
Luxemburgensia

Verneigung vor Edward Steichen

Pol Schock

Als Edward Steichen 14 Jahre alt war, unternahm er eine folgenschwere Reise. Er machte sich alleine auf von seiner Heimatstadt Milwaukee zur Weltausstellung ins rund 150 Kilometer entfernte Chicago. Der junge Steichen war beeindruckt von der Technik der Moderne und kaufte sich wenig später eine Kamera. Seine ersten Schritte in der Fotografie waren desaströs. Von 50 Aufnahmen sind ihm alle bis auf eine misslungen. Viele hätten sich wohl von der Fotografie abgewendet. „Doch Edward gab nicht auf.“ (S. 34) Gerd Hurm erzählt diese Episode aus dem Leben von Edward Steichen *en passant* in seiner gerade erschienen Biografie *Edward Steichen* (Editions Saint-Paul). Sie charakterisiert jedoch geradezu exemplarisch einen Wesenszug des „Gaassejong“ (S. 31) mit luxemburgischen Wurzeln: den unbändigen Drang, Neues zu entdecken.

Der Amerikanistik-Professor von der Universität Trier zeichnet in seinem Werk das Bild eines ebenso begnadeten wie ehrgeizigen Mannes. Ein moderner Universalkünstler, der Rückschläge geradezu spielend wegsteckt und dem dadurch keine Grenzen gesteckt sind. Steichen macht sich die Welt zueigen, nennt Paris und New York sein zuhause, zählt Picasso und Rodin zu seinen engen Freunden, legt sich mit den mächtigsten Unternehmern wie J.P. Morgan an, verhilft der Fotografie als Kunstform zum Durchbruch, kämpft in zwei Weltkriegen und steht auch sonst stets auf der richtigen Seite der Geschichte, erwirtschaftet nebenbei ein Vermögen, züchtet im Privaten neue Blumenarten und spricht dazu noch *Lëtzebuergesch*. Hurm schreibt es nicht explizit, aber der Leser weiß, worauf der Autor hinaus will: Steichen war ein Genie. Dabei umgibt den Künstler Steichen ein großer Widerspruch. Es ist die Diskrepanz zwischen Steichens unbändiger Schaffenskraft und dem, was die Kuratorin Helen Gee einmal als „Steichen-bashing“ (S. 147) bezeichnet hat, was Hurm rätselhaft ist. Wie kann ein solches Talent „eine vernachlässigte Figur“ und gar eine „Unbekannte der Moderne“ (S. 11) sein? Oder zugespitzt formuliert: Warum muss man in die tiefste Provinz in Luxemburg reisen, um die außergewöhnliche Schau *Family of Man* zu entdecken? Hurm versucht diesem Widerspruch nachzugehen und ihn durch zwei Erklärungsansätze aufzulösen: Zum einen hat Steichen sich durch seine non-konformisti-



Gerd Hurm will mit seiner neuen Biografie den Künstler Steichen rehabilitieren

Der Autor kann seine Steichen-Begeisterung trotz akademischer Sachlichkeit kaum verbergen

sche und rebellische Art nicht nur Freunde gemacht. Zu der *Armory Show* von 1913, die „als Urknall der modernen Kunst“ (S. 82) in den Vereinigten Staaten gilt, wird er nicht eingeladen. Dadurch gerät er ins Abseits der Rezeption und wird zur Randfigur in der Kunst. Doch Hurm bietet noch eine überzeugendere Erklärung an. Steichens Kunst sprach nicht nur Eliten an, sondern wirkte auch auf die breiten Massen. Er hatte das Talent, durch seine Ästhetik ein großes Publikum zu erreichen. Kunst und Kommerz waren für ihn keine Gegensätze. Diese Form der angewandten Mainstreamkunst galt jedoch für manche Intellektuelle als frivol und geradezu verdächtig – und brachte ihm den Vorwurf eines „kommerziell kom-

promitierten Künstlers“ (S. 83) ein. Als Kronzeuge zitiert Hurm den renommierten französischen Kritiker Roland Barthes, der sich abfällig über *Family of Man* als „massenkulturelles Phänomen“ äußerte, das auf einem stupiden und sentimental Humanismus beruhe. (S. 144) Laut Hurm hat sich dieses negative Steichen-Bild im Kunstdiskurs gefestigt.

Hurm spielt mit offenen Karten: Er kann seine Begeisterung trotz akademischer Distanz und Sachlichkeit kaum verbergen. Es ist eine Verneigung vor Steichens Werk und ein Versuch, Steichen als Künstler zu rehabilitieren. Doch diese Faszination ist geradezu mitreißend für den Leser. Das Werk ist akribisch recherchiert und gibt einen umfassen Überblick zum vielfältigen Schaffen Steichens. Dabei ist es auch geradezu befreiend, dass Hurm aus Steichen nicht krampfhaft versucht, einen Luxemburger zu konstruieren. Der Autor verneint Steichens Herkunft nicht, aber reduziert sie auf das Wesentliche. Es ist ein großes Werk über einen großartigen Künstler.

Gerd Hurm: *Edward Steichen*. Editions Saint-Paul, *Lëtzeburger Biografien*. 176 Seiten, 19 Euro.

Théâtre

Et Shahnourh devint Charles

Il disait d'elle « Aïda, c'est ma mémoire », elle l'appela « apaïguess », « petit frère » en arménien. En 1986, alors sexagénaire, Aïda Aznavour-Garvarentz publia *Petit frère*, le récit de sa vie et de celle de son frère cadet (de seize mois) Shahnourh Aznavourian, enfants d'immigrés arméniens ayant fui le génocide en Turquie. Elle raconte comment ils se sont reconstruits en France, intégrés via la langue. Tous les deux ont grandi comme des jumeaux, enfants de la balle, faisant l'école buissonnière dans les cinémas du cinquième arrondissement de Paris et dans le restaurant de leur grand-père paternel, jadis cuisinier du tsar, où se retrouva la diaspora russe et arménienne. Dans son adaptation du livre pour la scène, la compagnie française La Ronde de Nuit autour de Laure Roldàn (qui incarne Aïda) recrée avec quelques effets tout simples une belle ambiance chavirant entre l'enthousiasme de la vie parisienne et la douleur que fut la déchirure de l'exil et d'une famille décimée par les génocides de 1915 et 1923. « Je suis la mémoire de la famille », répète Aïda encore et encore. « Il fallait tout reconstruire par fragments », se souvient-elle.

Puis vient la music-hall, les premiers pas sur scène de Charles, la Deuxième Guerre mondiale, la rencontre avec Edith Piaf... Et le spectacle se perd alors dans ce grand récit du XX^e siècle que fut la vie d'Aznavor, mort en 2018 à l'âge de 94 ans. Une histoire dont la complexité, visiblement, dépasse l'équipe. Laure Roldàn, qu'on connaît charmante en jeune ingénue (elle l'est à nouveau en Aïda jeune), ne convainc pas dans le rôle d'une sexagénaire (une perruque grise ne suffit pas pour faire âgée) et agace en voulant mimer une Piaf clownesque. Son partenaire de scène Grégoire Tachnakian par contre est très juste en Charles Aznavour, qui se dépeint comme un homme banal ayant su transformer cette banalité en force. Un des artistes français les plus connus au monde, qui se décrit pourtant comme « tacheron » de l'écriture plutôt que poète (il aura quand même écrit plus de 1 400 chansons). Le récit biographique est beau lorsqu'il est sobre et tout en retenue, mais s'éparpille lorsque, dans la deuxième moitié, il tente de reproduire le parcours artistique de l'artiste.

Petit frère, la grande histoire Aznavour, d'après le récit d'Aïda Aznavour-Garvarentz, adaptation et mise en scène par Laure Roldàn, Gaëtan Vassart et Armen Verdian ; avec Grégoire Tachnakian et Laure Roldàn, est une production de la compagnie La Ronde de Nuit et fut donné en une représentation unique ce mercredi dans le cadre du programme Capucins libres.



Laure Roldàn et Grégoire Tachnakian

Festival Clowns in progress

Une passion à risque

Kévin KroczeK

Esch-sur-Alzette s'est affirmée comme étant la capitale luxembourgeoise des plus célèbres des saltimbanques, les clowns. Reconnu dans toute la grande-région, le festival *Clowns in progress*, organisé par la Kulturfabrik, est aujourd'hui considéré comme un évènement incontournable de la discipline, pour qui veut bien se laisser tenter. Cette année, pour sa neuvième édition (qui s'est déroulée du 30 septembre au 12 octobre), le public a eu droit au poétique et au grotesque, au rire et au malaise, en bref, au meilleur comme au pire. Il retiendra quelques fulgurances comiques et fous-rires non feints, tout comme des moments de gêne et un accident des plus réels. Retour donc sur les quatre soirées de spectacles vivants axées sur un art si singulier.

Mercredi 9 octobre au soir, le coup d'envoi du marathon clownesque est donné par Lucien Elsen, restaurateur de métier et artiste par passion. Le fondateur du Mesa Verde a su amener un peu de public dans la grande salle de la Kulturfabrik,

Le festival organisé par la Kulturfabrik est aujourd'hui considéré comme un évènement incontournable de la discipline

où des gradins ont été installés pour l'occasion. Comme le veut la tradition, avant chaque spectacle, un discours est prononcé par le directeur des lieux Serge Basso. Il tient à rendre hommage à Michel Dallaire, clown québécois qui était de passage au festival l'an dernier et qui est décédé depuis. Il est accompagné par le directeur artistique du festival, Francis Albiero alias Champion, et par toute une troupe, composée cette année par cinq clownesses – qui ont participé à une *master-class* délivrée par Alan Fairbairn – et par un clown autochtone. La « caution luxembourgeoise du festival », comme l'appellent malicieusement ses camarades, fait une traduction libre du discours de Serge Basso. Il traduit ainsi « Jacques Chirac » par « Grand-Duc », la réplique fait mouche.

Retour au spectacle. Intitulé *El Camino de Señor Dolores*. On y suit Lucien Elsen, chapeau à plumes et nez rouge, se démenant 45 minutes durant dans la fosse. Sa position le rend invisible aux yeux du public, installé au fond des tribunes. Il gigote, pointe son index, telle une arme à feu sur l'audience, puis enfourche une tête de cheval au bout d'un bâton. Il réalise ensuite un rituel chamanique sur une peluche Mickey. Sa prestation est sauvée in extremis par la musique de fin, *Light my fire* des Doors.

Le lendemain, les clowns envahissent le Théâtre Municipal. L'audience, venue en nombre, va assister à *Rien à dire*, un spectacle d'humour poétique signé Leandre Ribera. En guise d'introduction d'abord, l'équipe du festival interprète le même sketch que la veille. Leandre Ribera affronte une tempête, puis accède à la scène par une porte en



Le directeur de la Kufa, Serge Basso (à gauche), Champion et ses clowns

bois trônant sur un escalier. Sur scène, un décor qui laisse présager le meilleur. On y devine les contours d'une maison en désordre. Au sol, des centaines de chaussettes d'un jaune moutarde. Au centre, une table à trois pieds, prétexte à de nombreux numéros d'équilibriste.

Démarré alors une formidable performance à la mécanique bien huilée. Chaque geste de l'artiste

provoque une réaction en chaîne. Ainsi, l'enclenchement d'un interrupteur le pousse à grimper sur une échelle, en plein milieu des tribunes afin d'atteindre une ampoule. Une pluie de bulles de savon rend les enfants présents hystériques. Brisant constamment le quatrième mur, il démystifie certains effets spéciaux avec l'aide d'un technicien, qui se rend délibérément visible lorsqu'il devrait être tapi dans l'ombre. La réussite est totale.

Vendredi, est programmé Fred Blin de la compagnie Chiche Capon. Une file s'est formée à l'entrée de la salle. On en profite pour visiter la galerie Terres Rouges qui accueille des œuvres des élèves de l'École internationale de Differdange et Esch-sur-Alzette. On y découvre des têtes de clowns en carton-pâte accrochées aux murs comme des trophées de chasse, des dessins et des sculptures. Fred Blin arrive sur scène, des sabots aux pieds, robe de chambre en velours et casquette sur la tête. Ses saillies prononcées de sa voix aigüe, franchement insupportable, provoquent toutefois des éclats de rires. Ultra énergique, il lance un ballon dans le public puis le rattrape en l'air en sautant dans la fosse. Il reste à terre près d'une minute, puis se relève péniblement pour aller s'installer derrière un pupitre en boitant. Faisant comme si de rien n'était, il se lance dans une improvisation tarabiscotée. Il est rejoint sur scène par Francis Albiero, visiblement inquiet. Le clown souffre. Après négociations, Fred Blin est prié d'abandonner, on apprendra le lendemain qu'il s'est fracturé un os du pied droit. Les accidents arrivent. Être clown est décidément une passion à risque, pouvant engendrer des blessures émotionnelles aussi bien que physiques.

El Niño del Retrete, artiste de rue, jongleur et acrobate argentin vient conclure le festival le samedi 12 octobre au soir. Son personnage cartoonesque, dans tous les sens du terme, déborde d'énergie. Il jongle, mime, fait rire le public à volonté à l'aide d'une télécommande. Ses blagues parfois potaches sont contrebalancées par une poésie indéniable. Le rendez-vous est pris pour l'an prochain, malgré tout.

Postes vacants

Le Ministère de l'Éducation nationale, de l'Enfance et de la Jeunesse

se propose d'engager pour les besoins de l'Institut national des langues

Plusieurs chargé/es de cours (m/f) de luxembourgeois à tâche complète et à durée indéterminée à partir du 10 février 2020.

Pour de plus amples détails veuillez consulter la page internet de l'Institut national des langues sous le lien suivant : www.inll.lu

Ministère de la Mobilité et des Travaux publics

Administration des bâtiments publics

Avis de marché

Procédure : européenne ouverte
Type de marché : Travaux

Modalités d'ouverture des offres :
Date : 15.11.2019
Heure : 10.00 heures

Lieu :
Les offres sont obligatoirement et exclusivement à remettre via le portail des marchés publics avant la date et l'heure fixées pour l'ouverture.

Section II : Objet du marché

Intitulé attribué au marché :
Fourniture et pose du premier équipement : équipement de bureau divers, mobilier médical dans l'intérêt de la construction de l'École internationale à Differdange – enseignement secondaire.

Description succincte du marché :
Le marché de travaux comprend essentiellement la fourniture, montage et réglage de :
– Chaises, env. 1 070 pièces
– Tables, env. 325 pièces
– Chaises de bureau, env. 180 pièces
– Tables de bureau, env. 110 pièces
– Armoires de bureau, env. 300 pièces
– Casiers élèves, env. 830 pièces
– Cuisines équipées, env. 3 pièces
– Mobilier d'accueil et de réception
– Équipements de bibliothèque
– Mobilier et équipements divers
– Mobilier médical
– Fournitures et équipement de bureau divers soumis aux normes et prescriptions techniques, environnementales et de qualité.

Les travaux sont adjugés en bloc à prix unitaires.
La durée prévisible des travaux est de 45 jours ouvrables.
Début prévisionnel des travaux : 1^{er} semestre 2020

Section IV : Procédure

Conditions d'obtention du cahier des charges :

Les documents de soumission peuvent être retirés via le portail des marchés publics (www.pmp.lu).
La remise électronique est obligatoire.

Section VI : Renseignements complémentaires

Autres informations :
Conditions de participation :
Toutes les conditions de participation sont indiquées dans les documents de soumissions.

Réception des offres :
Les offres sont à remettre via le portail des marchés publics (www.pmp.lu).

Date d'envoi de l'avis au Journal officiel de l'U.E. :
14.10.2019

La version intégrale de l'avis n° 1901720 peut être consultée sur www.marches-publics.lu

Ministère de la Mobilité et des Travaux publics

Administration des bâtiments publics

Avis de marché

Procédure : européenne ouverte
Type de marché : Travaux

Modalités d'ouverture des offres :
Date : 15.11.2019
Heure : 10.00 heures

Lieu :
Les offres sont obligatoirement et exclusivement à remettre via le portail des marchés publics avant la date et l'heure fixées pour l'ouverture.

Section II : Objet du marché

Intitulé attribué au marché :
Fourniture et pose de mobilier scolaire, équipement scolaire et accessoires dans l'intérêt de la construction de l'École internationale à Differdange – enseignement secondaire.

Description succincte du marché :
Le marché de travaux comprend essentiellement la fourniture, montage et réglage de :
– Chaises, env. 1 200 pièces
– Tables, env. 1 000 pièces
– Tableaux, env. 20 pièces
soumis aux normes et prescriptions techniques, environnementales et de qualité.
Les travaux sont adjugés en bloc à prix unitaires.
La durée prévisible des travaux est de 45 jours ouvrables.
Début prévisionnel des travaux : 1^{er} semestre 2020

Section IV : Procédure

Conditions d'obtention du cahier des charges :
Les documents de soumission peuvent être retirés via le portail des marchés publics (www.pmp.lu).
La remise électronique est obligatoire.

Section VI : Renseignements complémentaires

Autres informations :
Conditions de participation :
Toutes les conditions de participation sont indiquées dans les documents de soumissions.

Réception des offres :
Les offres sont à remettre via le portail des marchés publics (www.pmp.lu).

Date d'envoi de l'avis au Journal officiel de l'U.E. :
14.10.2019

La version intégrale de l'avis no 1901721 peut être consultée sur www.marches-publics.lu

Ministère de la Mobilité et des Travaux publics

Administration des bâtiments publics

Avis de marché

Procédure : européenne ouverte
Type de marché : Travaux

Modalités d'ouverture des offres :
Date : 26.11.2019
Heure : 10.00 heures

Lieu :
Les offres sont obligatoirement et exclusivement à remettre via le portail des marchés publics avant la date et l'heure fixées pour l'ouverture.

Section II : Objet du marché

Intitulé attribué au marché :
Travaux de déconstruction sélective du bâtiment « aile 3000 » et réaménagement des aménagements extérieurs dans l'intérêt du Lycée Michel Lucius à Luxembourg.

Description succincte du marché :
Projet pilote en déconstruction sélective et construction avec matériaux récupérés.
– Travaux de déconstruction sélective du bâtiment en construction métallique et béton armé
– Travaux d'aménagements extérieurs de la cour de récréation partiellement sur base de matériaux de récupération résultant de la déconstruction
– Reconstruction d'une pergola sur base d'une charpente métallique réalisée avec des profilés de récupération
– Réaménagement d'une partie des sous-sols existants en surface de stockage.
Les travaux sont adjugés en bloc à prix unitaires.
La durée prévisible des travaux est de 180 jours ouvrables.
Début prévisionnel : 1^{er} trimestre 2020.

Section IV : Procédure

Conditions d'obtention du cahier des charges :
Les documents de soumission peuvent être retirés via le portail des marchés publics (www.pmp.lu).
La remise électronique est obligatoire.

Section VI : Renseignements complémentaires

Autres informations :
Conditions de participation :
Toutes les conditions de participation sont indiquées dans les documents de soumissions.

Réception des offres :
Les offres sont à remettre via le portail des marchés publics (www.pmp.lu).

Date d'envoi de l'avis au Journal officiel de l'U.E. :
17.10.2019

La version intégrale de l'avis no 1901738 peut être consultée sur www.marches-publics.lu

Ministère de la Mobilité et des Travaux publics

Administration des Bâtiments publics

Avis de marché

Procédure : européenne ouverte
Type de marché : Travaux

Modalités d'ouverture des offres :
Date : 22.11.2019
Heure : 10.00 heures

Lieu :
Les offres sont obligatoirement et exclusivement à remettre via le portail des marchés publics avant la date et l'heure fixées pour l'ouverture.

Section II : Objet du marché

Intitulé attribué au marché :
Travaux de peinture et de tapisserie à exécuter dans l'intérêt de la construction de l'École internationale à Differdange – enseignement secondaire.

Description succincte du marché :
– Peinture sur mur : env. 16 210 m²
– Peinture sur plafond : env. 1 720 m²
– Revêtements muraux en rouleaux posés avec collé : env. 7 070 m²
Les travaux sont adjugés en bloc à prix unitaires.
La durée prévisible des travaux est de 70 jours ouvrables.
Début prévisionnel des travaux : 1^{er} semestre 2020.

Section IV : Procédure

Conditions d'obtention du cahier des charges :
Les documents de soumission peuvent être retirés via le portail des marchés publics (www.pmp.lu).
La remise électronique est obligatoire.

Section VI : Renseignements complémentaires

Autres informations :
Conditions de participation :
Toutes les conditions de participation sont indiquées dans les documents de soumissions.

Réception des offres :
Les offres sont à remettre via le portail des marchés publics (www.pmp.lu).

Date d'envoi de l'avis au Journal officiel de l'U.E. :
17.10.2019

La version intégrale de l'avis n° 1901743 peut être consultée sur www.marches-publics.lu

Ministère de la Culture

Dans le cadre du départ à la retraite de la directrice de la Bibliothèque nationale du Luxembourg (BnL), le Ministère de la Culture recrute un / une

Directeur / Directrice de la Bibliothèque nationale.

La Bibliothèque nationale est un institut culturel de l'État régi par la loi modifiée du 25 juin 2004 portant réorganisation des instituts culturels de l'État. En sa double qualité de bibliothèque patrimoniale et de bibliothèque d'étude et de recherche ouverte au grand public, elle gère des collections imprimées et des collections spéciales comprenant actuellement environ 1,8 millions de documents ainsi que des collections numériques en croissance rapide. Elle coordonne et gère les systèmes informatiques de bibliothèques utilisés en commun par 87 bibliothèques luxembourgeoises du réseau *bibnet.lu* et du Consortium Luxembourg pour la gestion des publications numériques. Elle est engagée dans un important processus de digitalisation de ces collections et services.

Vos missions :
– Assurer la direction générale de la Bibliothèque nationale ;
– Définir et mettre en œuvre la stratégie de développement de la Bibliothèque nationale conformément aux lignes directrices de la politique culturelle du ministère de la Culture et en ligne avec l'évolution des bibliothèques similaires à l'étranger ;
– Gérer et coordonner une équipe de 95 personnes équivalent plein temps, de composition diverse ;
– Exploiter le potentiel du nouveau bâtiment de la BnL pour élargir le public de la BnL et favoriser le dialogue interculturel ;
– Assurer des missions de partenariat et de coordination à l'échelle nationale ;
– Représenter la Bibliothèque nationale auprès de ses partenaires publics et privés au Luxembourg et à l'étranger.

Vos compétences :
– Vous avez des capacités avérées de direction et de gestion ;
– Vous avez une culture générale pluridisciplinaire ;
– Vous avez une excellent relationnel.

Vos atouts :
– Vous avez une expérience professionnelle de plusieurs années en matière de gestion d'un organisme culturel ou de projets d'envergure en matière culturelle ;
– Vous avez une expérience antérieure dans le domaine des sciences de l'information et de la gestion documentaire ;
– Vous avez l'expérience professionnelle requise pour intégrer dans votre action le potentiel des technologies numériques.

Date d'entrée en fonction : le 3 juillet 2020

Dossier de candidature :
En cas d'intérêt pour ce poste et si vous êtes de nationalité luxembourgeoise et détenteur d'un diplôme de Master ou équivalent, votre dossier de candidature exposera votre intérêt et vos motivations, et devra obligatoirement être accompagné :
– D'un curriculum vitae détaillé ;
– D'une copie du diplôme ;
– D'une copie de la carte d'identité.

Les candidats sont priés d'adresser leur dossier de candidature par écrit à la
Ministre de la Culture
Ministère de la Culture
4, boulevard F.-D. Roosevelt
L-2912 Luxembourg
jusqu'au 4 novembre 2019 au plus tard.

Pour plus de renseignements sur la BnL, veuillez consulter www.bnl.lu

Pour tout autre renseignement :
Personne de contact : Marc Lux
Téléphone : 247-86620
E-Mail : marc.lux@mc.etat.lu

d'Lëtzebuurger Land

Fondé en 1954 par Carlo Hemmer, édité par Leo Kinsch de 1958 à 1983

Hebdomadaire politique, économique et culturel indépendant paraissant le vendredi. Publié par les Éditions d'Letzeburger Land s.à r.l., R.C. B 19029, N° TVA LU 12 12 40 22. La reproduction des articles et illustrations est interdite sans l'accord écrit de l'éditeur. **Gérant, rédacteur en chef** Romain Hilgert (48 57 57-22; rhilgert@land.lu), **Rédaction** Peter Feist (48 57 57-24; pfeist@land.lu), Josée Hansen (48 57 57-26; jhansen@land.lu), Ines Kurschat (48 57 57-28; ikurschat@land.lu), Pol Schock (48 57 57-35; pschock@land.lu), Pierre Sorlut (48 57 57-20; psorlut@land.lu), Bernard Thomas (48 57 57-30; bthomas@land.lu) **Photos** Sven Becker (48 57 57-36; sbecker@land.lu) **Administration** Zoubida Belgacem (48 57 57-32; zbelgacem@land.lu) **Mise-en-page** Pierre Greiveldinger (48 57 57-34; pgreiveldinger@land.lu) **Édition et rédaction** 59, rue Glesener L-1631 Luxembourg **Courrier** boîte postale 2083, L-1020 Luxembourg **Téléphone** 48 57 57-1 **Fax** 49 63 09 **E-mail** land@land.lu **Internet** www.land.lu **Publicité** Maison Moderne Media Sales 10, rue des Gaulois Luxembourg; boîte postale 728, L-2017 Luxembourg (27 17 27 27-32; francis.gasparotto@maisonmoderne.lu); **Impression offset** Imprimerie Saint-Paul **Prix par numéro** 4,00 € **Abonnement annuel** 140,00 € **Abonnement étudiant/e** 75,00 € **Comptes en banque** CCPLULL : IBAN LU59 1111 0000 5656 0000, BILLULL : IBAN LU29 0027 1003 6990 0000, BGULLULL : IBAN LU32 0030 0431 7039 0000, BCEULL : IBAN LU30 0019 1000 2939 1000, CELLULL : IBAN LU71 0141 7162 5000 0000, BLUXULL : IBAN LU59 0080 0484 9600 1003

Kino

Lachen ist die beste Medizin

Marc Trappendreher

Das Straßenbild der fiktiven Stadt Gotham wirkt überaus toxisch: Wegen eines Streiks häuft sich der Müll; die Ratten, die der Abfall anzieht, werden bald zum Gesundheitsproblem. In dieser Stadt lebt Arthur Fleck (Joaquin Phoenix); er arbeitet als Clown bei einer Artistengruppe und versucht sich als *Stand-Up-Comedian*, doch die unmenschlichen Zustände, die um sich greifen, werden für ihn immer unerträglicher ...

Joker ist zuvorderst eine *Origin Story*, die die Geschichte des kranken Bösewichts mit dem nihilistischen Weltbild aus dem Batman-Universum erzählt. Diese Artistengruppe erinnert ein wenig an die Ausgestoßenen aus *Freaks* (1932), jedoch könnte man zur Annahme verleitet sein, der Film bemühe zudem jedes nur denkbare Klischee, um Arthur Flecks Abstieg in den Wahnsinn herzu-leiten: Er leidet unter einer unerklärten Störung, eckt bei seinen Mitmenschen überall an und lebt noch bei seiner Mutter.

Einen konkreten psychopathologischen Befund nachzuzeichnen, liegt indes nicht im Interesse des Films. Im Comic war es noch ein chemischer Unfall, der den Joker heraufbeschwor – 2019, will man meinen, genügt die toxische Gesellschaft. Sie zu analysieren – und da ist die Nähe zu Martin Scorsese unverkennbar –, darauf liegt das Hauptaugenmerk des Films.

Regisseur Tod Philipps hat bekundet, dass *Taxi Driver* (1976) eine wichtige Inspirationsquelle für ihn war, und das ist deutlich zu sehen. Sein Gotham ist ein filmisch überhöhtes Bild eines ver-ruchten urbanen Milieus. Philips entledigt sich jeder fantastisch-übernatürlichen Aspekte, derer sich noch das Comic-Heft bediente. Stattdessen analysiert er – manchmal wie mit dem Seziermesser – die Verlassenheit unserer Zeiten. Er entwirft das Bild einer Gesellschaft, in der Zynismus und Ignoranz die Überhand genommen haben und Phrasen wie „Lachen ist die beste Medizin“ ge-razu pervers auf den Kopf gestellt werden. Dabei



Joaquin Phoenix als Arthur Fleck *aka* Joker

wird scharfe Medienkritik geübt, insbesondere am US-amerikanischen Fernsehen, die mit der Figur des *Late-Night-Hosts* Murray Franklin ihren deutlichsten Ausdruck findet: Robert DeNiro gibt diesen *Talkshow*-Moderator mit einer Mischung aus Überheblichkeit und Gehässigkeit, spiegelt damit das Bedürfnis dieser Gesellschaft, sich betäubendem Spektakel hinzugeben, das nicht davor zurückschreckt, Menschen als Konsum- und Unterhaltungsware auszustellen.

Todd Philipps versucht gewiss nicht, uns Sympathie oder Mitleid für den (Anti-)Helden nahe-zubringen, sondern beobachtet die gewalttätigen Reaktionen des Joker mit kühler Distanz: Sie sind brutal, weil die Welt, in der er lebt, brutal ist. Sein Motiv besteht zunächst aus nichts als persönlicher Rache, die dann rezipiert und auf die reiche Oberschicht angewandt, und ferner als „verdiente“ Strafe für die Nachlässigkeiten der

Gesellschaft aufgefasst wird. Ähnlich wie bei Robert DeNiro in *Taxi Driver*, sehen wir in Joaquin Phoenix' Gesicht, dass es für ihn nicht die Ret-tung sein kann, wenn er für seine Gewalttat zum Volkshelden gemacht wird.

Phoenix (*You were never really here*, 2017) ent-wickelt dabei eine enorme Sogkraft. Seine Perfor-mance ist ein Kraftakt, der zwischen sehr zurück-genommenen Ausdrucksweisen und exaltierter großer Gestik wechselt, die Figur des Joker damit ganz eigen anlegt. Weder werden Anleihen bei Heath Ledger in *The dark knight* (2008) gemacht, noch bei Jack Nicholson in *Batman* (1989).

Dass die handlungsrelevanten Wende- und Hö-hepunkte allzu vorhersehbar erscheinen, tut die-sem Filmserlebnis keinerlei Abbruch: *Joker* lebt sehr von seiner Atmosphäre, die durch eine äu-ßerst kraftvolle Filmsprache generiert wird. Das

Tod Philipps' *Joker* ist zuvorderst eine *Origin-Story*, die die Geschichte des kranken Bösewichts mit dem nihilistischen Weltbild nachzeichnet

irritierende und subjektive Sound-Design, das den Zustand Arthur Flecks in dieser kaputten Welt für den Zuschauer sinnlich erfahrbar macht, funk-tioniert imposant als ein Eindringen auf die Sinne.

Für die Marvel-Superhelden, die sich gegensei-tig die Köpfe einschlagen, nur um sich die Köpfe einzuschlagen und damit hohles Spektakel feiern, anstatt es kritisch zu betrachten, ist hier kein Platz.

Die Anerkennung der internationalen Filmkritik am Vorbild von *Joker* ist ein Indiz dafür, dass eine Comicfigur über den Medientransfer sinn-voll für die Leinwand genutzt werden kann. Die Auszeichnung mit dem Goldenen Löwen bei der *Mostra* in Venedig zeigt, dass populäres Unterhal-tungskino sich zu öffnen vermag für anspruchs-volle Themenfelder. In diesem Sinne ist *Joker* ein wirkungsmächtiges Beispiel, das Mainstreamkino mit dem Arthouse-Kino zu verbinden.

Films made in Luxembourg

Vom Bösen profitieren

Der Western war niemals tot, im Gegenteil: Die Fülle an Filmen des Genres, die in den letzten Jahren über die Leinwände zogen, ist Beweis genug für seine fortwährende Lebendigkeit. *Never grow old* mag für einen Western eher untypisch wirken, zumal er eine Zeitspanne abbildet, die nicht häufig bearbeitet wird. Wir befinden uns im Amerika Mitte des 19. Jahrhunderts. Patrick Tate (Emile Hirsch) ist sozusagen arbeitslos, bisher konnte er als Bestatter recht gut leben, doch nun nehmen die Verbrechen und auch die Todesfälle in der Stadt Garlow in Amerika erheblich ab. Dann erscheint der Gesetzlose Dutch Albert (John Cusack) und es gibt wieder Tote. Er will das Leben in der Stadt gründlich umstrukturieren und Patrick sieht sich folglich mit Zweifeln konfrontiert, ob dieser Dutch Albert nun Heilsbringer oder eine Gefahr ist...

Es sind wahrlich gute Zeiten für den Bestatter und gewiss schlechte für die Einwohner Garlows, die in ihrem geordneten Leben durch die Ankunft des Revolverhelden zunehmend destabilisiert werden. Der böse schwarze Mann

Ivan Kavanaghs *Never grow old* mag für einen Western eher untypisch wirken

wird hier zum Prüfstand dieser Gemeinschaft, die sich am Ende der 1840-er-Jahren besonders aus irischen Immigranten konstituiert. So wie sich Loyalitätskonflikte auftun, so gibt es auch verwandte soziale Probleme; all dies ist verwoben in jenen widerspruchsvollen Prozess der Zivilisierung, den *Never grow old* abbildet. Dass beispielsweise irische Katholiken zum Protestantismus gezwungen werden, wird beiläufig erwähnt, aber nicht vertieft. Indessen bleibt dieser spannende Ausgangspunkt unausgereift. Auch wirft *Never grow old* exakt die Frage auf, ob es grundsätzlich böse ist, vom Bösen zu profitie-ren. Handelt dieser Patrick Tate nun in seiner Opportunität verwerflich oder sind seine Beweggründe nachvollziehbar?

Die äußerst transparente Formsprache überlagert dabei den Gesamteindruck, denn sie ist dahinge-hend ausgerichtet, dass sie ganz unmittelbar auf die sofortige Lesbarkeit der Charaktere und Situatio-nen abzielt. Das ist gewiss ein klassischer Inszenie-rungsstil, bei dem der Antagonist aber ganz eindimensional bleibt; er hat keinen Ursprung und keine definierte Motivation für sein böswilliges Verhalten. Freilich ist sein Auftreten zuvorderst einer dramaturgischen Funktionalität zuzuschrei-ben über die der Initiationsritus des Helden initiiert wird. Dass dieser Dutch Albert dann noch ganz in Schwarz gekleidet ist, weist in die genannte Richtung und lässt John Cusacks Figur beinahe derart ins Zeichenhafte driften, dass er sich allzu nah an der Parodie bewegt.

Diese Grundstimmung des Verderbens in der Handlung vermittelt der Film durch dunkle Farben und es gelingt Regisseur Ivan Kavanagh auch ansatzweise eine Atmosphäre der Beklem-mung heraufzubeschwören, allerdings ist für Subtilität oder Nuancen kein Platz. So bleibt die Wandlung des Leichenbestatters vorerst eher eine Drehbuch-Behauptung, mehr dagegen scheint es um das Abarbeiten bekannter Statio-nen und Effekte zu gehen. Introspektion und eine nachvollziehbare Charakterentwicklung gehen dabei beinahe verloren, so sehr unterwirft der Film sich dem Schema von Aktion und Reaktion in einer doch sehr schematischen Dramaturgie, die nur selten die angestrebte psychologische Tiefe erreicht. In manchen Augenblicken trifft der Film den Ansatz, die Ursprünge der Gewalt aufzuzeigen, die für den amerikanischen Westen für diese Zeit und Stimmung so bezeichnend sind.

Never grow old (eine luxemburgische Koproduk-tion via Iris Productions) berührt beachtenswer-te Themenfelder für das Western-Genre, aber verpasst es, sie genügend in Szene zu setzen. Die äußerst wohlwollend-demokratische Behaup-tung, dieser Western sei „letztlich nicht nur ein Muss für Genrefans, sondern durch seine anspre-chende Ästhetik ein Genuss für alle“¹, darf aber bezweifelt werden. Marc Trappendreher

¹ Vesna Andonovic: Kino: „Never Grow Old“ in der Kritik. *Luxemburger Wort*, 5.10.2019

Art contemporain

Luxe et trivialité

Marianne Brausch

On avait eu un aperçu des tableaux en marquete-rie d'Alison Elizabeth Taylor à la galerie Zidoun Bossuyt en 2016 à l'occasion d'une exposition collective. Un procédé raffiné, artisanal et an-cien, plutôt utilisé jusqu'au XIX^e siècle pour des meubles de salon précieux ou des murs en boi-serie, à l'exemple d'une pièce entière, contempo-raine, que la Cornell Tech University de New York a commandé à l'artiste en 2017.

À la galerie Zidoun-Bossuyt, la présentation intitulée *The needle's eye*, ne réunit que quelques pièces – huit au total – de grand format. Mais, comme dans l'exposition précédente, cette artiste américaine, née en 1973, qui vit et travaille à New-York, propose un travail à la fois critique et tendre sur base de l'imagerie de stéréotypes typiquement US et d'une région des *States* qu'elle connaît bien.

Née à Selma, dans l'Alabama, Alison Elizabeth Taylor a grandi dans l'univers *fake* de Las Vegas. Elle lui consacre ici trois toiles : deux, où l'on voit des femmes, d'âge mûr, assises devant des machines à sous. *Sam's town*, réalisé en 2016 et Jolene, plus récemment, en 2019. Ce qu'Alison Elizabeth Taylor met en valeur dans son précieux travail de marqueterie, c'est la boîte du système mécanique, tandis que la vulgarité de la salle de jeu encadre le visage de la joueuse, nimbé par la lumière bleutée de l'écran. Le rêve de la maison individuelle de l'autre – collage du modèle de la maison pavillonnaire, silhouette d'un compagnon potentiel et cristaux d'un intérieur *bling-bling* – sert de fond au second.

Le plus fascinant de ce triptyque de « sa » ville, est *Fire science*, récemment réalisé. Taylor a rencon-

Veinures de la marqueterie et aplats de gouache : Alison Elizabeth Taylor présente son Amérique chez Zidoun-Bossuyt

tré cette jeune femme qui, toujours dans le décor de carton-pâte de la capitale du jeu, pose pour gagner sa vie en tenue de *show-girl* pour des *snaps-hots* rétribués. Ici, la jeune fille se repose, basquets aux pieds, gourde d'eau à la main. C'est cette pose lasse, qui crée le contraste, avec le personnage joué, et, comme dans les deux tableaux précé-dents, la préciosité des parties en marqueterie et les rehauts à la gouache font également contraste.

Les huit tableaux d'Alison Elizabeth Taylor, re-posent sur la même technique de mélange de marqueterie, de collage (les vaguelettes des piscines de *The monster's lover* et *What's in it for the snake* ?), les éléments triviaux rehaussés à la gouache, gourde d'eau, gobelet de soda, canette de bière. La serviette éponge qui s'enroule autour du corps d'une jeune femme assise au bord de la piscine est travaillé avec précision. C'est l'élément central du tableau, comme la couronne de plumes pailletée de la danseuse ou encore le pull zèbre et le bandeau tigre de la joueuse au casino.

Aux deux extrêmes des stéréotypes américains, on verra un intérieur traditionnel de cabane de trappeur avec un ours empaillé et un couple traité cette fois de manière plus simple, en aplats façon BD devant un quartier d'habitation mo-derne. Ce qui n'élève rien à la forte expression, ici de tristesse d'un des personnages. Voilà donc autant de petites histoires, y compris de la propre vie de l'artiste.

C'est sans doute le plus fascinant tableau de l'expo-sition : *Still life with breast pump* (2019), montre sa table d'atelier, quelques-unes de ses lectures



Les tableaux d'Alison Elizabeth Taylor reposent sur un de mélange de techniques (détails)

(dont un livre sur la grande Louise Bourgeois), qui servent de socle au symbole par excellence des peintres à travers les siècles : une vanité. Alison Elizabeth Taylor jongle entre la haute précision de son travail de marqueterie et sa vie de jeune mère. Comment concilier tout cela semble crier le tire-lait représenté à côté de ses outils de travail, pinceaux et cutter ?

L'exposition *The Needle's Eye* d'Alison Elizabeth Taylor à la galerie Zidoun-Bossuyt est à voir jusqu'au 26 octobre prochain. 6, rue Saint-Ulrich, Luxembourg-Grund ; www.zidoun-bossuyt.com



Innenansichten eines Krisenjahres

1919

Samuel Hamen

Revolution, Republik, Referendum – 1919 war in Luxemburg ein ereignisreiches Jahr, in dessen Verlauf die staatliche Ordnung, das nationale Selbstverständnis und die wirtschaftliche Ausrichtung in Frage gestellt wurden. Historik*innen haben sich der Geschehnisse rund um die monarchische Krise, die republikanische Initiative und die Volksbefragung vielfach angenommen. In diesem Essay soll es nun nicht um geschichtswissenschaftliche Erkenntnisse gehen, sondern um damalige Atmosphären, darum, die Irrungen und Wirrungen dieser zwölf Monate durch eine Collage freizulegen. Romanpassagen stehen neben Auszügen aus dem Memorial, Zeitungsartikeln neben Militärberichten, Tagebucheinträge neben Gedichten. Nichts als historisches Material.

*

Hoffentlich werden wir 1919 wieder frei aufatmen und mit unserm Nationaldichter Lentz den Schlußpassus aus dem Feuerwagen kräftigt anstimmen können: „Kommt aus Frankreich, Belgien, Preußen, wir wollen Euch unsere Heimat zeigen!“ Das soll der Völkergruß für 1919 sein (*Der arme Teufel*, 28.4.1918).

En Haus brennt! D’Flamen schloen zum Däch eraus! Scho krächen d’Dunnen, an d’Follementer ziddern. An ennen do danzt a sprengt en harmlo’st Vollek beim Schall vu friemer Museck, beim Klank vu Champagnerglieres. A kê welt de Brand lëschen, a kê dat Volleck vun dër schrecklecher Katastroph, de’ all Minutt antriede kann, retten. – Dat Volleck, dat si mir. (*D’Natio’n*, 4.1.1919)

Dies ist umso notwendiger, als sich das Land vor die folgenschwersten Entscheidungen, von denen die Zukunft seines wirtschaftlichen Aufschwunges abhängt, gestellt sieht. Die Regierung ist denn auch Willens, den wirtschaftlichen Anschluß an die Ententemächte, besonders an Frankreich und an Bel-

gien, herbeizuführen. Die zu dieser Annäherung erforderlichen Verhandlungen müssen in naher Zukunft angeknüpft werden. Tatsachen der letzten Wochen haben bewiesen, daß die Person unserer Landesherrin unter Umständen den Verlauf dieser Verhandlungen ungünstig beeinflussen könnte. (Verlautbarung der Regierung Reuter)

„Die Krone?“, entfuhr es Charlotte, und ihrem Gesicht, das die Kälte leicht gerötet hatte, war eine gewisse Ratlosigkeit abzulesen. „Aber du bist doch die Großherzogin! Wie sollte ich auch nur daran denken?“ „Es ist nur eine Hypothese, Lotti. Im Augenblick wenigstens. Aber du würdest deine Sache gut machen. Du gehst auf die Menschen zu, ich stoße sie ab ...“ „Aber ...“ (André Link: *Auf Winters Schneide*, S. 26)

Es mögen sehr liebenswürdige Erscheinungen sein. Das geht uns den Teufel wenig an. Wir haben holde Erscheinungen genug im Lande. Aber die sind bescheidener, die haben nicht die Präsentation, unsere Landesmütter zu sein. Da jede Frage heute nun einmal mit derbem Realismus angepackt wird, handelt es sich für unser Volk auch in dieser ausschließlich darum, ob es den Lebensinteressen des Landes mit solcher Leitung gedient ist. Wir antworten: Nein. (*Tageblatt*, 10.1.1919)

Il avait été décidé à „L’Action Républicaine“, dit M. SERVAIS, de réunir une Assemblée sur une place publique le 9 janvier, et de faire nommer une délégation qui se rendrait à la Chambre pour demander la proclamation de la République et la nomination d’un Conseil de Régence. Dans le cas où la Chambre ne ferait pas droit à cette demande, un Comité de gauche prendrait le pouvoir en mains, et ferait occuper tous les bâtiments publics par des soldats luxembourgeois sans armes. (Rapport des franz. Generalinspektors Roques)

[I]m Nu erfasst das alte Revolutionslied den ganzen Platz, und die aufgeheizte Aggressivität strömt in den Gesang wie ein wilder Fluss ins Meer. Leidenschaft, die sich aus der Hilflosigkeit reißt und in diesem Massengesang zu Stärke vereint. In Jeanes Brust jubelt es, sie singt voller Inbrunst mit, sie ist seliger Teil der Masse, der Euphorie, in der alles Denken untergeht. Sie ist eine Revoluzzerin und weiß es nicht einmal. (Margret Steckel: *Servais. Roman einer Familie*, S. 417)

„Na, wie ist es mit dem Aufruf?“, brüllte Eiffes. „Das Volk wartet, es will endlich vollendete Tatsachen.“ „Das geht nicht in fünf Minuten“, stammelte Mark, und Bürgermeister Housse, mit schweißglänzender Stirn über das Dokument gebeugt, fügte hinzu: „Über die künftige Staatsform wird eine verfassungsgebende Versammlung entscheiden.“ „Nein, wir wollen die Republik, sofort!“ „Die Republik, sonst nichts!“ In Emil Eiffes’ grobschlächtigem Gesicht arbeitete es. (Link, S. 178)

Von der Freitreppe herab verkündete ich dem „Volk“, die Ausrufung der Republik werde, nach den Versicherungen der Abgeordneten, baldigst stattfinden: ich werde mich jetzt in die Kaserne begeben, aber sofort mit der ganzen Kompagnie und der Militärkapelle zurückkehren, um einen Umzug durch die Stadt zu halten, dem sich alle anschliessen möchten. (Émile Eiffes: *Die revolutionäre Bewegung in Luxemburg 1918-1919: Erinnerungen*, S. 86)

Sie erlebt Geschichte, reißt am Arm des Bruders, da plötzlich bricht der Gesang ab, das Portal öffnet sich, eine Gruppe von Leuten, unter ihnen der siebzigjährige Emile Servais, den Zylinder in der Hand, das weiße Haar im Wind, und seine Tochter, erscheinen auf der Treppe der Abgeordnetenkammer. Jetzt verstehen die Geschwister jedes Wort von dem, was der Onkel verliest: eine Proklamation

Welter verbeugte sich vor ihr und sagte: „Sie waren eine große Herrscherin. Schande über das Land, das Sie davonjagt!“ „Sie sehen das zu dramatisch, Herr Welter“

zur Absetzung der Dynastie. Zum Präsidenten der Republik will man ihn ernennen. (Steckel, S. 417)

Der anfangs stellenweise losbrechende Jubelsturm geht in tosendes Protestrufen über. Man verlangt allgemein eine sofortige, endgültige Proklamation. Ich trete vor und gebe der Meinung Ausdruck, der Beschluss des sog. republikanischen Komitees biete nicht genügend Bürgschaft, die zu wählende Konstituante, sagte ich, könne doch nur den Kampf von neuem beginnen und schliesslich sogar das „Prinzip der Republik“ wieder verwerfen; man hätte heute ganze Arbeit leisten sollen und können. (Eiffes, S. 87)

Seit fünf Wochen haben wir gar keine Butter mehr erhalten. Fleisch gibt es sehr wenig. (Jean-Pierre Flohr: *Kriegstagebuch eines Neutralen in Luxemburg-Stadt*, Bd. 2, S. 235)

Wir rufen unser Volk gegen den Bolschewismus auf, der sich gestern in der Hauptstadt hervorwagte. Aus inneren Gründen: Ein Staatswesen kann nicht gedeihen ohne Ordnung und Gesetzlichkeit.

Eine verschwindende Minorität darf nie und nimmer ihre rasende Unvernunft über die gerechten Anschauungen und Beschlüsse der Majorität setzen. (*Luxemburger Wort*, 10.1.1919)

Or, au moment où, par amour enthousiaste de la France, et pour nous rapprocher d’elle autant que possible, nous nous apprêtons à chasser la dynastie et à proclamer la République luxembourgeoise autonome, ce sont les troupes françaises, c’est-à-dire les troupes du Gouvernement qui a refusé d’entrer en relations avec le Gouvernement de la Grande-Duchesse, qui nous en empêchent. Vous comprenez l’étonnement douloureux, l’amertume et finalement l’indignation qui s’est emparée d’une très grande partie de notre population. (republikanische Stimme, zitiert nach: Rapport von Roques)

Le 10, un poste français, placé à l’extérieur de l’Hôtel de la Chambre, s’assure, que seuls les députés y pénètrent. Mais un poste luxembourgeois contrôle aussi les entrées, et ses décisions ne coïncident pas avec celle du poste français. (Rapport von Roques)

Mitbürger! Man will den schönen republikanischen Feldzug sabotieren. Man will Luxemburg verkaufen. Schwöret Treue einer Luxemburger und unabhängigen Republik. Alle wirklichen Anhänger des Landes versammeln sich heute 3 Uhr zu einer Riesendemonstration im Kasernenhof in Luxemburg. Vive la République! Eiffes. (Flyer, abgedruckt in: Eiffes, S. 90)

Je ne considère nullement que des désordres fussent improbables. Il faut se souvenir de ce qui s’était passé à Esch quelques semaines auparavant. Une émeute provoquée par la vie chère y avait éclaté; les troupes américaines avaient laissé faire d’abord, mais furent obligées d’intervenir ensuite durement pour réprimer des actes de pillage qui laissent à la ville une charge de plusieurs millions. Qu’aurait-on dit si, sous les yeux des soldats français, un même malheur fut arrivé à la ville de Luxembourg? (Luc Housse, Bürgermeister von Luxemburg-Stadt, zitiert nach: Rapport von Roques)

Le Général américain commandant la 5^e division, se trouvant momentanément à Esch-sur-Alzette, exige de la population de notre ville, qu’elle s’abstienne d’aller manifester à Luxembourg. Qui-conque agira contrairement aura lui-même à supporter les conséquences. Esch-sur-Alz, le 11 janvier 1919. (Flyer, zitiert nach: *Heemecht* 1974, S. 79)

Wir wissen ganz entschieden keine Revolution zu machen. Die französischen Offiziere, die mit dem sogenannten Putsch zu tun hatten, machten ernste Gesichter und waren aufs Äußerste gefaßt. Als sie sahen, wie unblutig und ruhig alles verlief, wunderten sie sich. Sie hatten uns mit ihrer Pariser Elle gemessen. Als nichts von dem geschah, was sie gefürchtet hatten, sagte einer im Scherz: „Ich glaube, ich werde Euch Luxemburgern ein Kolleg über Revolution lesen müssen.“ (Batty Weber: *Abreißkalender*, 12.1.1919)

Gemütlichkeit. Gestern hörte ich beim Zurückdrängen der Menge, aus der einige Proteste laut wurden, einen französischen Soldaten gemütlich sagen: „Reculez, reculez, s’il vous plaît; nous n’y pouvons rien.“ Ein junger Offizier sagte lächelnd: „Oh, Messieurs, Mesdames, allez donc manger votre soupe; nous autres pourrions alors aller manger notre soupe aussi.“ (Flohr, S. 235)

Vers treize heures, le Ministre de la Justice télégraphie au Général Commandant d’Armes que des volontaires ont dépouillé la bibliothèque de la gare de tous les exemplaires du journal „le Wort“, qu’ils ont brûlés sur la place. (Rapport von Roques)

Gestern Nachmittag haben sie sich mit Gewalt der Ausgabe des „Lux. Wort“ am Bahnhof be-



Die französischen Besatzungstruppen setzen der revolutionären Bewegung am 9. und 10. Januar 1919 ein Ende

mächtigt und dieselbe auf öffentlichem Platze verbrannt. Wir erfahren aus zuverlässiger Quelle, dass der „Clerfer Zeitung“ dasselbe Schicksal zudedacht ist. Unsere Armee besteht nicht wie in anderen Ländern aus dem gesamten bewaffneten Volke, sondern aus 150 zwanzigjährigen Burschen, welche sämtlich freiwillig eingetreten sind, in der Hoffnung auf spätere gute Staatsstellen! Oeslinger! Wollt ihr euch von diesen 150 grünen Jungen unterdrücken und eurer Bürgerrechte beraubt lassen? Unter keiner Bedingung! Der Gewalt wird mit Gewalt entgegengetreten! (Flyer, zitiert nach: Eiffes, S. 93)

Les représentants du peuple délibérant et manifestant leurs sympathies françaises sous la menace méfiante des fusils français, à la grande joie de la réaction boche, c'était une surprise désagréable et un étrange spectacle. Qui a imaginé ce malheureux quiproquo? Nous sommes donc un pays conquis! (*Die Volkstribüne*, 11.1.1919)

A la suite de le déclaration des membres du Comité sur les intentions de faire paraître une déclaration, et un journal local „Die Volkstribüne“ ayant faire des commentaires désobligeants sur l'intervention française, l'article de l'arrêté concernant la presse a été mis en vigueur et communiqué aux journaux et au Maire pour exécution immédiate (journaux, proclamations, tracts). Une censure préalable à la distribution a été instituée. (Rapport von Roques)

Nous avons reçu samedi soir la communication qu'à partir d'aujourd'hui, notre journal sera censuré. Nous apprenons qu'en même temps que nous, toute la presse luxembourgeoise à commencer par „L'Indépendance luxembourgeoise“ et sans oublier la „Luxemburger Zeitung“, se voit infliger la censure, par ordre du gouverneur de Luxembourg Monsieur le général la Tour. (*Die Volkstribüne*, 14.1.1919)

Er schob seine unbehandschuhten Hände in seine Manteltaschen und wandte sich um. Bevor er ging, sagte er noch zu den Kadetten: „Gehet nach Hause, Jungs. Die Revolution ist vorbei.“ (Link, S. 190)

Auf Grund des mir von der Regierung über die Unterredung, welche Sie kürzlich zu Paris mit dem Minister für Auswärtige Angelegenheiten hatte, erstatteten Berichts, habe ich beschlossen, der Krone des Großherzogtums zu entsagen. Bei der Erfüllung meiner Aufgabe war ich stets beseelt von der Liebe zu meinem Lande und dem Wunsche, zur Hebung seines moralischen und geistigen Wohles beizutragen. [...] Möge das Luxemburger Volk mit Hilfe der göttlichen Vorsehung einer Zukunft des Friedens und Gedeihens entgegengehen, indem es seine nationale Überlieferungen und den unermeßlichen Schatz seiner Unabhängigkeit unverehrt erhält. (*Memorial*, 18.1.1919)

Als gehe es sie nichts mehr an, hatte sich Marie-Adelheid in den Hintergrund zurückgezogen. Welter verbeugte sich vor ihr und sagte: „Sie waren eine große Herrscherin. Schände über das Land, das Sie davonjagt!“ „Sie sehen das zu dramatisch, Herr Welter. Die Weltgeschichte wird rasch über uns hinweggehen. Wer sind wir schließlich?“ „Sie sind unvergessen“, murmelte Welter und nestelte an seinen Manschetten. (Link, S. 182)

Ich bin stolz auf den Eid, den ich soeben in die Hände der Delegierten der Luxemburgischen Kammer abgelegt habe. Ich fasse meinen Eid in dem Sinne auf, daß ich die Interessen des Luxemburger Volkes über Alles stelle, daß ich sein Leben leben und an seinen Freuden und Leiden teilnehmen will. [...] Ich wünsche, daß aus dieser Vereinigung sich dem Lande eine Ära des Wohlstandes, des moralischen und materiellen Glücks eröffne. (*Memorial*, 18.1.1919)

Großherzogin Charlotte wird am 23. Januar 23 Jahre alt; sie ist auf Schloß Berg geboren und hat sich im November vorigen Jahres mit dem Prinzen Felix von Bourbon-Parma, einem direkten Abkömmling von Ludwig XIV., verlobt. Die neue Großherzogin ist heiteren und offenen Charakters. (Flohr, S. 238)

Mit Zittern und Zagen hat die neue Großherzogin, Prinzessin Charlotte von Nassau-Braganza, die „Regierung“ angetreten. Es ist nur eine Redefloskel. Wer regiert, d. h. wer weiterregiert, wissen wir. Es ist die schwarze Internationale, die nur zu gut weiß, was die dieser Dynastie verdankt. (*Tageblatt*, 31.1.1919)

Heute Nachmittag hat Großherzogin Marie-Adelheid das Land verlassen. Sie fuhr im Automobil von Schloß Berg nach Didenhofen und reiste von dort im Salonwagen nach Montreux am Genfer See. (Flohr S. 241)



Über 10 000 Arbeiter besetzen im August 1919 die Abgeordnetenkammer, um gegen hohe Preise zu protestieren

Seit zwei Wochen wird in Luxemburg eine Zeitung „Le Luxembourg“, in deutscher und französischer Sprache gedruckt und gratis verschickt, um Propaganda für Belgien zu machen. (Flohr, S. 244)

De' bëlsch Klack. Si huot fir ons kè ränge Klank. Annexio'n! Personalunio'n! Interessenunio'n! So' laut et zu Hâf. Mir lauschtern hei dem frième Schall a kennen ons net dermat befrenden. Wat bedeit all dat Gebimmels a Gebammels an dém kè klore'n To'n ass? (*D'Natio'n*, 1.2.1919)

Unsere politische Lage ist immer noch nicht geklärt. Unbeantwortet bleiben noch die großen Fragen: Bleiben wir autonom und unabhängig mit unserm eigenen Fürstenhaus? Kommt die von einer gewissen Seite angestrebte Personalunion mit Belgien zustande? Bekommt die republikanische Partei bei uns Oberwasser? Werden wir Frankreich oder Belgien angegliedert? (Flohr, S. 253)

Auf dem Wochenmarkt in Luxemburg kosten: Eier 5 bis 6 Fr. das Dutzend; Butter 7.50 bis 9 Fr. das Pfund. Gemüse ist ebenfalls noch sehr teuer: z. B. kostet ein Kopf Salat 1 bis 1.25 Fr. (Flohr, S. 268)

Die französischen Kolonien: Algerien, Tunis, Marokko, Westafrika, franz. Kongo, Fr. Somaliküste, Indo-China, Cochinchina, Kambodscha, Anam, Tonkin, St. Pierre, Miquelon, Guadeloupe, Martinique, franz. Guyana, Neukaledonien, Oceanien, Réunion, Madagaskar. Eine Quelle des Reichtums auch für Luxemburg. Daher wirtschaftl. Anschluss an Frankreich. (*Tageblatt*, 27.9.1919)

Am Sonntag, den 16. März, war großer Nationalfesttag für das Luxemburger Land: es empfing in seiner Hauptstadt die luxemburgischen Kriegsvolontäre (Legionäre), die sich in die französische Armee einstellen ließen um für die Befreiung der Menschheit und im besondern für die Befreiung ihres kleinen Heimatlandes zu kämpfen und zu bluten. Zu dreitausend Mann waren sie unter Frankreichs Fahnen in den Kampf gezogen, zu kaum 300 kehrten sie zurück; die übrigen sind gefallen oder schwer verwundet worden. Außerdem haben sich noch an die zweitausend Luxemburger bei den andern alliierten Armeen anwerben lassen. Kein anderes neutrales Land hat

De Referendum ass also' exakt ausgefall, we' mir et vru 14 Dég schons virausgesot. Frankreich ass uewen, dank der klerikaler Partei an hirem Organ, dem „Luxemburger Wort“, dat als Propagandamettel onerrêcht am Land ass

prozentual soviel Soldaten bei den verbündeten Armeen gehabt wie Luxemburg. (Flohr, S. 255)

Or, Messieurs, il est urgent de solutionner cet état de choses, de prévenir de nouvelles agitations, qui ne se reproduiront pas si on se hâte; et pour ne pas risquer de s'étendre, elles ne doivent pas se renouveler. Il faut donc que nous ne nous refusions pas plus longtemps à entendre les appels du peuple luxembourgeois qui a tant de titres à notre confiance sympathie. (Vifs applaudissements.) (Rede eines franz. Abgeordneten, zitiert nach: *L'indépendance luxembourgeoise*, 28.9.1919)

Hierauf Fortsetzung der Debatte über Art. 52 der Verfassung. Zur Abstimmung kommt es zuerst über den Antrag Jos. Thorn. Der erste Theil, der das allgemeine Stimmrecht vorsieht, wird einstimmig angenommen. (*Obermosel-Zeitung*, 3.4.1919)

Es gab eine Zeit, da war noch Butter in unsern Verteilungszentralen. Es gab sogar eine Zeit, da sagte ein sog. Minister in der luxemburgischen Kammer, auf den Kopf der Bevölkerung entfalle wöchentlich ein viertel Pfund Butter. O, oui ma chère, das bestand wirklich einmal in unserm Land. (*Die Schmiede*, 5.4.1919)

Am 13. August beriet die Kammer über die Verteilung einer Teuerungszulage von 15 Millionen an

die Arbeiterschaft des Landes. (Nikolaus Welter: *Im Dienste. Erinnerungen aus verworrenen Zeit*, S. 191)

Tausende von Arbeitern waren aus dem Erzrevier und aus der Umgebung Luxemburgs herbeigeströmt. Reden wurden von der Treppe des Stadthauses und des Kammergebäudes herab gehalten. Die Manifestanten verlangten eine höhere Arbeiterteuerungszulage und billigere Lebensmittel. (Flohr, S. 285)

Das Haus der Volksvertretung wird gestürmt. Im Erdgeschoß hinter der Treppe stehen vier Gendarmen mit gezogenem Revolver. Alle übrigen Gäste des Hauses suchen sich vor den Würfen zu bergen. Einige steigen zum Sitzungssaal; der aber wird von außen ebenfalls unter die Schleuderfaust genommen und es müssen die dort Geborgenen von Wand zu Wand kriechen, umhagelt von Steinen und Scheibensplintern. Andere retten sich unters Dach und wagen durch das Mansardenfenster dann und wann einen zagen Blick in den johlenden Aufruhr. Die meisten verziehen sich in das Kellergewölbe. (Welter, S. 192)

Auch von der Frontseite her wurden wiederholt Versuche gemacht in das Kammergebäude einzudringen, doch vereitelte auch hier das pflichttreue Verhalten der paar Gendarmen, die in die Luft schossen, dieses Unterfangen. Darauf rückten unsere Soldaten mit aufgezplantem Bajonett an und säuberten die Straßen um die Kammer herum,



Charlotte besteigt Anfang 1919 den Thron und wird durch das Referendum in ihrer Stellung bestätigt

wobei ihnen französische Soldaten des 118. Regiments, die ebenfalls unter Führung eines Offiziers angerückt waren, Hilfe leisteten. Gegen zehn Uhr abends trat Ruhe ein. (Flohr, S. 285f.)

Wir haben den Dämon Masse einige Stunden am Werk gesehen. Der Geist aber erwägt die Möglichkeiten, die, beim Hereinbruch der Volksherrschaft, unter dem Schwung der sowjetistischen Freiheit grauenvoll aufspringen müßten. (Welter, S. 194)

Wanns dë geseis, dén net gier schafft, / Mé dichteg suppt a kräfteg bafft; / Dé gieren hól't mam ganze Grapp, / Wo' hie kè Rêcht huet op e Knapp: / Dât aß e Bolschewik. (Willy Goergen: *Frida a Freihêt*, S. 22)

Wenn ein Arbeiter hier in unserem Herrgottländchen einen Vorgesetzten auf eine Ungerechtigkeit aufmerksam macht, oder sonst eine gerechte Forderung verteidigt, gleich heißt es: der Bolschewik. [...] Deshalb auch wird in der gesamten Presse der Bourgeoisie der Bolschewismus als der Inbegriff alles Schändlichen und Unmöglichen hingestellt. (*Die Schmiede*, 15.11.1919)

Appel un d'Letzeburger! 't ass Zeit, 't ass Zeit, meng le'f gutt Leit, / Dir sollt an d'êrft keng Stonn verlêern, / Siefert éneg, datt iech d'Welt eso' geseit, / Mat dêr dir welt a musst verkeêrn. / Wurfir well dir iech läng nach streidden, / - Dén ên zitt hott, dén anern har, – Wie muss zu Fôss gon, kann net reidden, / Wie wëss, vleicht kritt e muer eng Kar. (*D'Natio'n*, 13.11.1919)

Sonntag, den 28. September 1919, gingen alle groß-jährigen Luxemburger und Luxemburgerinnen zum ersten Mal zu den Urnen eines Volksreferendums. Dieser galt der Frage der politischen und ökonomischen Zukunft unseres Ländchens. Ein scheußlicher Regentag. (Flohr, S. 294)

Nombre des électeurs et électrices inscrits: 125.775. Nombre des votants: 90.984. Orientation politique: Nombre des bulletions valables: 85.871. Nombre des bulletins nuls (et blancs): 5113. Pour le maintien de la grande-duchesse régnante: 66.811 voix. Pour une autre grand-duchesse de la même dynastie: 1286 voix. Pour l'avènement d'une autre dynastie: 889 voix. Pour le régime républicain: 16.885 voix. Orientation économique: Nombre des bulletins valables: 82.375. Nombre des bulletins nuls (et blancs): 8609. Pour l'union économique avec la Belgique: 22.242 voix. Pour l'union économique avec la France: 60.133 voix. (*L'indépendance luxembourgeoise*, 2.10.1919)

De Referendum ass also' exakt ausgefall, we' mir et vru 14 Dég schons virausgesot. Frankreich ass uewen, dank der klerikaler Partei an hirem Organ, dem „Luxemburger Wort“, dat als Propagandamettel onerrêcht am Land ass. (*D'Natio'n*, 4.10.1919)

Das Luxemburger Volk hat also am Sonntag seinem Herrscherhaus ein glänzendes Vertrauenszeugnis ausgestellt und die stupiden Hasser und kleinlichen Verfolger desselben einfach zerschmettert. (*LW*, 2.10.1919)

Und wenn die gewaltige Flut über Europa losbricht, dann werden auch wir davon überschwemmt und in allen Winkeln wird der alte Bau krachen und beben. Bei uns geschieht im Kleinen, was sich bei den großen Staaten im Großen ereignet. Im letzten Monat Januar hatten wir auch unser Revolutiönchen. Sie hatte sich so hoffnungsvoll angelassen, brach aber zusammen, als diejenigen Verrat übten, auf deren Mitwirkung man so sehr gerechnet hatte. Man darf diesen Zusammenbruch nicht zu tragisch nehmen. Die Frucht war noch nicht reif, wir allein können der Geschichte der alten Welt keine neue Richtung geben. Die, welche gesiegt haben, brauchen sich ihres Sieges nicht zu freuen. Es ist nur eine Galgenfrist. (*Die Volkstribüne*, 31.12.1919)

Ja, das ist das neue Hohelied, das wir anstimmen wollen an den Portalen der neuen Zeit: „Credo in unum Deum.“ „Wir glauben an den einen Gott.“ So muß der neue Frühling, der heilige Frühling der Menschheit anheben, und das Reich der Liebe! (*LW*, 1.1.1920)

Am kommenden Freitag, den 25. Oktober, ist der Autor Herbert Kapfer mit seinem Collage-Roman 1919. *Fiktion*, an dem sich der Essay inspiriert hat, im Institut Pierre Werner zu Gast. Sein Werk beschäftigt sich mit den Geschehnissen von vor hundert Jahren in Deutschland. Ort: Abtei Neumünster, Beginn: 19 Uhr. Am Donnerstag, den 7. November, veranstaltet das Kasematten-theater eine szenische Lesung zum Thema 1919 – *Vive d'Republik!* Beginn: 20 Uhr.



Salomé Jeko

STIL

Où en est votre nez ?

La douceur

Chez **ôchocolat** à Soleuvre, lors de leur ouverture ils nous avaient conseillé de manger moins de chocolat mais du meilleur. En l'occurrence celui qu'ils représentent. Et ils ont en effet en maison une gamme de succulents pralinés qui valent leur pesant, même au niveau des récompenses. Hyper fins et aux mélanges de parfums subtils, les chocolats de la marque belge Sigöji ont été créés par une Camerounaise de Wallonie qui importe ses matières premières de son pays d'origine et de Madagascar. Euphrasie Mbamba s'était à l'origine vouée à la traduction, mais a préféré faire valoir sa passion en ouvrant d'abord une boutique à Ciney, puis à Givet et enfin à Rochefort. Depuis la création de sa maison en 2014, la jeune africaine a obtenu en 2016 des médailles de bronze et d'argent au Salon du Chocolat de Bruxelles pour ses pralines au jasmin et au gingembre, puis fut élue meilleure artisane de l'année 2017 et Chocolatier de l'Année pour la Wallonie et le Luxembourg par le Gault & Millau. Parmi la vingtaine de goûts proposés à ce jour, nous avons surtout adoré une ganache au chocolat noir infusée au thé violette et framboise, celle au riz soufflé et le mélange massepain-pistache. Des pâtes à tartiner au spéculoos ou au caramel-beurre salé devraient être testées sous peu. Et pour les jours de fête: les orangettes, sourires de Rochefort, buchettes et mendiants au chocolat constitueront de délicieux petits cadeaux. La razzia sur la boutique de Soleuvre est programmée. GD



Le personnage



Il avait déjà surpris l'audience lors de son dernier passage à Luxembourg, peu après avoir remporté l'Oscar du meilleur parfum à New York pour la création de son eau « Corsica Furiosa ». Marc Antoine Corchiato est un nez exceptionnel. S'il accepte de créer des jus pour de grandes marques, ce qui l'intéresse, c'est de continuer sa ligne **Parfum d'empire** en restant dans les eaux de niche, loin des règles de marketing qui tentent de surtout atteindre une cible (photo : GD). Lui, c'est la pure inventivité qui l'intéresse. Trouver une note marine sans passer par les matières premières que tout le monde utilise à partir d'un grand succès commercial. L'imitation ne le séduit pas, mais il exerce sa passion avec une certaine simplicité et sans la sophistication inutile que l'on trouve parfois dans les métiers de mode. La semaine passée, il est tombé sur un auditoire fort intéressé au François Urban Beauty Retreat du City Concorde, où il a expliqué sa passion de façon prenante pendant deux bonnes heures et en présentant ses trois dernières créations, que l'on ne retrouvera dans le commerce que d'ici peu et qui sont toutes trois inspirées de ses passions corses. Trois notes aussi différentes qu'inédites, « Salute » n'étant pas sans rapport avec les joies de l'alcool, « Immortelle Corse » nourri de la fleur en question et « Acqua di Scandola », la plus suave, dans laquelle le genévrier développe tout son arôme en mariage avec les algues. À découvrir en novembre. GD

L'association

En se promenant côte d'Eich, à peine passé le coin Grand-rue on constate la disparition du beau magasin qui avait connu ses meilleurs années grâce au talent des deux fleuristes d'Eden. Les bouquets ont disparu, mais à la place se trouvent quelques très belles maquettes de jonques ainsi que de jolis foulards en coton et soie. Il s'agit là d'un *pop up store* qui a été créé par une ONG en attendant qu'un autre commerce s'y installe. **Friendship Luxembourg** a été fondée



pour venir en aide aux personnes les plus vulnérables du Bangladesh, une des régions les plus pauvres de la planète et en même temps une des plus frappées par le changement climatique. Si l'association vient aussi en aide à des particuliers du pays, son champ d'action est beaucoup plus vaste. On y construit des écoles primaires, le système médical est amélioré grâce au support financier, des hôpitaux sont construits et des jeunes entrepreneurs y bénéficient de micro-crédits, tout ceci évidemment avec le soutien de l'association au niveau mondial. On y apprend aussi aux particuliers à mieux affronter les catastrophes naturelles qui y sont de plus en plus fréquentes. La vente des objets nommés ci-avant, auxquels se rajoutent des bijoux et coussins, sont tous fabriqués au Bangladesh même et de très bonne qualité. Une exposition portant sur le sujet aura lieu à la Galerie Clairefontaine dès début novembre. info-lux@friendship.ngo GD

Salomé Jeko

J'ai été victime, il y a quelques mois, d'une privation de deux de mes sens. Et deux sur cinq, croyez-moi, c'est énorme. Un virus de passage s'est confortablement logé dans mes sinus et, en plus de transformer ma tête en cocotte-minute, m'a ôté toute capacité olfactive.

Et soudain, je ne sentis plus rien.

Ni par mes narines, ni par mes papilles, devenues, d'un coup d'un seul, muettes elles aussi. Bien désemparée et surtout très désespérée, je n'avais, c'est bel et bien le cas de le dire, plus goût à rien. Pour me reconforter, mon cher et tendre a bien essayé de pallier cette disparition soudaine en usant de tous les adjectifs et comparaisons possibles pour tenter de me décrire, entre deux bouchées, les saveurs, senteurs et odeurs qui défilaient sous mon nez, notamment à l'heure du dîner. Reconnaissante de ses gentils efforts, mais passablement énervée de le voir saucer ses plats avec avidité tandis que j'en décelais tout juste la texture, je l'ai prié de cesser. Car peine perdue.

Avez-vous déjà tenté de décrire le goût ? « C'est frais, c'est relevé, c'est acidulé, c'est explosif et c'est raffiné, tu vois ce que je veux dire ? ». Merci. C'est bien beau tous ces mots. Mais le rendu auditif, aussi juste et chantant soit-il, ne sera jamais aussi percutant et gourmand que la saveur elle-même.

On peut alors tenter des comparaisons plus imagées : « La truffe, comment dire... ça a le goût de la terre, de la forêt, de l'humidité, tu comprends ? C'est comme un champignon mais plus boisé ». Bien essayé. On imagine le tableau, plutôt joli d'ailleurs, mais sincèrement, vous le percevez, vous, le goût de la truffe en lisant ça ?

Aussi réalisai-je la préciosité de mon odorat, si intimement lié à mon goût. Ce sens, que je considérais depuis toujours comme acquis à vie, m'était vital. Vital à ma bonne humeur, mon compagnon vous le confirmera, mais aussi à mon quotidien. À mon bien-être et à ma sécurité. Car comment déceler l'odeur de la fumée ou celle de la nourriture

avariée si notre nez s'en est allé ? Heureusement pour moi – et pour mes proches – je retrouvai, quelques semaines plus tard, un odorat tout neuf et un goût plus affiné que jamais. Cette expérience m'ayant au passage délesté de quelques kilos, je profitais à nouveau pleinement des plaisirs de la vie et de la bouche.

Quand bien même l'automne s'installait sur le pays, avec son ciel gris, ses trottoirs humides et ses températures soudainement plus fraîches, mon petit monde redevenait tout d'un coup coloré. Jamais auparavant je n'avais tant apprécié les petits parfums du quotidien. J'ai dès lors mis mon nez partout et j'ai tout humé, encore et encore, au cas où ma tragique expérience venait un jour à se renouveler.

J'ai senti, à m'en droguer, le cou de mon enfant au réveil, la lessive dans mes draps tout frais, la menthe de mon thé fumant, l'écorce d'une orange, la cannelle sur une pomme chaude, le sweat-shirt de mon mari, ma bougie à la fleur d'oranger, la nature après la pluie, mon vin rouge préféré, le chocolat en train de fondre, l'eau de rose sur mon visage, le popcorn au cinéma, mon savon au muguet, le barbecue et le pain grillé, le café que je ne bois jamais et la fumée de cigarettes, quand bien même je ne fume pas. Autant de madeleines de Proust qui me renvoient à des instants de vie, à des voyages, des amours, à du réconfort, à des joies et des sourires. Des souvenirs qui me font vibrer, frémir, pleurer, rire. Qui me rendent tantôt nostalgique, mélancolique, heureuse ou pleine d'entrain.

J'aimerais, par ce récit anecdotique, et justement durant cette saison parfois bien terne, faite de mois brumeux et de journées grisâtres vous rendre attentifs à ces fragrances colorées qui s'échappent de votre quotidien et qui, trop souvent, échappent à votre attention. Retenez-les, ces odeurs, ces effluves de rien du tout. Collectez-les au fil de la journée, prenez le temps de les apprécier, de les reconnaître et laissez les émotions vous monter au nez.

d'Land méi mobil

Désormais, les abonnés peuvent lire le Lëtzebuerger Land sur leurs iPad et iPhone, ainsi que sur leurs portables et tablettes pourvus du système d'exploitation Android. Il suffit de télécharger l'application dans l'App Store de Apple ou dans le Play Store de Google.

www.land.lu

